

Politische Berichte

Nummer 19 / 11. Jahrgang

14. September 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: DDR: PDS und Wahlbündnisse zu Landtagswahlen * Peru: Programm der Regierung * Bremen: Jagd auf Roma * Miserable Lernbedingungen an Hamburgs Schulen * Linke Liste/PDS: Entwurf des Wahlprogramms



Militär-Aufmarsch wird fortgesetzt

Gorbatschow übt keine Kritik am Aufmarsch / UN-Friedenstruppen möglich

Die westlichen imperialistischen Mächte wollen die irakische Aggression gegen Kuwait für eine umfassende Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens nutzen und die beabsichtigte Unterwerfung des Irak mit der Niederwerfung antiimperialistischer revolutionärer Bewegungen verbin-

Auch wenn die gemeinsame Erklärung von US-Präsident Bush und dem Präsidenten der UdSSR Gorbatschow keine ausdrückliche Billigung des imperialistischen Militäraufmarsches im Mittelmeer und im Persischen Golf enthält, so ist doch während des Gipfels auch kein Wort sowjetischer Kritik an diesem Aufmarsch bekannt geworden. Im Gegenteil: Gorbatschow beschwore den Gipfel als „Fest der Dauerhaftigkeit des neuen Herangehens in der Lösung von Weltproblemen“ (1). Die gemeinsame Erklärung lässt selbst die Möglichkeit eines gemeinsamen Truppeneinsatzes — allerdings im Rahmen von UN-Friedenstruppen — offen. In ihr heißt es u.a.:

„Wir sind einig in der Überzeugung, daß die irakische Aggression nicht toleriert werden darf ... Nichts als die vollständige Erfüllung der Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist akzeptabel. Nichts als die Rückkehr zum Status Kuwaits vor dem 2. August kann die irakische Isolation beenden ... Wir bevorzugen eine friedliche Beilegung der Krise ... Wir sind aber fest entschlossen, ein Ende der Aggression zu erreichen. Falls die derzeitigen Schritte nicht zum Erfolg führen, sind wir bereit, zusätzliche Schritte in Übereinstimmung mit der UN-Charta zu erwägen ...“ (1)

US-Präsident Bush hat zwar auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Gor-

batschow erklärt, je eher die Truppen „dort weg sind, desto besser“ (1) — aber diese Erklärung ist eher zur Beruhigung und Täuschung der internationalen Öffentlichkeit gedacht. Schließlich sind US-Truppen, vor allem die US-Marine, seit Ende des zweiten Weltkrieges im Golf anwesend, und der Aufmarsch ist noch längst nicht beendet.

Der US-amerikanische Außenminister Baker plädierte am 5. September im US-Kongress dafür, in der Golf-Region ein Militärbündnis unter Beteiligung der USA, „ähnlich der Nato“, zu schaffen. Genaueres, etwa über Beteiligung und Umfang, führte er nicht aus.

Die Arabische Liga — ein Zusammenschluß der arabischen Staaten, der auch die Möglichkeiten der gemeinsamen Abwehr imperialistischer Einmischung stärken sollte — ist über die irakische Aggression gespalten, der tunesische Generalsekretär Klibi zurückgetreten. Neben den festen US-Verbündeten Saudi-Arabien und Ägypten hat sich nun auch Syrien mit eigenen Truppen in die Allianz gegen den Irak begeben. Damit ist nach Ägypten ein weiterer wichtiger Verbündeter der PLO in der Region ein, wenn auch noch lockeres Bündnis mit den USA eingegangen.

Der Vorschlag der PLO, den die Sowjetunion zunächst aufgegriffen hatte, eine allgemeine internationale Nah-/

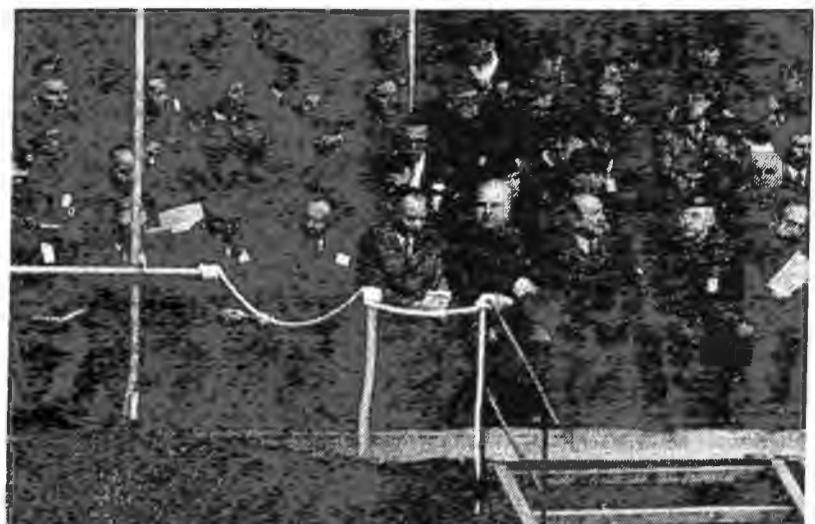
den: des kurdischen Befreiungskampfes, vor allem in der Türkei, und des Kampfes der Palästinenser gegen die israelische Besetzung ihres Landes. Die Sowjetunion wird dem — so das Ergebnis des Gipfeltreffens Bush/Gorbatschow in Helsinki — wenig entgegensetzen.

Mittelost-Konferenz durchzuführen, die die irakische Besetzung Kuwaits und die israelische Besetzung Palästinas beenden solle, hat kaum noch Unterstützer. Gorbatschow hat ihn fallenlassen.

Die Türkei nutzt den Nato-/WEU-Aufmarsch gegen den Irak, um eine bei spiellose Truppenkonzentration in Kurdistan durchzuführen. Selbst wenn diese Truppen nicht in direkte militärische Konflikte mit dem Irak verwickelt werden und so die Verwüstung Kurdistans mitbetreiben, bereitet ihre Massierung dem kurdischen Befreiungskampf auf Dauer Probleme, die Bewegungsmöglichkeiten der Befreiungskämpfer werden eingeschränkt, die Verbindung zu Lagern zum Beispiel im Libanon unterbrochen.

Die europäischen Imperialisten haben die operative Bedeutung der WEU erneut gestärkt. Der Truppeneinsatz der NATO-Staaten — auch der Bundesmarine — außer den USA und Kanada im östlichen Mittelmeer und im Golf wird durch eine WEU-Arbeitsgruppe koordiniert, ein Treffen der Vertreter der Generalstäbe hat stattgefunden. (2) Die EG hat zudem Finanzhilfen in Milliardenhöhe für Jordanien, Ägypten und die Türkei beschlossen.

(1) Financial Times, 10.9.; (2) BT-Protokoll II/221, 23.8.; Weitere Quellen: Economist, 8.9.; Neue Zürcher Zeitung, 29.8. — (uld)



Kohl auf dem Landesparteitag der CDU in Rheinland-Pfalz am 8.9.: Die BRD soll „im Golarkonflikt internationale Verantwortung übernehmen“. Er will nach den gesamtedutschen Wahlen am 3. Dezember eine „Änderung des Grundgesetzes“, die den Einsatz deutscher Truppen „im Auftrag der UNO“ in „Krisengebieten“ (d.h. auch außerhalb des Nato-Gebiets) legalisiert. — (M.K.)

Nachtarbeitsverbot für Frauen

Gewerkschaften gegen generelle Freigabe in neuer AZO

Der DGB-Frauenausschuß, die IG Textil und Bekleidung, die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, die IG Medien, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die IG Chemie haben auf die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen durch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) reagiert und greifen in die Auseinandersetzung um die Arbeitszeitordnung ein.

Der DGB-Frauenausschuß stellt fest: „Nacharbeit ist nachteilig. Statt das Verbot für Frauen aufzuheben und damit Nacharbeit auszuweiten, soll das Verbot auf alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausgedehnt werden.“ Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hält zur ILO-Konferenz fest: „Die Forderung nach Nacharbeit für Frauen durch die Arbeitgeber stützt sich auf bessere Einsatzmöglichkeiten von Mensch und Maschine zur Erhöhung der Produktivität, wobei durch die unzureichende Frauenentlohnung deren Einsatz in Nacharbeit noch lukrativer ist.“ Die NGG wendet sich gegen die Aufhebung von gesetzlichen Schutznormen und ihre Verlagerung in Tarifverträge. Die anderen Gewerkschaften haben ihre Forderung nach Beibehaltung und Ausdehnung des Nachtarbeitsverbots bekräftigt.

Einzig der IG Chemie-Bundesfrauenausschuß erklärt, daß kontinuierliche Nacharbeit im Schichtbetrieb „mehr Frauen die Chance eröffnet ... an einem qualifizierten Arbeitsplatz tätig zu sein“. Daher soll die Frauennacharbeit an qualifizierte Tätigkeiten gebunden

werden. Der Bundesfrauenausschuß stellt sich aber „gegen eine generelle Nachschichtfreigabe für Frauen ebenso wie gegen eine Aufhebung oder Aushöhlung des bestehenden Nachtarbeitsverbotes im Rahmen einer Änderung der Arbeitszeitordnung.“

In einem Brief antwortete die Bundesministerin Frau Lehr im Mai der Gewerkschaft Textil-Bekleidung: „Der von der Bundesregierung ursprünglich eingebrachte Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes (Bundestags-Drucksache II/360) sah die Beibehaltung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen, reduziert auf 7 zusammenhängende Stunden während der eigentlichen Nachtzeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr, vor. Nach der Koalitionsvereinbarung vom März 1987 soll demgegenüber das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen aus Gründen der Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen aufgehoben werden.“ Es liegen keine gesicherten arbeitsmedizinischen Erkenntnisse darüber vor, „daß Nacharbeit für Frauen gesundheitsgefährdender ist als für Männer oder daß Nacharbeit für Arbeiterinnen gesundheitsgefährdender ist als für Angestellte oder Beamten“. Der Gleichbehandlungsgrundsatz zwischen Männern und Frauen fordert daher die Aufhebung des Frauennachtarbeitsverbotes. Zudem zwingt die EG-Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung (76/297/EWG) die Regierung dazu. — (rub)

Über 10000 gegen Türkeihilfe und das türkische Militärregime



Über 10000 Menschen beteiligten sich am 8. September in Köln an einer bundesweiten Demonstration aus Anlaß des 10. Jahrestags des Militärputsches in der Türkei. Die Demostra-

tion war bestimmt von Transparenten und Losungen gegen die Türkeihilfe, gegen den Kurden-Prozeß und die Kurdenverfolgung in der BRD, für den kurdischen Befreiungskampf. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Linke Liste/PDS: Entwurf des Wahlprogramms

Die organisatorischen Verhältnisse der Linken Liste/PDS werden immer abstoßender. Putschartige Landesverbandsgründungen in Hinterzimmern, wirre Äußerungen über die DKP, die Mehrheit der PDS und andere Organisationen, Drohungen mit Ausschluß schon bei „Relativierung des Stalinismus“, was immer das sein mag, laufen um. Im Unterschied dazu bietet der Entwurf des Wahlprogramms unterstützenswerte Ansatzpunkte. Wir dokumentieren den Entwurf, der auf einem Kongress am 15.9. in Berlin verabschiedet werden soll, in einer Beilage. — (rül)

Bundesdelegiertenkonferenz: Herbstkonferenz 1990 des BWK

Am 6./7.10. findet in Köln die Herbsttagung der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK statt. Ort: Jugendgästeaus Köln, An der Schanze 14. Beginn ist Samstag, 6.10., 13 Uhr, Mittagessen um 12 Uhr. Anmeldung der Landesdelegationen für Übernachtungen und Essen durch die Landesvorstände.) Bisherige Punkte zur TO sind: Zeitbericht und Finanzbericht,

Anschluß der DDR und Tätigkeitsgebiet des Bundes Westdeutscher Kommunisten

- Programm der Linken Liste/PDS
- Anschlußpolitik und Verfassungsbatte in der BRD
- Entwicklung regionaler u. örtlicher sozialistischer Bündnisse/Roter Tische
- Vereinigung sozialistischer Organisationen — wo liegen die sachlichen Hindernisse?

Vorschläge zur Tagesordnung, Anträge, Stellungnahmen an die DK für die Delegiertenmaterialien müssen bis zur Sitzung des Präsidiums der BDK am 29.9., 11 h, in Köln eingetroffen sein. — (Präsidium der BDK des BWK)

Vertriebenenpolitiker klagen gegen Einigungsstaatsvertrag

BDV-Präsident Czaja und sieben CDU/CSU-MdBs haben am 10.9. eine Organklage gegen den Einigungsstaatsvertrag mit der DDR dem Bundesverfassungsgericht zugestellt. Die im Vertrag vorgenommenen Grundgesetzänderungen, insbesondere die Streichung des Artikels 23 GG und der „Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete“ bedeuteten eine „totale Änderung des Deutschlandbegriffes“ und gaben ein „Viertel Deutschlands“

preis, erklärte Czaja. Die offenen Rechtshistoriker preschen mit der Klage vor, um neben dem Deutschtumsartikel 116, auf dessen Grundlage die BRD Volksgruppenrechte für Deutsche überall fordert, weitergehende koloniale Ansprüche festzuschreiben. — (evc)

VSP-Konferenz zu Jugendpolitik und Wahlen

Am 8. und 9.9. berieten in Köln etwa 60 Delegierte der VSP auf einer a.o. BDK über Fragen der Jugendpolitik und das Eingreifen in die Bundestagswahlen. Bei der Diskussion um die Bundestagswahlen wurde ein Antrag angenommen, der feststellt, daß „beim gegenwärtigen Stand der Linken Liste/PDS die Chance für eine breite, sozialistische Kandidatur nicht optimal genutzt wird“ und eine „solidarische Auseinandersetzung“ mit der Linken Liste/PDS befürwortet, ohne sie deshalb offiziell zu unterstützen. Mitgliedern der VSP steht es nach diesem Beschuß weiterhin frei, in der Linken Liste/PDS und/oder bei der Radikalen Linken mitzuarbeiten. Anträge, die die Linken Liste/PDS als „Instrument für die Ausdehnung der PDS in die BRD“ ablehnen oder für Wahlboykott plädieren, wurden abgelehnt. — (rül)

PDS-Konferenz zur Erneuerung

An die 2000 beteiligten sich am 8./9.9. 90 in Berlin an der Parteikonferenz zur Erneuerung der PDS. Die Konferenz diente dem Meinungsaustausch und der Erfassung des Diskussionsstandes innerhalb der PDS, deren Untergliederungen auf Grundlage der vom Parteivorstand herausgegebenen Thesen zur Erneuerung bereits seit einiger Zeit die Diskussion führen. Nach einem Referat Gysis tagte die Konferenz in Foren, u.a. zur Zukunft der Linken und des Sozialismus und zur Geschichte der PDS. In seinem Referat hob Gysi hervor, daß die Erneuerung der PDS in Auseinandersetzung mit der „stalinistischen Deformierung der Linken“ betrieben werden müsse. Zur weiteren Vertiefung dieser Diskussion soll voraussichtlich am 17./18.11.90 ein Parteikongress zum „Stalinismus in der KPD und SED“ durchgeführt werden. Hinsichtlich der Wahlen bewertete Gysi das 100-Punkte-Programm der BRD-SPD und attestierte diesem „Gemeinsamkeiten mit der PDS“. Den Teilnehmer wurde mitgeteilt, daß sich „in der BRD unterschiedliche Linke in der Linken Liste/PDS zusammengeschlossen haben“. — (gec)

Aktuell in Bonn**Giftgas-Klage**

Die Bundesregierung soll 500 Mio. DM an die Opfer der irakischen Giftgasangriffe auf kurdische Siedlungen zahlen, bei denen im März 1988 mindestens 5000 Menschen ermordet und weitere 5000 verletzt wurden. Das will „Medico international“ mit einer Schadensersatzklage im Namen der Opfer erreichen. Grundlage der Klage ist nach Angaben von Medico die „unmittelbare Beteiligung von Mitgliedern des Bundesnachrichtendienstes beim Aufbau und bei der Entwicklung der Giftgasanlagen im Irak“. Zwei schon verhaftete Mitglieder einer Hamburger Firma, die giftgasaugliche Technik an den Irak lieferte, waren auch für den BND tätig. Der BND untersteht dem Kanzleramt.

UdSSR-Truppenabzug

Laut „Spiegel“ vom 10.9. hat Bundesfinanzminister Waigel (CSU) der Sowjetunion 7 Milliarden Beteiligung an den Kosten des Truppenabzugs und des befristeten weiteren Aufenthalts der sowjetischen Truppen in der DDR geboten, während die sowjetische Regierung 18 Milliarden gefordert habe (jeweils im Zeitraum von vier Jahren). Bundesaußenminister Genscher bestätigte, daß es um einen „zweistelligen Milliarden-Betrag“ als „Preis der Vereinigung“ gehe. Noch in dieser Woche soll über den „Überleitungsvertrag“ weiter verhandelt werden. Die Bundesregierung fordert in diesem Zusammenhang das „Recht“, nach dem Beitritt auf dem ehemaligen Territorium der DDR auch Trägersysteme zu stationieren, die sowohl für konventionelle als auch für atomare Waffen geeignet sind.

Tributforderungen an Polen

Der parlamentarische Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium und Vorsitzende der „Landsmannschaft Ostpreußen“, Ottfried Henning, will Entschädigung für verlorenes deutsches Siedlungsvermögen in Polen. Am 9.9. wies er in einer Rede vor „Vertriebenen“ in Winsen (Luhe) darauf hin, daß dies auch Thema der deutsch-polnischen Regierungsverhandlungen sei. Henning: „Als Regierungsmittel kann und darf ich der künftigen gesamtdeutschen Regierung, die den deutsch-polnischen Vertrag zu verhandeln und letztlich abzuschließen hat, nicht vorgreifen; schon gar nicht in einer besonders heiklen Frage.“ Als „Sprecher der Ostpreußen“ verlangte er „Gerechtigkeit“ bei der „Frage des deutschen Privateigentums in den an Polen fallenden Gebieten“.

Treuhand: unbegrenzte Kredite

Das Kreditwesengesetz (KWG) verbietet allen Banken Kredite an einen einzelnen Schuldner, die 50 % des „haftenden Eigenkapitals“ der Bank überschreiten. Dies gilt bisher auch bei Krediten an die DDR-Treuhänderanstalt. Nach einer „Kanzlerrunde“ („Handelsblatt“,

6.9.) der Großbanken mit Kohl hat Finanzminister Waigel nun das Kreditaufsichtsamt angewiesen, diese Schranken bei Krediten an die „Treuhand“ nicht mehr zu beachten. Folge: Dem Aufkauf von DDR-Kombinaten durch BRD-Konzerne mittels Krediten an die Treuhand steht keine (Kredit)-Schranke mehr im Wege. Über den erstaunlichen Vorgang, daß Kanzler und Finanzminister Gesetze für unwirksam erklären, verliert die bürgerliche Presse kein Wort.

Amnestie-Gesetz

In einem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollten Offiziere der Stasi, die Spionagetätigkeit gegen die BRD leiteten, begnadigt werden. Warum nur sie und nicht auch die von ihnen geführten Agenten? Justizminister Engelhard (FDP): Der eine habe „für seinen Staat“ (DDR), der andere (als Bundesdeutscher) „gegen seinen Staat“ gearbeitet! Die Vorlage scheiterte am 7.9. im Bundesrat an einer Mehrheit SPD geführter Bundesländer für eine weitergehende Amnestie auch für „Straftaten in pazifistischer Absicht“ (SPD-Justizsenatorin Limbach), d.h. wegen Teilnahme an Blockade-Aktionen der Friedensbewegung. Lambsdorff: „Jubelamnestie“.

Kirchensteuer

Der Einigungsvertrag sieht auch auf dem Gebiet der Kirchensteuer die Übernahme der in der BRD geltenden Rechtslage durch die ehemalige DDR vor. Ab Anfang 1991 sind laut Mitteilung des Kirchenamts der Evangelischen Kirchen (EKD) Unternehmen, Finanzverwaltung und Meldebehörden bereit, das Einzugsverfahren anzuwenden. Die Kirchen werden dann nach der Lohn- und Einkommenssteuer von den Kirchenmitgliedern automatisch abkassieren.

Junker und Kriegsverbrecher

Eine „Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen in der DDR“ mit Sitz in Braunschweig hat Verfassungsklage gegen das „Einigungsgesetz“ angekündigt. Die Klage soll sich gegen die Klausel im Einigungsvertrag wenden, daß Enteignungen in der Zeit von 1945 bis 1949 nicht erneut entschädigt bzw. rückerstattet werden. 1945 bis 1949 waren insbesondere Junker und Kriegsverbrecher enteignet worden. Die Bodenreform von 1945 beispielsweise enteignete Grundbesitzer mit mehr als 1000 ha. Diese Junker und Kriegsverbrecher wollen nun ihr Eigentum zurück.

Was kommt demnächst?

Am 14.9. berät der Bundestag in 2. und letzter Lesung das „Einigungsgesetz“. Am 18.9. ist deutsch-französischer „Gipfel“ in München. Am 21.9. berät der Bundesrat abschließend das „Einigungsgesetz“. Am 1.10. ist „Vereinigungsparteitag“ der CDU. Am 3.10. wird die DDR annektiert, am 14.10. sind Landtagswahlen in den DDR-Ländern und in Bayern.

Gesetzverschärfungen in großem Umfang

Drogengesetze sollen auch gegen „organisierte Kriminalität“ gelten

Der Bundesrat hat einen von der bayerischen Staatsregierung eingebrochenen Gesetzentwurf zur „Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität“ weitgehend übernommen und in den Bundestag eingebracht. In diesen Gesetzentwurf sind außerdem aufgenommen die bereits von der Bundesregierung und der SPD eingebrochenen Gesetzesvorhaben, die mit dem Kampf gegen Drogenabhängigkeit begründet worden sind. Das sind der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Vermögensstrafe, der Gesetzentwurf der Bundesregierung über den „Erweiterten Verfall“ von Vermögen und Besitz und ein Gesetzentwurf der SPD zur „Abschöpfung von Gewinnen, Geldwäsche“.

Mit dem Gesetzentwurf des Bundesrates wird zum ersten Mal der Versuch unternommen, die zunächst mit der Verfolgung von Rauschgiftdelikten begründete Verschärfung von Gesetzen allgemein auszuweiten auf „organisierte Kriminalität“. Die parlamentarische Opposition gegen das Gesetz ist gering. Die SPD-Länder haben das Gesetz im Bundesrat mit auf den Weg gebracht und auch die Bundesregierung stimmt dem Gesetzentwurf in weiten Teilen zu.

Das Gesetz umfaßt im wesentlichen drei Maßnahmen.

1. Zum einen wird der staatliche Zugriff auf Vermögen und Einkommen von Rauschgiftsüchtigen und -Händlern und anderen, der „organisierten Kriminalität“ Verdächtigten ausgeweitet:

Die Beschlagnahme des gesamten Vermögens wird als neue Form der Strafe eingeführt. (I)

Die Beschlagnahme von Vermögen und Gegenständen durch den Staat soll auch dann möglich sein, wenn nicht eindeutig bewiesen ist, daß sie durch rechtswidrige Taten erlangt worden sind. Diese Vorschrift soll sich gegen die sogenannte Geldwäsche richten und eine Beschlagnahme bereits bei hinreichendem Verdacht ermöglichen. Damit ist ein Grundsatz antifeudaler Rechtstradition — „Im Zweifel für den Angeklagten“ — gebrochen. Daß die Justizbehörden die Vorschrift nicht in einzelnen, seltenen Fällen, sondern häufig anwenden sollen, ergibt sich aus zwei Hinweisen:

Zum einen erfindet der Bundesrat unter dem Titel „Kosten“ eine neue staatliche Einnahmequelle: „Mehrkosten für die Haushalte des Bundes und der Länder sind zu erwarten. Es ist auf der anderen Seite mit Mehreinnahmen aus dem Verfall von Gewinnen aus Rauschgifthändlern zu rechnen.“ Zum anderen stellt die Bundesregierung in ihrer Begründung für diese Form der Enteignung fest, es komme „immer wieder vor, daß bereits einschlägig bestrafte Drogenhändler erneut im Besitz von kleineren Betäubungsmittelmengen angetroffen werden. Daneben werden bei diesen Personen Geldbeträge vorgefunden ... Nachgewiesen werden kann hier in der Regel aber nur der strafbare Besitz des vorgefundenen Betäubungsmittels.“ Die „Händler“ im Besitz von kleinen Mengen sind in vielen Fällen Abhängige, also Suchtkranke, und diese Art von Beschlagnahme führt dazu, daß schlicht die wenigen Geldmittel dieser Abhängigen konfisziert werden. Das mutet fast wie eine Sondersteuer für Ab-

hängige an — auf dem Wege des Strafprozesses. Diese Art der Beschlagnahme gehört — anders als bei der Vermögensstrafe — nicht zum Strafmaß.

2. Wird durch Ausweitung geltender Strafbestimmungen wie des Paragraphen 129 (Kriminelle Vereinigung) auf den Drogenhandel das Strafmaß heraufgesetzt. Außerdem soll das Gesetz auch für Kriminelle Vereinigungen gelten, die überhaupt nicht in der BRD tätig sind, sondern als im Ausland tätig vermutet werden. Damit macht die BRD ihre Rechtsnormen zu internationalen und die Justiz- und Polizeibehörden erhalten außerdem die Möglichkeit, Befreiungsbewegungen und anderen fortschrittlichen ausländischen Organisationen den Drogenhandel im Ausland zu unterstellen und in der BRD zu verfolgen. Meldungen, in denen versucht wurde, z.B. Verbindungen zwischen den kurdischen Befreiungskämpfern der PKK und Drogenhändlern herzustellen, sind insbesondere über die türkische Presse bereits lanciert worden.

Die Mindeststrafe für „Mitglieder von Drogenbanden“ soll auf zehn Jahre heraufgesetzt werden und die „Geldwäscherei“, d.h. der Einsatz von Kapital aus illegalen Geschäften in legalen Unternehmen, soll als Straftatbestand in das Strafgesetz aufgenommen werden.

3. Enthält der Entwurf jetzt die erste gesetzliche Regelung über den Einsatz sogenannter „verdeckter Ermittler“. Die Länderinnenminister haben bisher auf dem Verordnungswege den verdeckten Einsatz von Polizeibeamten in Zusammenhängen, die gegen die Strafgesetze verstößen, möglich gemacht. Der Entwurf sieht jetzt vor, daß in allen Fällen, in denen die Staatsanwaltschaften „organisierte Kriminalität“ vermuten, erlaubt sein soll, Polizeibeamte verdeckt einzusetzen. Den Beamten soll erlaubt sein, im Rahmen ihrer „Ermittlungstätigkeit“ Straftaten zu begehen, ohne daß sie mit einer späteren Bestrafung rechnen müssen. Diese Regelung lockert zumindest den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Außerdem sind besondere Formen des Zeugenschutzes vorgesehen, die möglich machen, daß „verdeckte Ermittler“ und andere Zeugen für die Öffentlichkeit unidentifizierbar in Prozessen als Zeugen auftreten, die persönliche Verantwortlichkeit für die Aussage also aufgelöst wird und die Möglichkeit der Öffentlichkeit, das Gerichtsverfahren zu verfolgen und zu überprüfen, äußerst eingeschränkt wird.

Die vorgesehenen Maßnahmen sollen vor allem bei Verdacht auf Rauschgiftkriminalität, illegalem Glückspiel, Menschenhandel und Zuhältere, Bandendiebstahl und Bandenhehlerei angewandt werden können, gehen also weit über die „Drogenkriminalität“ hinaus. Quellenhinweis: BT-Drs. Nr. II / 7663 — (uld)



Großeinsatz in Köln: Rauschgiftfahndung von tausend Polizisten, überprüft wurden vor allem Ausländer.

DDR-Kommunen klagen gegen Stromkonzerne

Städte sollen an eigenen Unternehmen nur mit 49 % beteiligt sein dürfen

Nachdem sich die Allianz und Deutsche Nagel gerissen haben, wollten die Energiekonzerne in einem Handstreich die ganze DDR-Stromversorgung an sich reißen. Das hätten sie nur durch Außerkraftsetzung der DDR-Kommunalverfassung erreicht, was so nicht ging.

Nach dem Kommunalvermögensgesetz der DDR können Länder, Städte und Gemeinden über Energie-, Wasser- und Verkehrseinrichtungen auf ihren Territorien als Eigentümer selbst verfügen — und zwar durch kostenlose Übertragung von der Treuhänderschaft. Nachdem westdeutsche Stromkonzerne an eben dieser Regelung gescheitert waren, ließen sie Hintertüren suchen. So sollte z.B. eine Verordnung dazukommen, daß Städte mit bis zu 200000 Einwohnern lediglich Heizkraftwerke mit maximal 50 Megawatt betreiben dürfen. Dagegen protestierte Anfang Juli die „Arbeitsgemeinschaft der Städte der DDR zur Gründung kommunaler Unternehmen“. Dann plante man als Anlage zum Einigungsvertrag die Formulierung, daß eine DDR-Gemeinde nur dann Stadtwerke gründen und die Übertragung des ehemaligen Volkseigentums an Energie- und sonstige Versorgungsanlagen beantragen dürfe, wenn sie nachweist, daß sie ihre Aufgaben in Alleinregie besser und wirtschaftlicher erfüllen würde als

andere (westdeutsche) Unternehmen. Solche „Nachweise“ hätten die Konzerne kalt lächelnd vom Tisch wischen können. Im aktuellen Einigungsvertrag wird nun festgehalten, daß die DDR-Kommunen an ihren eigenen Energieversorgungsbetrieben mit höchstens 49 Prozent beteiligt sein dürfen. Außerdem müssen sie bis Ende 1991 auf Gebühren verzichten, die die Energiekonzerne in der BRD für das Verlegen von Leitungen und Röhren zu zahlen haben (Konzessionsabgaben).

So können z.B. die Städte Rostock, Greifswald, Stralsund, Wismar und die umliegenden Kreise nicht, wie geplant, das ehemalige VEB Energiekombinat Rostock übernehmen. Denn es heißt inzwischen Hanseatische Energieversorgungs-AG und wurde von der Treuhänderanstalt gerade an PreussenElektra verkauft, obwohl die Städte noch bis zum 20.9. ihre Übernahmewünsche entsprechend dem o.g. Vermögensgesetz anmelden können. Deshalb reichten sie jetzt eine Klage ein. Sie gehen davon aus, daß alle Stromfabriken mit Ausnahme der überregionalen Großkraftwerke

Quelle: Wirtschaftswoche 37/90 — (baf)

„Spiegel“ lügt weiter über DKP

Staatsanwaltschaft Frankfurt dementiert „Spiegel“-Aussage

„Kompaß im Päckchen“, so übertrief „Der Spiegel“ seinen neuesten Hetzartikel gegen die DKP. Im Januar hatte der Spiegel behauptet, DKP-Mitglieder seien in der DDR für Sabotage-Akte in der BRD ausgebildet worden. In seiner Ausgabe vom 3.9. behauptet das Blatt nun, die „Militärorganisation der DKP“ (MO) habe in Kassel 1980 drei „Attentate“ verübt. Ziel war ein Autohaus, das Arbeitsgericht und zur Tarnung das örtliche DKP-Büro. Zeugen werden nicht benannt.

Das Blatt geht aber noch weiter und denunziert Leute in der Öffentlichkeit, indem es zwar nicht die Namen nennt, aber klar und deutlich umschreibt, wo sie arbeiten, und daß ein Prozeß die Arbeitgeber in Schrecken versetzen würde. Das soll nahelegen: Eine schnelle Kündigung würde den Schaden begrenzen. Das Blatt nennt als einen der Hauptakteure den (mit Berufsverbot belegten) Fernmeldeobersekretär Axel Brück. A. Brück hat die Rechtsanwältin Guda in Gießen mit seiner Verteidigung beauftragt. Sie klagt inzwischen auf Gegenarbeit.

Der „Spiegel“ verbreitet direkte Unwahrheiten. So schreibt er beispielsweise: „Die Ermittler fanden bei Wohnungs durchsuchungen beträchtliche

Barbeträge von 40000 Mark an aufwärts“ und oft ein „Kampfpäckchen“ (Kripo-Jargon) mit Marschkompaß und Kartens des kleinen Maßstabs — so auch beim Gießener „Berufsverbotsopfer“ (Brück über Brück).

Der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Frankfurt teilte auf unsere Anfrage mit, daß sie von Geldern und Marschkompaß nichts wüßten. Da die Staatsanwaltschaft Frankfurt die Durchsuchungen durchführte, wird sie wohl wissen, was sie vorwand und was nicht. Der „Spiegel“ verbreitet offenbar Lügen.

Die ganze Berichterstattung zielt darauf ab, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu verbreiten, daß es sich um die Bildung einer terroristischen Vereinigung handelt, also ein § 129a-Verfahren. In einem solchen Fall müßte der Generalbundesanwalt ermitteln. Das will das Blatt offenkundig herbeiführen. Dazu will man auf jeden Fall der DKP etwas anhängen nach der Devise: „Elles wird schon hängen bleiben“.

Das übt nicht nur großen politischen Druck auf die Mitglieder der DKP aus. Der „Spiegel“ versucht, durch Lügen und Hetze die DKP in eine Position zu bringen, in der sie mit reaktionären Verbotsdrohungen weiter verfolgt werden kann. — (jöd)

Landtagswahlen in der DDR

PDS Das Bündnis mit der SPD wird gesucht, antikapitalistische Standpunkte werden verdrängt

„In den Landtagswahlen in der DDR kandidiert die PDS bis auf Sachsen-Anhalt mit offenen Listen und mit Listenverbindungen. Die Zusammensetzung dieser Listen ist örtlich verschieden. Unter anderen kandidieren Vertreter der Vereinigten Linken und der KPD in einzelnen Ländern auf PDS-Listen. Konkrete Informationen sind nur schwer zu erhalten. Da von den meisten Ländern noch keine verabschiedeten Wahlprogramme vorliegen, sondern nur Entwürfe, wird im folgenden das Wahlprogramm für Thürin-

gen in Auszügen dokumentiert. Neben dem Wahlprogramm für Thüringen lag bei der PDS nur noch der Entwurf eines Wahlprogramms für Mecklenburg und Vorpommern vor, der sich aber in den wesentlichen Punkten nicht vom Thüringer Programm unterscheidet.

Am 8. September fand im Ostberliner Lustgarten eine Kundgebung zum Gedenken an die antifaschistischen Widerstandskämpfer statt. Die Westberliner Presse berichtet zum ersten Mal brei-

ter über eine Kundgebung unter Beteiligung der PDS. Das Volksblatt spricht auf der Titelseite von 70 000 Teilnehmern und von Gysis Bemühungen, der SPD eine Zusammenarbeit anzubieten. Von diesen Bemühungen ist auch das vorliegende Wahlprogramm gekennzeichnet. Es fällt noch weit hinter das Programm der Linken Liste / PDS zurück und nimmt keine Stellung gegen die kapitalistische Produktionsweise, sondern nur gegen einzelne ihrer Auswirkungen. — (msb)

„... ein neues „Land Thüringen“ entsteht. In seiner reizvollen Vielfalt soll es gedeihen, liebenswerte Heimat aller Thüringer und lohnendes Ziel seiner Gäste sein.“

Mit Herz und Verstand und mit allen, denen in der Tat das Einende über möglicherweise Trennendes geht, will die PDS in Thüringen sich den daraus abzuwendenden Aufgaben stellen.

Die hohe Verantwortung dabei empfinden wir umso mehr, als die PDS sich nicht aus der jüngsten Geschichte stehlen will. Die PDS stellt sich den Thüringen deshalb mit diesem Programm zur Wahl.

Für ein Thüringen in einem humanistischen, sozial und ökologisch orientierten demokratischen deutschen Bundesstaat.

Den bedeutenden linken Traditionen Thüringens folgend, tritt die PDS als konsequent kapitalismuskritische Partei für Veränderungen ein, die in der Verbesserung des Lebens der Thüringer Bürger münden müssen.

In diesen Sinne wird die PDS Bündnispartner aller sein, die sich in Thüringen und darüber hinaus einsetzen:

- für eine umfassende demokratische Mitbestimmung und gegen den Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte oder das Übergehen demokratischer Meinungäußerungen;
- für eine globale Sicht bei der Entscheidung auch und gerade von Thüringer Lebensfragen, gegen nur durch deutsche Sicht geprägte Politikkonzepte;
- für die Notwendigkeit einer ständigen kritischen Sicht auf gesellschaftliche Entwicklungen und für Lösungskonzepte durch Auflösung jüngerer Vergangenheit und Gegenwart.

Der Landesverband Thüringen der PDS ringt darum:

- Traditionelle und zukunftsorientierte Industriezweige, die bedeutsame Land-, Garten- und Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Formen in gleichberechtigten Eigentumsformen als wirtschaftliche Grundlage des gesellschaftlichen Lebens zu fördern;
- Wissenschaft und Kultur im historisch gewachsenen Kulturräum Thüringen zu entfalten;
- das Recht auf Arbeit, Bildung und Wohnen zu gewährleisten;
- die unentgeltliche medizinische Betreuung für alle Bürger zu sichern;

„Mit uns für Thüringen“

Dokumentiert: Auszüge aus dem PDS-Wahlprogramm für Thüringen

durch den Ausbau der Infrastruktur den Aufschwung eines umweltschonenden Tourismus zu fördern;

- die im Prozeß der Abrüstung freiwerdenden militärischen Objekte in zivile Einrichtungen bzw. Naturschutzgebiete umzuwandeln;
- die Gleichstellung der Frau zu verwirklichen;
- Andersdenkende und -führende sozial und juristisch gleichzustellen;
- zu sichern, daß jeder Mensch seine eigene Lebensform selbstbestimmt, eigenverantwortlich wählen und leben kann;
- staatsferne, bürgernahe und allen demokratischen Kräften zugängliche Medien in Thüringen zu unterstützen.

Politik und Recht

Unser Land Thüringen soll auf der Grundlage einer Verfassung entstehen, die alle progressiven, demokratischen und rechtstaatlichen Erfahrungen in sich aufnimmt.

Die Ausgestaltung der Bürgerrechte muß die Grundlage der zu schaffenden Rechtsordnung sein.

Die PDS tritt ein für:

- einen Volksentscheid über die Verfassung des Landes Thüringen;
- Erfurt als Landeshauptstadt;
- einen Verfassungsgerichtshof Thüringen;
- politische Kultur und Gewaltfreiheit bei allen politischen Auseinandersetzungen;
- Kompetenz und Sachkunde, nicht Parteidisziplin, als Grundlage für Personalentscheidungen;
- Volksentscheide und Bürgerbefragungen als Mittel demokratischer Willensbildung und Entscheidung;
- die Unterstellung der Polizei unter die Landesregierung einschließlich deren demokratischer Kontrolle;
- eine Unabhängigkeit der Justiz und einen längerfristigen und ausgewogenen Prozeß der Rechtsangleichung bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten;
- ein Bodenrecht, das Wucher und Spekulation ausschließt;
- ein Steuerrecht, das den Kommunen ermöglicht, die vielfältigen sozialen Probleme im Interesse der Bürger zu lösen;
- die Berücksichtigung der Angelegenheiten ausländischer Bürger im Landesrecht;

— ein Gleichstellungsgesetz für das Land Thüringen, die Einrichtung von Gleichstellungsämtern in Orten über 10 000 Einwohner und von Gleichstellungsbeauftragten in allen Kommunen.

Wirtschaft und Soziales

Die PDS tritt für eine starke, ökologisch orientierte Marktwirtschaft ein, die den spezifischen Gegebenheiten Thüringens im Herzen Deutschlands gerecht wird.

Die PDS sieht die Marktwirtschaft als Mittel, um Effektivitätsfortschritte zu erreichen, gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen und wachsenden sozialen und ökologischen Ansprüchen zu genügen.

Die PDS ist dafür, in den Betrieben Thüringens eine qualifizierte und demokratische Mitbestimmung durchzusetzen.

Zur Sicherung der sozialen Rechte der Werktagen tritt die Partei für starke Gewerkschaften und für Betriebsräte ein.

Sie ist für Arbeitsbeschaffungsprogramme, staatliche und betriebliche Umschulungsmaßnahmen sowie die Förderung von Initiativen die der Arbeitsplatzbeschaffung dienen.

Die PDS ist für die Errichtung von Kommunikationszentren bzw. Beratungsstellen, insbesondere für sozial Gefährdete, Arbeitslose und Hilfsbedürftige.

Landwirtschaft

Als PDS treten wir im Land Thüringen für die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen ökologisch orientierten Landwirtschaft mit einer klaren Perspektive für unsere Bauern ein.

Die geplante Zerschlagung der LPG darf nicht zugelassen werden. Ihre Umwandlung in moderne Agrarunternehmen ist eine reale Überlebenschance. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen des Bauernverbandes e. V., des Verbandes der Thüringer Raiffeisen-Gesellschaft und des Landwirtschaftlichen Unternehmerverbandes Thüringen, die geeignet sind, unseren Bauern zu helfen.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit den Kommissionen für Bauernpolitik und Arbeit auf dem Lande zur Durchsetzung der Bauerninteressen ...

Ökologie

Die Naturlandschaft Thüringens droht

durch Luftverschmutzung, Waldsterben, Landschaftszerstörung, Bodenbelastung und Gewässerverunreinigung aus dem ökologischen Gleichgewicht zu geraten.

Die PDS tritt dafür ein, durch eine umweltorientierte Politik diesen Prozeß zu stoppen und ökologisch bewußtes Handeln zu fördern.

Es sind dabei nicht nur weitere Umweltbelastungen zu verhindern, sondern auch bereits vorhandene zu beseitigen und eingetretene Schäden — soweit möglich — zu beheben ...

Bildung, Wissenschaft, Kultur

Die PDS will Bildung, Wissenschaft und Kultur in Thüringen fördern helfen.

Deshalb soll jeder Thüringer zu allen Bildungswegen und zu allen Bildungseinrichtungen freien Zugang haben.

Das humanistische Gedankengut Thüringer Pädagogen bewahren wir in unserem Bildungskonzept.

Die Familie ist die wesentliche Voraussetzung für die Erziehung und Entwicklung des Kindes.

Wir wollen, daß Alleinerziehende im besonderen Maße unterstützt werden.

Wir treten für die Ratifizierung der „UNO-Konvention über die Rechte der Kinder“ ein ...

Die PDS steht für die Ausbildung der Lehrer aller Klassenstufen an Hochschulen und Universitäten.

Die PDS setzt sich für eine freie Entwicklung von Lehre und Forschung.

Wir fordern, daß Studenten ein gesetzlich verbürgtes Mitspracherecht erhalten, welches sich auf Entscheidungen bezieht, die ihre Ausbildung und sozialen Belange, insbesondere studierender Mütter, betreffen ...

Wir sind für elternunabhängige staatliche Grundstipendien, Lehrlingsgelder und Beihilfen für Schüler und ihre Anpassung an das sich verändernde Lohn- und Preisgefüge sowie für Sozialleistungen für Schüler, Lehrlinge und Studenten, für alle Tarife und Ermäßigungen für Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen ...

Die wertvollen Ergebnisse der Kunst- und Kulturerwicklung in der DDR müssen bewahrt und als geschichtliche Selbstverständigung in die gesamtdeutsche Kultur eingebracht werden ...

Gesundheitswesen

Die PDS setzt sich bei der Neugestaltung des Gesundheitswesens im Land Thürin-

gen für eine sozial gleiche, qualitativ hochstehende medizinische Betreuung aller Bürgerinnen und Bürger ein.

Wir sind für leistungsstarke Einrichtungen der unterschiedlichen Eigentumsformen, die der Realisierung der normalen, spezialisierten und hochspezialisierten Betreuung dienen. Die PDS fordert:

- eine differenzierte medizinische Betreuung durch Niederlassungen in eigener Praxis und in kommunalen Einrichtungen des Gesundheitswesens, in denen die Behandlung unentgeltlich ist;

- die Erhaltung bzw. Umprofilierung des Betriebsgesundheitswesens mit seinen Einrichtungen (Betriebspolikliniken, Ambulatores u. a.);

- die Arbeitshygieneinspektionen als staatliche Kontrollorgane zur Erkennung bzw. Vermeidung von Gefährdungen im Arbeitsprozeß in Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Dienstleistungen zu erhalten; ...
- Es sind spezialisierte Vorsorge- und Betreuungseinrichtungen zu schaffen, z. B. für Suchtkranke, AIDS und Krebs hilfe ...

Frauen

Die PDS tritt für die wirkliche Gleichstellung von Frau und Mann als Grundwert einer humanistischen und demokratischen Gesellschaft ein. Deshalb setzen wir uns ein für:

- Die Gewährung des Rechts auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung juristisch, politisch, ökonomisch und bildungspolitisch;

- die Einrichtung von Ämtern für Gleichstellung mit entsprechenden Kompetenzen (u. a. Vetorecht bei Gesetzesvorlagen und Beschlüssen);
- konsequente Durchsetzung der Quotenregelung in allen gesellschaftlichen Bereichen;
- Abschaffung des § 218 des Strafgesetzbuches der BRD und gegen Zwangsberatungen; ...

Kinder und Jugend

Die PDS fordert und fördert die selbstbestimmte Verwirklichung der Grundrechte der Jugend auf Mitbestimmung, Individualität, Bildung, Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen und auf ein Leben in Frieden und gesunder Umwelt.

Wir sind für parlamentarische und außerparlamentarische Interessenvertretung der Jugend durch Jugendliche und unterstützen die Arbeit der demokratischen Jugendbewegung durch die Fraktion der PDS ...



70000 beteiligten sich am 1. September an der Kundgebung von PDS und anderen linken, antifaschistischen Organisationen zum Antikriegstag.

Internationale Umschau

Unter den US-Reservisten und Soldaten wächst der Widerstand gegen den Einsatz am Golf. In Hawaii weigerte sich der Marineinfanterist Jeffrey Paterson, seinem Marschbefehl nach Saudi-Arabien nachzukommen. Er erklärte, er werde „nicht für amerikanische Profite und billiges Öl kämpfen.“ (F.R., 8.9.90) Er wurde inhaftiert. Auch in Kalifornien erklärte ein Gefreiter, er werde nicht „für Öl in den Krieg ziehen“. Ein in Kentucky stationierter Moslem verweigerte ebenfalls den Befehl. Er werde nicht gegen andere Moslems in den Krieg ziehen. Die Quäkerorganisation „American Friends Service Committee“, die Verweigerer betreut, die „War Resisters League“ (Kriegswiderstandsverband) und die Soldatenberatungsorganisation „Citizens Soldier“ berichten über zahlreiche Anfragen von Soldaten und Reservisten nach Verweigerungsmöglichkeiten. Bild: US-Soldaten in Saudi-Arabien. — (rül)

Kanada: Militär gegen Mohawk-Indianer

Mit Schützenpanzern drangen am 1.9. kanadische Soldaten unter dem Oberbefehl eines Generals in die Indianersiedlung Kahnnesatake im Gebiet der Mohawk ein. Sie rissen die von den Bewohnern aus Protest gegen den Bau eines Golfplatzes auf ihrem Territorium errichteten Barrikaden mit Gewalt nieder. Seit dem 11. Juni hatten die Mohawk gegen den Bau protestiert und den Anspruch der Indianer und Inuit auf Anerkennung ihrer Rechte als erste Nationen in Kanada unterstrichen. Vor der gewaltsamen Niederschlagung hatte die Regierung einen Trick versucht. Anstatt den rechtmäßigen Anspruch der Mohawk auf das Gelände anzuerkennen, kaufte sie es von dem vorherigen Besitzer und bot den Mohawk an, ihnen das Gebiet „zu übergeben“. — (rül)

Griechenland: Streiks gegen Rentenpläne

Die griechische Regierung will das Rentenalter erhöhen, die Rentenbeiträge erhöhen und die Rentenauszahlungen senken. Bisher haben Lohnabhängige nach einer (je nach Beruf unterschiedlichen) Zahl von Arbeitsjahren Rentenanspruch. Künftig soll das Rentenalter für Männer auf 60, für Frauen auf 58 Jahre erhöht werden. Gleichzeitig sollen sog. „Mehrfrachrenten“ gesetzlich begrenzt werden. Die Gewerkschaften der Bankangestellten und der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten protestierten dagegen bereits mit mehreren Streiks. — (rül)

Türkei: Die EG dehnt ihre „Türkeihilfe“ aus

Auf einem kurzfristig einberufenen Treffen der Außenminister der EG am 9. September in Rom haben diese der Türkei eine Ausdehnung der EG-„Türkeihilfe“ zugesagt. Gleichzeitig sollen die EG-Zahlungen (fast durchweg Kredite) an Jordanien und Ägypten ausgedehnt werden. Die EG-Kommission wurde beauftragt, so rasch wie möglich zu prüfen, wie den „meistbetroffenen Anrainstaaten“ Türkei, Jordanien und Ägypten geholfen werden können, heißt es in der Mitteilung der EG nach der Konferenz. Die Kommission schätzt die Einnahmeausfälle dieser drei Staaten durch den Handelsboykott gegen den Irak in diesem Jahr auf 2,8 Mrd. Dollar, im nächsten auf 6,5 Mrd. Dollar, 15 Prozent dieser Summe, das wären 1990 450 Mio. Dollar, 1991 fast 1 Mrd. Dollar, will die EG aufbringen und den drei Staaten leihen, 65 Prozent sollten Saudi-Arabien und die Vereinigten Emirate aufbringen, den Rest sollen Japan und Südkorea leihen. Die Zahlungen der EG werden den imperialistischen Einfluß der EG auf diese Staaten weiter erhöhen. Die Türkei verlegt derzeit täglich fast 60 Busse voll Soldaten an die Grenze zum Irak, d.h. in ihre kurdischen Gebiete. Durch die EG-Zahlungen wird sie in ihrem Militäraufmarsch, der sich hauptsächlich gegen die kurdische Bevölkerung richtet, massiv unterstützt. — (rül)

Kambodscha: Neue Konferenz in Jakarta

Am 9. September traf in der indonesischen Hauptstadt Jakarta der Ministerpräsident der von Vietnam eingesetzten Regierung in Phnom Penh, Hun Sen, zu den von der UNO vorbereiteten Verhandlungen über eine Lösung des Kambodscha-Konflikts ein. Auch Vertreter der Widerstandskoalition trafen in Jakarta ein. Prinz Sihanouk, Vorsitzender der Widerstandskoalition gegen das Regime Hun Sen, sagte seine persönliche Teilnahme wegen einer Erkrankung ab. Bei Redaktionsschluss dauerten die Verhandlungen noch an. Ende August hatten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (USA, VR China, UdSSR, Frankreich und Großbritannien) einen Vorschlag für die Lösung des Konflikts unterbreitet. Dieser sieht die Bildung eines „Obersten Nationalen Rates“ in Phnom Penh aus der Regierung Hun Sen und Vertretern der Widerstandskoalition vor, einen Waffenstillstand, die Entwaffnung aller drei Widerstandskoalitionen und der Truppen Hun Sens, Überprüfung des kompletten vietnamesischen Abzugs aus dem Land und die Durchführung freier Wahlen unter UN-Aufsicht. Zur Kontrolle des Abkommens sollen etwa 10000 Mann UN-Friedenstruppen und weitere 10000 „zivile Beobachter“ eingesetzt werden. Die bürgerliche Presse geht davon aus, daß der Regierung Hun Sen die Zustimmung zu diesem Abkommen am schwersten fallen werde. Ohne westliche Hilfe aber werde sie, so das Urteil der Imperialisten, binnen zwei Jahren von der Widerstandskoalition, insbesondere den Roten Khmer, sowieso militärisch geschlagen sein. Die Vertreter der Roten Khmer sollen dem UN-Plan sofort und vorbehaltlos zugestimmt haben. Die „FAZ“ ist besorgt: „Keineswegs gebannt ist die Gefahr einer Rückkehr der Roten Khmer an die Macht in Phnom Penh“, urteilt sie in einem Bericht vom 10.9.90. — (rül)

Kosovo: Säuberung und Entlassungswelle

Mit einem Generalstreik protestierte am 3. September die albanische Bevölkerung des Kosovo gegen die anhaltende Entlassungswelle, mit der die serbische Zentralregierung Albaner aus den Betrieben und dem öffentlichen Dienst der Provinz systematisch zu entfernen versucht. Nach Berichten einer Delegation der „Internationalen Helsinki-Föderation“, die Anfang September im Kosovo war, sind seit Anfang Juli etwa 15000 Arbeiter und Angestellte aus Betrieben entlassen worden, 2000 Journalisten und technische Angestellte seien im Pressebereich entlassen worden, 60 albanische Ärzte und etwa 350 andere albanische Beschäftigte im Gesundheitswesen auf die Straße gesetzt worden. — (rül)



„Über dem Werk weht wieder die Mercedes-Flagge, die Fahnen des ANC und der Kommunistischen Partei wurden abgenommen.“ So berichtet das „Handelsblatt“ am 5.9. über die gewaltsame Beendigung einer Werksbesetzung bei Mercedes-Benz Südafrika durch südafrikanische Polizei. Seit dem 16.8. hatten etwa 400 Arbeiter das Werksgelände besetzt, um gegen den seit 1. Juli anhaltenden tariflosen Zustand zu protestieren und eine betriebliche Lohnerhöhung durchzusetzen. Sie forderten 50% mehr Lohnerhöhung als die Gewerkschaft NUMSA, die mit den Kapitalisten ein branchenweites Lohnabkommen abzuschließen versucht. Um den Streik zu brechen, entließ Werkschef Kopcke 400 der 3500 Beschäftigten. Als die Streikenden nicht nachgaben, holte er am 2.9. Polizei aufs Werksgelände, die mit Hunden und Gewehrkolben-Schlägen die Arbeiter gewaltsam vom Werksgelände vertrieben. — (rül)

Azianische Befreiungskämpferin auf Rundreise in der BRD

Zwischen dem 17. und dem 28. September führt Nothemba Mlonzi, eine Vertreterin der African Women Organisation (AWO) in der BRD eine Veranstaltungsreise durch. Die Veranstaltungen werden von örtlichen Aktionseinheiten getragen und finden statt:

- 17.9. Hamburg: 19.30 Uhr, Haus 3 (Saal neben der Cafeteria), Hospitalstr. 109 (Jenckelpark), Altona
- 18.9. Hannover: 19.30 Uhr im Freizeithaus Linden, Raum 9
- 21.9. Dortmund: Ort und Zeit noch nicht bekanntgegeben
- 22.9. Ulm: Ort und Zeit noch nicht bekanntgegeben
- 24.9. Heidelberg: 20.00 Uhr, im „Essighaus“, Plöck 97
- 27.9. Heilbronn: 19.30 Uhr in der Gaststätte „Lamm“ in der Lammgasse
- 27.9. Schweinfurt: 19.30 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 2, Jugendraum (Eingang über den Hof)
- 28.9. Stuttgart: 19.00 Uhr, Einlaß 18.00 Uhr, Saal in der Festhalle Feuerbach, Grazer Str., Eintritt: 4,-/2,-, Kinderbetreuung, Kulturprogramm

Die AWO wurde 1983 landesweit gegründet und beschäftigt sich vor allem mit der Einrichtung von Selbsthilfeprojekten. Zur Zeit liegt der Schwerpunkt der Arbeit bei Alphabetisierungskampagnen und der Betreuung von Kindern ohne Eltern. Die Organisatoren der Rundreise, PAC, BWK und MLPD, rufen dazu auf, zur Unterstützung der Selbsthilfeprojekte der AWO eine Spendenaktion durchzuführen.

Die Rundreise findet während einer komplizierten Lage in Südafrika/Azania statt. Der Bann gegen die Befreiungsorganisationen wie ANC, BCM und PAC wurde aufgehoben. Nach den Gesprächen zwischen ANC und Regime werden die politischen Gefangenen des ANC entlassen, die politischen Gefangenen aus anderen Organisationen oder ohne Organisationszugehörigkeit sind weiter eingekerkert, der bewaffnete Kampf wird weiter kriminalisiert. Das Rassistenregime bedient sich der Inkatha-Bewegung Buthelezi für die Entfernung eines blutigen Terrors in den Ghettos der Azanier. Die Vertreterin der AWO ist darauf vorbereitet, über die Lage und den Kampf der azanischen Frauen, aber auch über die Aufgaben des Befreiungskampfes in der gegenwärtigen Lage zu sprechen. — (scg)

Angola: MPLA für Waffenstillstand**Bauernproteste in Frankreich****Existenzdruck wegen Fleischpreisverfall und Trockenheit**

Mit spektakulären Aktionen geben die französischen Bauern ihren Unmut kund: Fleisch verbrannte auf den Straßen, LKW-Ladungen von ausländischen Fleischimporten wurden auf der Straße verteilt, viele Nationalstraßen und ein Teil der A6 wurden blockiert ebenso wie der Grenzübergang Straßburg-Kehl, Schafherden wurden in die Städte getrieben, nachdem den Tieren noch ein Medikament verabreicht worden war, daß den Verzehr für einen Monat unmöglich macht. Die Zeitung „Le Monde“ sprach von einem „Guerilla-Kampf“. All diese Aktionen fanden am 29.8. statt, an dem die Bauerngewerkschaften zu einem nationalen Protesttag aufgerufen hatten. An den landesweiten Demonstrationen beteiligten sich über 200000 Bauern. Grund für die Proteste ist zum einen der massive Kursverfall bei den Preisen für Rind- und Schafleber und zum anderen die extreme Trockenheit während des ganzen Sommers, diese schon das zweite Jahr. Für den Preisverfall bei Rind- und Schafleber gibt es Ursachen, die schon länger wirken: so importiert England billige Schafe aus Neuseeland für die Wollverarbeitung, um dann das Fleisch anschließend noch auf den EG-Markt zu bringen; beim Rindfleisch gibt es seit der Einrichtung der Milchquote 1984 einen starken Preisverfall aufgrund der zunehmenden Schlachtung von Milchkühen. Diese Situation wird jetzt

verschärft durch den Billigexport von DDR-Rindfleisch. Schlußfolgerung für den konservativen Bauerndachverband FSNEA ist die protektionistische Forderung nach Importbeschränkungen bzw. Importstopp. Darüberhinaus fordert er Finanzhilfen für die Bauern, die durch Preisverfall und Trockenheit in einer prekären Lage sind. Die linke Bauernbewerkschaft „Confédération Paysanne“ tritt hingegen für eine finanzielle Absicherung vor allem der armen Kleinbauern ein, indem sie je nach Viehbestand gestaffelte Festsätze an staatlichen Finanzhilfen fordert (z.B. 150 FF pro Schaf bei Bestand bis zu 300 Schafen). Der FSNEA ist gegen diese Forderung. er vertritt die Interessen der Großbauern.

Agrarminister Nallet kündigte nach dem Aktionstag einen Maßnahmenkatalog an: Aufschub der Zahlung der Sozialabgaben bis Jahresende; staatlicher Aufkauf von Winterfutter und Abgabe zu Niedrigstpreisen oder kostenlos (nach individueller Prüfung); teilweise Übernahme der Darlehenszinsen und Kostenübernahme für kollektive Bewässerungsanlagen durch den Staat; 50%iger Vorschuß auf die Trockenheitsentschädigung für 1989 (die noch nicht gezahlt werden ist!). Die Bauernorganisationen lehnen die Maßnahmen als ungünstig ab und setzen ihre Aktionen fort. — (sur)

US-Autoindustrie: Lohntarife**Die Verhandlungen um Tarifverträge haben begonnen**

Am 14. September laufen die Tarifverträge für mehr als 450000 Automobilarbeiter aus, die bei den „Großen Drei“ (General Motors Corp., Ford Motors Co. und Chrysler) beschäftigt sind. Ende Juli begannen die Verhandlungen, Ende August erklärte die Gewerkschaft UAW (United Auto Workers) General Motors zum Verhandlungsschwerpunkt.

Zum ersten Mal seit elf Jahren laufen die Tarifverträge mit den „Großen Drei“ zum gleichen Zeitpunkt aus. Anfang der 80er Jahre war Chrysler ausgeschert, um mit drastischen Lohnkürzungen und billigen Regierungskrediten wieder besser Profite schaufeln zu können. Auch diese Jahr wird spekuliert, daß es um Chrysler sehr schlecht stünde. Noch bekräftigt die Gewerkschaft aber, daß gleiche Verträge für alle Autoarbeiter ausgehandelt würden. Die Laufzeit der Tarifverträge ist normalerweise drei Jahre. Im Mai dieses Jahres hat die Gewerkschaftsführung eine 92-seitige Verhandlungsresolution vorgelegt. Von einer länglichen Aufzählung der Regierungsangriffe auf die Gewerkschaften bis hin zu Beratungsdiensten bzgl. Zwangsverrentung enthält diese Resolution alles,

was man sich nur denken kann. Konkrete Forderungen sind aber nicht formuliert. Gewerkschaftspräsident Bieber besteht auf Verhandlungsfreiheit.

Ziel sei jedoch auf jeden Fall Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung. In den Verhandlungen vor drei Jahren wurden Lohnzugeständnisse unterzeichnet für angebliche Sicherung der Arbeitsplätze. Fabrikschließungen und Massenentlassungen haben aber nicht aufgehört. Aufträge an Fremdfirmen mit nicht gewerkschaftlich organisierten Belegschaften und ins Ausland werden weiterhin vergeben.

Angebote von General Motors und Ford liegen der UAW seit Ende August vor. In einer gemeinsamen Erklärung mit den Kapitalisten gab die Gewerkschaft bekannt, nichts Inhaltliches bekannt zu geben. Auch Gewerkschaftsmitglieder sind nicht informiert. In der Presse findet man derzeit zwischen langen Artikeln über den drastischen Rückgang der Autoverkäufe kleine Meldungen darüber, wie großartig die Tarifverhandlungen liefen. Bei über der Hälfte der Verhandlungspunkte, die nicht den Lohn betreffen, sei schon Einigung erzielt worden. — (her)

Angola: MPLA für Waffenstillstand**Hungersnot in Südangola / Unita militärisch gestärkt**

Am 27. August fanden in Portugal Verhandlungen über die Beendigung des Bürgerkrieges zwischen Vertretern der angolanischen Regierung und der reaktionären Rebellenbewegung Unita statt. Dies waren bereits die dritten Verhandlungen in den letzten fünf Monaten. Über Ergebnisse dieser Verhandlungen ist nichts bekannt geworden. Die angolanische Regierung will einen förmlichen Waffenstillstand mit der Unita erreichen, danach sollen nach einer Übergangszeit allgemeine Wahlen stattfinden, bei denen verschiedene Parteien kandidieren können. Die Unita fordert die sofortige Anerkennung als Oppositionsbewegung und die Festlegung eines Wahltermins, vor diesem Wahltermin will sie sich auf keinen förmlichen Waffenstillstand einlassen.

Die Unita erhält nach wie vor Militärhilfe aus den USA, auch wenn die Reagan-Regierung einmal behauptet hat, diese Hilfe würde nach dem Abzug der kubanischen Soldaten aus Angola eingestellt. Inzwischen verlangen die USA die Aufnahme der Unita in eine Übergangsregierung und die Durchführung „freier und geheimer Wahlen unter internationaler Aufsicht“ als Bedingung für die Einstellung der Militärhilfe, die sowohl Raketen- und andere Waffenlieferung

wie auch personelle Unterstützung durch Militärberater umfaßt. Die Unita hat aufgrund dieser massiven Unterstützung ihre militärischen Aktivitäten stark ausgeweitet und ist zeitweise bis zur Hauptstadt Luanda vorgedrungen.

Im Süden Angolas ist die Lebensmittelversorgung weitgehend zusammengebrochen. Eine langandauernde Dürre, die Zerstörung der Bewässerungssysteme und die Verhinderung vieler Transporte, auch der zivilen, durch die Unita haben zu einer großen Hungersnot geführt, der mehrere hundert Menschen zum Opfer gefallen sind.

Aber die landwirtschaftliche Produktion ist längerfristig gestört: Über 62000 Rinder sind bereits in diesem Jahr verhungert und verdurstet, der gesamte Viehbestand im südlichen Angola ist gefährdet und damit die Versorgung der dort lebenden Bevölkerung. Durch den seit fünfzehn Jahren andauernden Krieg konnten die Bauern kaum Überschüsse produzieren, eigene Getreidevorräte sind nicht mehr vorhanden. Die angolanische Regierung erklärte Ende August, Grundbedingung für jede Änderung dieser Situation sei ein Waffenstillstand mit der Unita.

Quellenhinweis: Financial Times, 20.7., 29.8.90
Neue Zürcher Zeitung, 29.8.90 — (uld)

am 28. Juli dieses Jahres, dem Tag des Regierungsantritts des neuen peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori, ist die lange Zeit aufeinanderfolgender Wahlkampagnen zu Ende gegangen: es gab fünf verschiedene Wahlen (Kommunale, Parlaments-, und Regionalwahlen sowie die Präsidentschaftswahlen mit schräglieger Stichwahl) in einem Jahr, was das bedeutet eine zweijährige Wahlkampagne. Diese Wahlen waren von großer Bedeutung für den veralteten und reaktionären peruanischen Staat, vor allem aus zwei miteinander zusammenhängenden Gründen: die bislang stärkste wirtschaftliche aber auch soziale und politische Krise in der Geschichte Perus und der unaufhaltsame Fortschritt des Volkskrieges, geführt von der kommunistischen Partei Peru (PCP), ein Volkskrieg, der eine neue strategische Phase, nämlich die des strategischen Gleichgewichts erreicht hat, gekennzeichnet durch den Übergang von einem Guerrilkrieg zu einem Bewegungskrieg.



Tausende peruanische Bauern sind in den letzten Jahren nach Verhaftung durch das Militär erst „verschwunden“ und dann ermordet aufgefunden worden.

Die politischen Folgen dieser Tatsache sind die Befestigung des Neuen Staates und der Neuen Macht in immer ausgedehnteren Gebieten — d. h. es sind beträchtliche Fortschritte im Hinblick auf die zukünftige Eroberung der Macht im ganzen Land zu verzeichnen.

Die bisherige Regierungspartei des Alan Garcia, die APRA, hat die Krise des alten Staates immer mehr verschärft und Fujimori mit seinem CAMBIO 90 wird daran nichts ändern und noch weniger verbessern können. Die APRA mit ihrem faschistisch-korporativen Projekt, mit Populismus und entfesselter Demagogie hinterlässt eine Inflation, die 3000 % jährlich übersteigt, einen riesigen Bürokratieapparat, der zum Zwecke einer besseren Kontrolle des Staatsappa-

Bergbaus, sowie die 75 % an Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Wen wundert's da noch, daß dies Bild durch grausame Repressionsmaßnahmen, Völkermord an wehrlosen Massen und politischen Gefangenengen vervollständigt wird. Kurz gefaßt: es ist das größte Debakel einer reaktionären Regierung in der Geschichte Perus, aber wohlgemerkt — mit der Beihilfe und Komplizenschaft der europäischen Sozialdemokratie und der „verantwortungsvollen“ oppositionellen Linken (IU), einem Parteienbündnis, dessen herausragendstes Kennzeichen ihr „ideologischer Mischsalat“ ist.

Die Reaktion muß nun ihre Behörden austauschen und die alte, faule Ordnung auffrischen. Das heißt: 1. dem bürokrati-

Peru: Die neue Regierung und die Agonie des alten Staates

Ein Bericht des Arbeitskreises Mariategui über die aktuelle Situation in Peru

rates durch die APRA-Partei geschaffen wurde, außerdem eine Korruption, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfaßt und eine Rezession, gekennzeichnet durch das Absinken der Produktion um 22 % im Vergleich zu 1985, eine Senkung des BSP um 10,5 % und der Exporte von 5,6 Mrd. auf 3,5 Mrd. US-\$, — das Ganze droht schließlich unterzugehen in einem allgemeinen administrativen Chaos, mit starker Tendenz zu parallelen Regierungen, bzw. territorialer Aufsplitterung aufgrund der regionalen Regierungen. Hinzu kommt noch der Kollaps der Landwirtschaft und des

tischen Kapitalismus, dieser spezifischen Form des Kapitalismus, die der Imperialismus in den rückständigen Ländern züchtet, neuen Auftrieb geben. Das geschieht über Lohnsenkungen und effizientere Ausbeutung des Proletariats und des Volkes. 2. Neustrukturierung des alten Staates. Und das wiederum bedeutet, ihn wirksamer und reaktionärer zu gestalten. 3. Beseitigung der Neuen Macht, die durch den Volkskrieg entsteht, denn hier ist der Hauptwiderspruch zu finden. Das sind die neuen Anforderungen, mit denen sich die Reaktion und der Imperialismus, vor allem der US-Imperialismus in Peru konfrontiert sehen. Aber gleichzeitig wird dadurch auch der Klassenkampf und der Volkskrieg angefacht und gefördert. Die Wahlen haben neue Probleme und vor allem größere Widersprüche gebracht:

1. Die Krise des politischen Parteiensystems; ersichtlich aus der Demagogie der Parteien der Großbourgeoisie, FREDEMO, APRA und CAMBIO 90 — sowie der Revisionisten und Opportunisten der Vereinigten Linken und der Sozialistischen Linken. Dies hat dazu geführt, daß die Volksmassen letztendlich alle diese Parteien abgelehnt und sich für die Unabhängigen (Cambio 90) entschieden haben, weil sie gemerkt haben, daß von diesen Parteien nichts mehr zu erwarten ist. Alle haben sie dieselben Ziele, bloß die Methoden sind verschieden.

2. Die Krise des parlamentarischen Systems; die neue Regierung hat keine Mehrheit im Parlament. Der peruanische Staat hat korporativen Charakter, das heißt die Exekutive ist allgewaltig und somit bedeutet das Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit eine schwache parlamentarische Regierung. 3. Krise der Regierung; das Kabinett ist uneinheitlich, beruht auf „concertación“, auf Absprachen zwischen den Vertretern der Großbourgeoisie, der Landbesitzer und des Imperialismus, die eigentlich verschiedene wirtschaftliche Interessen verfolgen.

Hinzu kommen noch weitere Widersprüche, wie die Tatsache, daß in weiten Teilen des Landes bedingt durch den Volkskrieg überhaupt keine Wahlen stattgefunden haben, oder die Wahlen boykottiert wurden; außerdem die drohende Gefahr eines Putsches, religiöse Kämpfe, Rassismus, Auflösung von Parteien aus dem rechten sowie links-offiziellen Spektrum, mit Spaltungen und Austritten; die Probleme des US-Imperialismus, dessen Plan gescheitert ist, und dadurch sind verstärkte Intervention und regelrechte Invasion zu befürchten. Das Programm von Fujimori läßt sich in

ein paar Schlagwörtern zusammenfassen: Wirtschaftlicher Schock (Programm des US-Imperialismus zur wirtschaftlichen Stabilisierung in Lateinamerika); Internationaler Währungsfond und größere Verschuldung, d.h. neues Geld für Großbourgeoisie und Landbesitzer, höhere Gewinne für den Imperialismus; Militarisierung, d.h. der Staat wird immer reaktionärer, neue Massaker und Völkermorde stehen an, die militärische Intervention der USA wird direkter; und für die Massen bleibt nichts als Assistentialismus verbunden mit verschärfter Ausbeutung.

Seiner sozialen Herkunft nach gehört Fujimori zur nationalen Bourgeoisie, aber seine Regierung vertritt die Interessen der Großbourgeoisie, der Großgrundbesitzer und insbesondere des US-Imperialismus.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Fujimori-Regierung ab August sind eine logische Folge davon. Die Preissteigerungen grenzen ans Unglaubliche (Benzin 3009 %, Brot 827 %, Milch 319 %, Kartoffeln 330 %). Die Benzinpreise sind die wichtigste indirekte Steuerquelle für den Staat und regulieren fast alle anderen Preise. Eine kriminelle Ausbeutung des Volkes und wie immer gute Gewinne und Vorteile für die Großbourgeoisie, die vor allem Exportwirtschaft und Finanzspekulation betreibt, ist die Folge dieser Maßnahmen. Man gibt vor, die Inflation aufzuhalten, und steigert die Rezession. Man versucht die Forderungen des IWF zu erfüllen und gerät noch mehr in Abhängigkeit vom Imperialismus. Außerdem sind die Wirtschaftsmaßnahmen als solche unvollständig und gegensätzlich, so bestätigen es namhafte Ökonomen: keinerlei Maßnahmen, die Löhne und Gehälter betreffen, Banken sind nicht liquide; diese Ungereimtheiten führen zu chaotischen Preisen und zu Spekulation. Das soziale Programm der Regierung ist bislang unspezifiziert und nicht finanziert. Die einzige mögliche Schlussfolgerung daraus ist: es gibt zwar verschiedene Regierungsmaßnahmen, aber es gibt kein Regierungsprogramm. Eine weitere Tatsache darf nicht verschwiegen werden: die Komplizenschaft der Revisionisten und Opportunisten von der Vereinigten Linken und der Sozialistischen Linken. Sie sind Teil der Regierung, durch drei Minister, einer für Landwirtschaft, einer für Energiewirtschaft und Bergbau, und eine Ministerin für Erziehung, die Gewerkschaftsführerin der SUTEP ist, einer Lehrergewerkschaft, die von Patria Roja manipuliert wird.

miterleben können, daß die Streitkräfte so besorgt waren, weil die FMLN einen Fehler begehen könnte.

Es muß klar sein, daß die militärischen Kräfte der FMLN nicht verhandelbar sind, solange die Regierungstreitkräfte nicht bereit sind, sich aufzulösen. Niemals werden wir einen Waffenstillstand verhandeln, wenn dafür nur die Namen von mörderischen Sicherheitskräften ausgetauscht werden, und niemals werden wir über unsere Waffen verhandeln, wenn in unserem Land die gleichen kriminellen und korrupten Streitkräfte, die die Bevölkerung terrorisieren, bleiben.

Wenn es die Absicht der Regierung und der Bush-Administration ist, die Kapitulation der FMLN am Verhandlungstisch zu erreichen, dann sollen sie das offen sagen, so wie es Roberto D'Aubuisson und Elliot Abrams, ehemalige Mitarbeiter der Reagan-Administration, getan haben. Konsequenterweise müßten sie dann offen dafür kämpfen, den Krieg zu verschärfen, die Hilfe zu erhöhen und sich noch mehr in den Konflikt einmischen, statt damit zu erpressen, daß die FMLN verantwortlich dafür sei, daß die Hilfe und der Krieg weitergehen.

Die FMLN wird am Verhandlungstisch bleiben, ganz gleich, wie die politische oder militärische Situation ist. Die Verhandlungsruunde und das Abkommen von Genf sind eine Errungenschaft des Volkes und unserer Kämpfer. Wir werden die salvadorianische Regierung und

Des weiteren muß die ideologische, politische und nun auch wirtschaftliche Rolle der Kirche, vor allem der katholischen, entlarvt werden. Seit Jahren schon haben die reaktionärsten Bischöfe die Kontrolle über die kirchlichen Strukturen in Peru und waren immer schon ideologischer Schutzhund der Reaktion, durch ihre Versuche die hinfällige bürgerliche Ideologie zu ersetzen. Sie waren es, die breite antikommunistische Kampagnen, Seite an Seite mit APRA, FREDEMO, IU, IS und den Militärs geführt haben, die mit ihrer neoliberalen Propaganda das alte System gestützt haben („es ist das System, welches Gott für uns bestimmt hat“); sie haben politisch und organisatorisch die Wahlkampagne von Vargas Llosa-FREDEMO unterstützt, den Vertretern der Großbourgeoisie.

Der Vorsitzende der peruanischen Bischofskonferenz (R. Durand) betrachtet die wirtschaftlichen Maßnahmen Fujimoris als „realistisch“ und „die einzige funktionsfähige Alternative“. Die Kirche und ihre Organisationen wie Caritas, OFASA etc. gibt vor, 2 Mio. Menschen Hilfe zu leisten — aber es gibt außerdem noch über 2 Mio. Opfer der Dürre, 2,5 Mio. Schüler, 1,1 Mio. Menschen, die auf Volksküchen angewiesen sind, ohne die anderen marginalen Schichten hinzuzählen. Jährlich sterben über 70000 Kinder unter einem Jahr an Unterernährung und Krankheiten. Jawohl, und gleichzeitig führt die Kirche und ihr politisches Umfeld eine Kampagne gegen Verhütungsmittel und Abtreibung!

Nun hat die peruanische Regierung über ihre Botschaften eine weltweite Kampagne für Nahrungsmittel spenden angekündigt, die freilich von der Kirche geleitet werden soll. Man erwartet Spenden von den „reichen“ Ländern. Constante Traverso, ex-Leiter des Programms „Ein Glas Milch“ (Vaso de Leche): „Die EG spendet uns jährlich 2000 t Milchpulver, wenn wir 22000 t Milch kaufen. Desgleichen schenken sie uns 8000 t Weizen, wenn wir ihnen 87000 t Weizen abkaufen. Wenn Peru diese Produkte nicht kauft, gibt es auch keine Spenden. So einfach ist das.“

Erfahrungsgemäß haben solche Programme aufgrund der Korruption des alten Staates und seiner Lakaien nie funktioniert.

Für August 1990 werden die Kosten für das kürzlich von der Regierung verkündeten Notstandsprogramm auf 83,5 Mio. US-\$ beziffert, aber der Kassensturz der Regierung zeigt nur 20 Millionen US-\$! Das bedeutet, daß die Reaktionäre bewußt Millionen von Kindern, Arbeitern und Bauern zum Hungertod verurteilen. Und noch etwas Schwieriges: sowohl die Reaktionäre als auch die Revisionisten verwenden diese Programme zur Verteilung von Nahrungsmitteln, um die Massen korporativ zu organisieren, um Wählerstimmen zu sichern und diese Massen zur Bekämpfung des Volkskrieges zu mißbrauchen. — (AK Mariategui)

die der USA dazu zwingen. Niemals werden wir diese Errungenschaft aufgeben. Wir werden standfest weiter am Verhandlungstisch um einen Waffenstillstand kämpfen, davon ausgehend, daß die Streitfreiheit des Heeres aufhört und sich reale demokratische Freiräume für die ganze Bevölkerung öffnen. Wir kämpfen weiter, weil das Ende des Krieges das Ende des Militarismus und der sozialen Ungerechtigkeit in unserem Land bedeuten wird.

Die FMLN ist sich darüber im klaren, daß die Verhandlung schwierig sein wird, denn wir verhandeln nicht mit Heiligen, sondern mit Todesschwadronen und Terroristen, die Bischöfe, Nonnen, Pfarrer und überhaupt jeden, der sich ihnen entgegenstellte, ermordet haben. Wir lassen uns von den höflichen Umgangsformen eines Herrn Cristiani nicht verwirren, wir wissen, daß er in Verbrechen verwickelt ist, und das schon, seit er ein Vertrauensmann von Roberto D'Aubuisson war. Wir wissen, daß er direkten Gebrauch vom psychologischen Terror macht, wenn er und die Sprecher seiner Regierung und Streitkräfte erklären, daß die Bevölkerung am meisten leiden würde, wenn es zu einer militärischen Offensive der FMLN kommt. Das ist im Klartext die feige Drohung, Unschuldige zu ermorden, so wie sie es im November taten, als sie ihre Streitkräfte gefährdet sahen. Sie sind eine Regierung von Terroristen, und da das so ist, muß man sie auch so nennen. (El Salvador, 27.8.1990, Joaquin Villalobos)

El Salvador: Erklärung der FMLN

FMLN erläutert ihre Ausgangspositionen bei den Verhandlungen mit der Regierung

Über die Verhandlungen der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN mit der Regierung haben wir bereits berichtet. Wir dokumentieren im folgenden eine Erklärung der FMLN zu diesen Verhandlungen. — (rül)

FMLN zu den Verhandlungen

Die Cristiani-Regierung und die Bush-Administration stützen ihre Verhandlungspositionen auf eine geopolitische Analyse und nicht auf die interne Situation des Landes.

Sie ziehen Schlüssefolgerungen daraus, daß als Ergebnis der inneren Probleme der UdSSR und der Veränderungen in Osteuropa die FMLN geschwächt wird. Die FMLN war niemals — weder politisch noch materiell — von der UdSSR abhängig. Sie machen sich Illusionen, wenn sie glauben, daß der geopolitische Rahmen das schafft, was sie innerhalb von zehn Jahren nicht geschafft haben. Die Zeit und die Realität werden ihnen beweisen, daß sie sich täuschen.

Aufbauend auf dieser falschen Analyse macht die Regierung ein inhaltsleeres, bedeutungsloses Verhandlungsangebot, das lediglich in Namensänderungen und Verschiebungen von Militäreinheiten besteht, und fordert im Gegenzug einen Waffenstillstand und eine Entwaffnung der FMLN.

Unser Vorschlag über die Streitkräfte geht von der Tatsache aus, daß es bis jetzt weder einen Sieg noch eine Niederlage für eines der beiden Heere gegeben hat. Es ist unlogisch, in einer Situation des militärischen Gleichgewichts zwischen den bewaffneten Kräften zu fordern, daß die eine sich aufgrund dessen entwaffne, daß ihr Gegenpart ihr eine schlechte Zukunft aus internationalen Gründen voraussagt.

Man könnte sagen, daß es ein Heer an der Macht und ein anderes im Kampf

gibt, aber was soll das bringen, wenn das Land weder regierbar noch stabilisierbar ist und die Regierungstruppen nicht in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Die Macht des Veto der FMLN ist das stärkste Instrument für die Entmilitarisierung und für den Aufbau der Demokratie in El Salvador.

Es gibt nur drei Möglichkeiten: daß beide Heere verschwinden, daß beide existieren und sich beide institutionalisieren, oder das eines das andere entwaffnet. Die ersten beiden sind politische Möglichkeiten, die zweite ist schwieriger als die erste und die dritte ist nur militärisch möglich. Das Sinnvollste und Klügste ist das Verschwinden der beiden Heere und der Sieg einer zivilen Gesellschaft. Deswegen ist es lächerlich, in den Verhandlungen zu versuchen, daß die FMLN sich entwaffnet und die Streitkräfte der Regierung erhaltenbleiben. Die FMLN hält ihre offensive strategische Fähigkeit aufrecht, während die Streitkräfte der Regierung sie verloren haben. Das erkennt selbst das Oberkommando des Heeres an, indem es seine Alarmbereitschaft aufrechterhält und eine Großoffensive der FMLN ankündigt und sich sogar erdreistet, uns den Ratschlag zu geben, daß dies uns jetzt nicht bekommen würde, daß es ein schwerer Fehler wäre. Noch nie hat man

des weiteren muß die ideologische, politische und nun auch wirtschaftliche Rolle der Kirche, vor allem der katholischen, entlarvt werden. Seit Jahren schon haben die reaktionärsten Bischöfe die Kontrolle über die kirchlichen Strukturen in Peru und waren immer schon ideologischer Schutzhund der Reaktion, durch ihre Versuche die hinfällige bürgerliche Ideologie zu ersetzen. Sie waren es, die breite antikommunistische Kampagnen, Seite an Seite mit APRA, FREDEMO, IU, IS und den Militärs geführt haben, die mit ihrer neoliberalen Propaganda das alte System gestützt haben („es ist das System, welches Gott für uns bestimmt hat“); sie haben politisch und organisatorisch die Wahlkampagne von Vargas Llosa-FREDEMO unterstützt, den Vertretern der Großbourgeoisie.



Zeltlager der Roma für die Forderung nach einem Bleiberecht vor der Behörde des Innensenators: „Wenn wir abgeschoben werden, dann sollen es alle sehen.“



Besetzung des SPD-Fraktionsbüros gegen die Abschiebepraxis des Bremer Senats. Inzwischen müssen sich die Betroffenen versteckt halten.

Jagd auf Roma — Asylpolitik im Lande Bremen

Andauernde Hetzkampagne der bürgerlichen Parteien / Überfallartige Abschiebungen / Antifaschistischer Widerstand

Die nachfolgende Chronologie der Ereignisse beweist, daß es sich bei der Behauptung, die Ausländer- und Asylpolitik im Lande Bremen sei liberaler als anderswo, um eine Legende handelt. Die sozialdemokratische Landesregierung schiebt mit Polizeigewalt heimatlose Roma ab gegen vielfältige Aktionen der Roma für ein Bleiberecht, gegen Unterstützungsaktionen eines antifaschistischen Bündnisses, gegen den Widerstand in den eigenen Reihen (Jusos, SPD-Unterbezirk und Landesvorstand), gegen Proteste von Gewerkschaften und Kirche. Sie erhält dabei Zustimmung von der FDP und z. T. bis in die Reihen der

2.3.90 Die Nordsee-Zeitung vermeldet, daß der Bremerhaven SPD-Magistrat die Abschiebung von 34 Asylbewerbern aus Jugoslawien plant. In der Öffentlichkeit werden sie durch einen Magistratsangestellten als Scheinasyanten oder Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert: „... ein für alle mal mit dem Ruf aufräumen, ein guter Zielort für Asylbewerber aus aller Herren Länder zu sein.“ Die Abschiebung sollte geheim gehalten werden, um juristische Schritte auszuschließen: „Wenn die Jugoslawen erst einmal weg seien, dann sei auch das letzte Rechtsmittel verwirkt.“ Offen wird konstatiert, daß die Abschiebeaktion gegen bestehendes Recht verstößt.

Zur Vorgeschichte: In den vergangenen zwei Jahren waren ca. 650 Asylbewerber aus dem Bereich Mazedonien nach Bremerhaven gekommen. 200 von ihnen hatten das Asylverfahren durchlaufen, fast alle Anträge wurden abgelehnt. 200 waren „freiwillig“ zurückgekehrt (menschenunwürdige Unterbringung hatte zu einer erneuten Vertreibung geführt), 250 wurden in andere Bundesländer umverteilt. Die betroffenen Asylbewerber betrachten sich nicht als Jugoslawen, sondern als heimatlose Roma, die nach jahrhunderterlanger Flucht und Vertreibung die jugoslawische Staatsbürgerschaft annahmen, weil sie ohne Pässe noch massiver der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt waren.

4.4.90 Die geplante Abschiebung wurde aus Furcht vor Gegenaktionen abgebläsen. Die Roma-Familien tauchen vorsichtshalber unter. Rudko Kawczynski, Vorsitzender der Roma und Cinti Union (RCU): Käme es jetzt zur Abschiebung, dann nicht mehr klammheimlich morgens um fünf, sondern unter den Augen einer großen Öffentlichkeit. Die Wohnungen wurden amtlich versiegelt, das zurückgelassene Eigentum beschlagnahm.

18.4.90 Die Grünen in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung fordern ein Bleiberecht für Roma auch im Lande Bremen. Sie revidieren damit die Zustimmung eines ihres Abgeordneten im Petitionsausschuß, der Anträge der Roma auf Duldung nach Ablehnung des Asylverfahrens abgelehnt hatte.

April — Mai 90 Demonstration der Roma auf dem Bremer Marktplatz für ein Bleiberecht. Gespräche mit Innensenator Sakuth verlaufen ergebnislos. Dieser hatte bereits in einem Schreiben vom 6.3. an den Petitionsausschuß der Bürgerschaft ausdrücklich gegen ein Bleiberecht Stellung genommen. Es schließt sich ein Bettelmarsch an, der zur mehr tägigen Belagerung des deutsch-niederländischen Grenzüberganges bei Aachen führt und im Bundeskanzleramt

wird die Behandlung als heimatlose Flüchtlinge gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention beantragt.

28.6.90 Ca. 150 Teilnehmer und Teilnehmerinnen folgten dem Aufruf eines antifaschistischen Aktionsbündnisses in Bremerhaven zur Kundgebung unter der Losung „Wo man Auswanderer ein Denkmal setzt, müssen Einwanderer willkommen sein!“ Hauptforderungen an Magistrat und SPD sind: Keine Abschiebung der in Bremerhaven lebenden Roma! Bleiberecht! Volle Gleichberechtigung der hier lebenden Einwanderer und Flüchtlinge mit den „deutschen“ Bevölkerung. Schluß mit der diskriminierenden Trennung in der Beschulung von Ausländer- und Aussiedlerkindern. Ausschluß des neofaschistischen Stadtverordneten Schmidt aus der Stadtverordnetenversammlung. DVU, NPD, „Republikaner“ u.a. rechtsextremen Gruppierungen muß jede Möglichkeit der Organisations- und Propagandafähigkeit genommen werden. Der DVU-Abgeordnete Schmidt hatte einen Redebeitrag der Grünen über den Massenmord an Roma und Sinti durch das Naziregime mit dem Zwischenruf „Was, mehr nicht? Schade!“ unterbrochen. Dafür ist er inzwischen zu sechs Monaten auf Bewährung sowie zur Zahlung von 1500 Mark an den Zentralrat der Sinti und Roma verurteilt worden. Im Anschluß an die Kundgebung wurde die Stadtverordnetenversammlung aufgesucht, es kam zu Tumulten und Polizeieinsatz, weil der Antrag der Grünen auf Bleiberecht für Roma und Ausschluß des DVU-Abgeordneten abgelehnt wurde.

SPD-Oberbürgermeister Willms signalisiert seine Bereitschaft zur Vollstreckung von Abschiebungen: „Ich warte auf das Kommando und muß das dann exekutieren.“

5.7.90 Innensenator Sakuth erklärt im Landtag, daß die Roma Bremen verlassen müssen, nachdem sein Antrag auf Bleiberecht in der Innenministerkonferenz an den CDU-regierten Ländern gescheitert ist.

25.7.90 Ein heimatloser Roma wird in Bremerhaven von der Ausländerbehörde festgenommen und sofort nach Jugoslawien ausgeflogen, als er seine „Duldungspapiere“ verlängern lassen wollte. Der Betroffene hatte Ende Mai die Behandlung als heimatloser Flüchtling gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention beantragt; die Entscheidung darüber stand noch aus.

28.7.90 Pressekonferenz in der „Zentralstelle für die Integration zugewanderter Bürger und Bürgerinnen“ in Bremen. Einem weiteren Roma-Angehörigen und dessen Familie wurden am Morgen die Papiere von der Bremerhavener

Grünen. Zufrieden schwieg die CDU, hielt jedoch aufgrund der Abschiebepraxis die Gunst der Stunde für gekommen, um mit der Forderung nach Verschärfung des Asylgesetzes nachzusetzen. CDU-Fraktionschef Kudella kündigte einen Bürgerschaftsantrag an, um im Bundesrat eine Initiative in Richtung auf Änderung des Asylgesetzes einzubringen, die es ermöglichen soll, Asylsuchende per Grundgesetzänderung und Einführung eines zentralen Länderkanons, wobei Jugoslawen namentlich genannt wird, bereits an der Grenze abzuweisen. Er betrachtet Lafontaines Vorstoß als „ein Schritt in die richtige Richtung“.

Ausländerpolizei abgenommen mit der Aufforderung, die BRD sofort zu verlassen. R. Kawczynski (RCU) warf Innensenator Sakuth Rassismus vor. Selbst in CDU-regierten Ländern würden zwar die Asylanträge abgelehnt, Abschiebungen gäbe es nur selten. Der Bremerhavener DGB-Kreisvorsitzende, J. Lüdemann vermutet, daß die großen Parteien (in diesem Falle die verantwortliche SPD) am rechten Wählerrand auf Stimmenfang gegangen sei. Als „unerhörten Akt der Menschenfeindlichkeit“ wertet auch die JUSO-Vorsitzende A. Bensinger-Stolze die Abschiebung der Roma. Die Leiterin der Zentralstelle Dr. Lill, SPD-Unterbezirksvorsitzende, spricht sich für eine Stichtagregelung aus.

1.8.90 Nach einer erfolglosen Aktion im Hamburger Konsulat der Niederlande (Polit. Berichte 17) campieren 15 von den Abschiebung bedrohte Roma-Familien in Zelten vor der Behörde des Innensenators in Bremen. Die Gruppe werde solange ausharren, bis Senator Sakuth „die Leute einzeln zur Abschiebung herausgesucht hat.“ Der sozialpolitische Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion, H. Frehe, fordert erneut ein Bleiberecht für Roma.

2.8.90 Sieben Bremerhavener Roma-Familien erhalten die Aufforderung, sich am 3.8. in der Ausländerbehörde einzufinden, „um die Abschiebefolitäten zu besprechen.“

3.8.90 Die RCU fordert ausreisewillige Roma-Familien auf, die BRD nicht zu verlassen. Ihre Rechtsvertreter haben mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung beim Bremer Verwaltungsgericht ein weiteres Rechtsmittel gegen die Abschiebung eingelegt. Solange sollen nach Anordnung von Senator Sakuth die „aufenthaltsbeendenden Maßnahmen“ ruhen. Senatsdirektor Dr. Kauther fordert die Rechtsanwälte auf, ihre Mandanten zur freiwilligen Ausreise zu bewegen. Demonstration für ein Bleiberecht mit Unterstützung des ASTA.

Für „eine menschliche Lösung“ tritt die Bremische Evangelische Kirche ein.

7.8.90 Die 15 Roma-Familien, die eine Woche vor dem Amtssitz von Innensenator Sakuth ein Zeltlager aufrechterhielten, sind untergetaucht, nachdem ihnen eine polizeiliche Verfügung zuge stellt wurde, nach der das Zeltlager aufgelöst werden sollte. Behördlich erlaubt sei nur noch eine Mahnwache von max. 20 Personen zu behördlichen Öffnungszeiten. Zurückgezogen wurde vom Anwalt der RCU der Antrag auf einstweilige Verfügung. Die RCU beharrt auf einer politischen Entscheidung des Senats und hofft, durch Rückzug der ange strebten juristischen Entscheidung den

politischen Druck auf die Landesregierung zu erhöhen.

8.8.90 In Bremerhaven wird eine vierköpfige Familie verhaftet, in Abschiebehaft genommen und nach Jugoslawien ausgeflogen. Gegen den Rat der RCU hatte die Familie, die am Zeltlager teilgenommen hatte, ihre Wohnung aufgesucht, um Kleidung und Dokumente abzuholen. Dabei ist sie von der Polizei, die das Haus offensichtlich observiert hatte, festgenommen und sofort ausgeflogen worden.

SPD-Fraktionschef C. Jäger: die Abschiebung der Roma sei der einzige richtige und rechtmäßige Schritt, den die Behörden ergreifen können.

R. Kawczynski (RCU) kommentiert: Es ist Halali angesagt auf die Roma im Lande Bremen.

10.8.90 Ca. 20 „Lesben und andere Frauen“ besetzen das SPD-Fraktionsbüro und stellen an Innensenator Sakuth die Forderung, den Roma ein Aufenthaltsrecht zu erteilen. SPD-Fraktionsgeschäftsführer K.-H. Niestadt läßt mit Polizeigewalt räumen.

11.8.90 Der zweite Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte im US-Abgeordnetenhaus, T. Lantos, schreibt an Sakuth: „Gerade in einer Zeit, in der die ganze Welt auf Deutschland schaut, sei es erschreckend, daß die Regierung des kleinsten Bundeslandes offenbar zu der berüchtigten Deportationspolitik greife, die an die Zeiten des Zweiten Weltkrieges erinnere.“

Die Bremer Organisation gegen Neofaschismus fordert ein dauerndes Bleiberecht für die Roma.

16.8.90 Es erfolgt eine weitere Abschiebung. Der Familienvater hält sich nicht in der Wohnung auf, die 34-jährige Mutter mit ihren vier Kindern wurde festgenommen und von Hamburg aus nach Jugoslawien ausgeflogen.

1.9.90 Während der Eröffnung der Anne-Frank-Ausstellung in der Rathaus halle kommt es zu Protesten gegen die Abschiebepolitik (Transparente, Redebeiträge). Während SPD-PolitikerInnen Festtagsreden schwingen über den Kampf gegen Neofaschismus im allgemeinen, treten die VertreterInnen der Ausländischen Kulturvereine und der Zentralstelle für die Integration von Zu wandererInnen für ein Bleiberecht der Roma im Lande Bremen ein.

Obwohl inzwischen auch SPD-Unterorganisationen und Landesvorstand für eine Aussetzung der Abschiebungen eingetreten, sind die betroffenen Roma-Familien gegenwärtig gezwungen, sich versteckt zu halten.

Quellen: Nordsee-Zeitung, Weser-Kurier, taz — (bul)

Roma und Saurier

Hucky Heck, von den Grünen nominiert Ortsamtsleiter für Bremen Mitte Östl. Vorstadt, einem Stadtteil, in dem die Grünen bei Wahlen bisher ca. 30 % der Stimmen erhielten, leistete Innensenator Sakuth ideologische Schützenhilfe bei der Abschiebung der Roma: er wußte über Roma-Gören zu berichten, die völlig unberücksichtigt durch die Gegend streifen würden und offensichtlich ein etwas unifferenziertes Verhältnis zum Besitz anderer Leute hätten. Das, was er als „sozial unerträglich“ deklariert, gehört weg.

So wie auch „junge Türken mit ihrem Chauvi- und Mackergut in deutschen Diskotheken“ gegenüber „deutschen Frauen“ — das ist „für mich kein Kulturgut, das schützenswert ist.“

In einem Interview auf die Ermordung der Roma und Cinti durch die Nazis angesprochen, erklärt er lapidar: „Es gab auch mal Saurier hier ...“ Für ihn ist es dringend an der Zeit, „die ideo logische Augenbinde“ abzulegen, denn angeblich ist es ein Automatismus „Die Zahl der Asylbewerber wächst. Sie wird weiterwachsen, und mit ihr wächst die Ausländerfeindlichkeit ... Ich sag wer dann von Bleiberecht spricht, muß auch sagen. Dafür nehme ich 10 % oder mehr Republikaner in Kauf.“ Die Konsequenz, die ein solcher Standpunkt hat, wurde in einer Kritik aus den eigenen Reihen formuliert: „Wir halten die Reps aus den Parlamenten heraus, indem wir selbst ihre Politik machen!“

R. Kawczynski, RCU, in einer Entgegnung auf Hecks Ergüsse: „Eigentlich ist man mehr daran gewöhnt, solche Pamphlete an den Wänden gewisser Örtchen zu finden — sicherlich in kürzerer Form und einprägsamer — anonym. Höchstens verstohlen bislang unterzeichnet, z.B. mit Adolf. Doch weit gefehlt — dieses mal ist sogar ein Grüner verewigt, schwarz auf weiß, in der zu ... erklärt er uns elegant, wie dieses ansonsten kein Rassist zu tun weiß, daß es auch unter den Roma und Cinti einige zu geben scheint, die gerne mal lange Finger machen. Unser Asylrecht bedeutet nicht, daß jeder, dem es auf der Welt schlecht geht, hierherkommen und bleiben soll, so seine Überzeugung als echter Stahlhelm demokrat, darin kann er sich der Unterstützung allerer sicher sein, die für die Verteidigung des Asylrechts jeden Asylannten aus diesem unse rem Vaterland vertreiben wollen. Die Vertreibung der Roma aus Bremen war von ihm rechtfertigt durch den Rechtsstaat, durch Gesetze, die von der Mehrheit gemacht worden sind. Sind die Nürnberger Gesetze nicht auch Gesetze gewesen? ... Bis hierhin würde noch solch dummes ... alle über einen Saurierisch ziehen noch belächelbar ... Warmgeredet darf die Gesinnung die Tatsache, daß 80 % unseres Volkes dem deutschen Rassenwahl Opfer gefallen sind, daß unser Volk auf wenige Überlebende fast ausgerottet ist, wird von Herrn Heck vergessen mit dem Aussterben von Sauriern ... Nein, dieser Herr ist kein Rasse ... Diese Bezeichnung für ihn würde sicherlich nicht ausreichend sein, um zu sagen, sozial und national, wie er es gibt.“

Linke unterschiedlicher Herkunft und pluraler Vorstellungen haben sich in der Bundesrepublik zu einer LINKEN LISTE/PDS zusammengeschlossen. Die PDS hat in der DDR ihre Listen für unabhängige Linke geöffnet. LINKE LISTE/PDS und PDS kandidieren in einer Listenverbindung zum Bundestag.

Eine Arbeitsgruppe aus Ost und West hat den Entwurf eines Wahlprogrammes erarbeitet, und der Beirat der LINKEN LISTE/PDS stellt diesen zur öffentlichen Diskussion. Ein gesamtdeutscher

Wahlkongress soll am 15. und 16. 9. darüber entscheiden.

Unser Arbeitsprozeß war ein kooperativer Übereinstimmungen, aber auch Differenzen haben sich im Programmenvorschlag niedergeschlagen. Das öffentlich zu machen, halten wir für keine Schwäche, sondern für eine Tugend. Wir haben uns dem Weg, daß ein Partner dem anderen seine Meinung überstülpt, verweigert. Dazu stehen wir. Die Zeit für die Arbeit war, gemessen an den Schwierigkeiten, knapp. Der Zeitdruck ist von den Herrschern

den künstlich geschaffen und Mittel ihrer Politik. Wir stellen ihn in Rechnung, aber wollen, wo immer es möglich ist, uns ihm nicht unterwerfen.

Wir bitten um kritische Diskussion und streitbare Vorschläge.

Beirat LINKE LISTE/PDS:

Gregor Gysi, Hans Modrow, André Brie, Rainer Börner, Hans-Joachim Willerding, Marlies Deneke, Helga Adler, Christel Wietusch, Katrin Francke, Rosemarie Hein, Dagmar Pohle, Michael Mäde, Jana Wagner, Michael Czollek, Andrea Lede-

rer, Christiane Reymann, Joachim Bischoff, Manfred Coppik, Michael Stamm, Bernd Henn, Heidi Hegen, Ulla Jelpke.

*Änderungsvorschläge und Meinungen zum Entwurf des Wahlprogramms nimmt entgegen:
Parteivorstand der PDS
Kommission Politische Bildung
Kleine Alexanderstraße 28
Berlin 1020
Tel. 2029529/9530*

„Für eine starke linke Opposition“

Dokumentiert: Der Entwurf des Wahlprogramms der Linken Liste/PDS

Zum ersten gesamtdeutschen Bundestag kandidieren in der Bundesrepublik die LINKE LISTE/PDS und in der DDR die PDS, an deren offenen Listen sich unabhängige Linke beteiligen, in einer Listenverbindung mit einem gemeinsamen Wahlprogramm.

Die LINKE LISTE/PDS will im Bundestag und in der Gesellschaft Opposition sein. Gerade das kommende Deutschland braucht eine starke, linke Opposition, die in ihrer Aufgabe mehr sieht als einen Wartestand auf die Regierung. Ohne Opposition innerhalb und außerhalb der Parlamente wird es keine lebendige Demokratie geben. Ohne eine starke Opposition verkümmert die geistige Vielfalt und werden die Belange vieler Menschen nicht zum Gegenstand ständiger Auseinandersetzung. Ohne eine starke Opposition bleiben die Interessen der Menschen, die den Anschluß der DDR nicht so gewollt haben, ohnmächtig und ungehört. Eine linke Opposition muß den Mut zum unbequemen Nein haben — wo das bequeme Ja zum Schaden wird. Opposition, das sind Alternativen. Ohne Alternativen bleibt jede Politik in eingefahrenen Bahnen. Bis heute hat Deutschland — haben DDR und BRD — nicht an einem Zuviel, sondern an einem Zuwenig an Opposition gelitten.

Die LINKE LISTE/PDS sucht nach einem anderen Ausweg, als ihn diejenigen anbieten, die im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ vor allem eine Quelle für die Vergrößerung ihrer Absatzmärkte und eine Festigung ihrer dominierenden Stellung in der Welt sehen. Für den Zustand der Welt, das Zusammenleben in Europa und die Ansprüche der Menschen in Deutschland ist die herrschende Politik ökologisch unverantwortlich, wirtschaftlich unsozial, gesellschaftlich ungerecht und militärisch abenteuerlich. Sie ist keine vernünftige Alternative zum bisherigen System des „realen Sozialismus“, das in der DDR für bürokratische Kommandowirtschaft und repressive Staatssicherheit verantwortlich war. Sie löst die Nachteile eines Systems durch die Nachteile eines anderen ab. Die LINKE LISTE/PDS arbeitet an Bausteinen für eine Alternative zu den bisher bekannten Systemen des „realen Sozialismus“ im Osten und den kapitalistischen Gesellschaften im Westen. Beide Systeme haben sich als unfähig erwiesen, mit dem bedrohten Zustand der Welt und den Ansprüchen der Menschen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung sorgfältig umzugehen.

Wir wenden uns dagegen, daß mit der berechtigten Anklage der Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des „Sozialismus“ begangen wurden, gleichzeitig alle sozialistischen Ideen und das Nachdenken über eine grundlegende gesellschaftliche Emanzipation für erledigt erklärt werden und im kommenden Deutschland von der DDR nichts bleiben soll. Das hat die Chance verbaut, daß etwas anderes entstehen könnte als eine größere Bundesrepublik. Selbst das Wahlrecht wurde manipuliert, um die PDS aus den Parlamenten auszuschließen. Die LINKE LISTE/PDS will aus lebendigen Erfahrungen der Geschichte lernen und baut darauf, daß die WählerInnen ihre Stimmen nicht nach den Bonner Wünschen verschenken. Die LINKE LISTE/PDS will im Parlament und in der Gesellschaft dafür einstehen, daß der Wunsch nach einer modernen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Herrschaft, einer Gesellschaft von sozialer Gerechtigkeit und individueller Entfaltung, in der nicht auf Kosten anderer gelebt wird, weiter gedacht und öffentlich befördert werden kann.

Die LINKE LISTE/PDS will eine kritische Stimme in den Parlamenten und der Gesellschaft sein. Sie ist auch kritisch gegenüber sich selbst. Der Widerspruch und der Zweifel gehören zu unserem Selbstverständnis. Unsere Diskussionen und Vorstellungen haben Linke unterschiedlicher politischer Herkunft im Westen mit einer Partei, die an ihrer Erneuerung arbeitet, und unabhängige Linke aus der DDR zusammengebracht. Viele von uns haben ihre linke Identität in Gegnerschaft zum „realen Sozialismus“ erworben, andere haben dieses System zu lange toleriert und gestützt. Gemeinsam stehen wir vor den Trümmern einer gescheiterten Politik und der Anforderung, unsere eigene Geschichte nicht zu verdrängen, sondern daran zu arbeiten. Diese Bereitschaft gehört zu den Bedingungen der Zusammenarbeit, und deshalb haben wir uns für einen behutsamen Annäherungsprozeß

entschieden. Die LINKE LISTE/PDS will dazu beitragen, daß sich im künftigen Deutschland eine größere linke, radikaldemokratische, ökologische und feministische Kraft herausbildet, als deren Teil wir uns verstehen.

Die LINKE LISTE/PDS streitet für:

- Demokratisierung und Entmilitarisierung;
- soziale Sicherheit und ökologische Umgestaltung der Wirtschaft;
- Überwindung des Patriarchats;
- Gleichstellung von Minderheiten und
- ein solidarisches Zusammenleben aller Völker.

Für umfassende Demokratisierung der Gesellschaft

Die LINKE LISTE/PDS will eine multikulturelle Demokratie, die allen, die in diesem Lande leben, gleiche Menschen- und Bürgerrechte garantiert. Demokratisierung der Gesellschaft verlangt Demokratisierung der Wirtschaft. BürgerInnen dürfen nicht staatlich ausgespäht, Minderheiten nicht diskriminiert werden. Nationale Minderheiten, wie das Volk der Sorben, brauchen die Garantie ihrer selbstbestimmten Entwicklung. Verfolgte aus anderen Teilen der Welt sollen offene Grenzen und herzliche Aufnahme finden.

Kritik und Kontrolle der Öffentlichkeit gegenüber der Machtausübung durch Regierungen, Verwaltungen und Parlamente, das eigene Engagement der BürgerInnen in allen sie betreffenden Angelegenheiten müssen gefördert werden.

Die Demokratiebewegung in der DDR hat nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ eine Fülle von Vorschlägen hervorgebracht, wie ein wirklich neues Gemeinwesen in Deutschland zu begründen ist. Sie sind im Verfassungsentwurf des Runden Tisches niedergelegt. Wir fordern die Beratung und breite öffentliche Diskussion über eine neue Verfassung für Gesamtdeutschland. Der Verfassungsentwurf muß durch Volksentscheid verbindlich zur Abstimmung gestellt werden. Die neue Verfassung soll vom Geist eines radikal und auch plebisziär demokratischen, sozial gerechten, feministischen, antifaschistischen und antirassistischen Gesellschaftsverständnis getragen sein.

Deshalb fordern wir, in der deutschen Verfassung das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, auf qualifizierte Arbeit, auf eine geschützte Natur und Umwelt, auf Volksentscheide, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, das Aussperrungsverbot, die Pflicht zu Abrüstung und Entmilitarisierung zu verankern. Die Notstandsgesetze und der Artikel 116 Grundgesetz, der zuläßt, die deutsche Staatsbürgerschaft nach völkischen, also rassistischen Merkmalen zu regeln, sind zu streichen.

Ein Staat, der Notstandsgesetze, Berufsverbote, angebliche Antiterrortgesetze, Demonstrationsrechtsverschärfungen, Polizeiaufgaben- und Geheimdienstgesetze nötig hat, kann nicht unser Staat sein. Wir sind daher für die Abschaffung aller Geheimdienstorgane und politischen Staatsanwaltschaften, gegen jede Form geheimdienstlicher Aufgaben und Befugnisse der Polizei und für die Abschaffung ihrer paramilitärischen Ausrüstung mit Kampfgasen, Handgranaten, Maschinenpistolen.

Wir fordern die Streichung aller Strafvorschriften, die der politischen Verfolgung und der Einschränkung des Demonstrationsrechts dienen, wie des Landfriedensbruch-Paragrafen, des Vermummungsverbots und der „Antiterrortgesetze“. Wir wenden uns gegen menschenrechtsverletzende Haftbedingungen für politische und andere Gefangene. Die Speicherung politischer, ethnischer, gesundheitlicher oder sexueller Merkmale von BürgerInnen ist sofort zu beenden, alle derartigen Daten sind zu löschen. Die geplanten neuen Gesetze, die auf die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten und damit gegen die Voraussetzungen für ein antifaschistisches Staatsverständnis gerichtet sind, müssen verhindert werden.

Die Berufsverbotspraxis, die tausende Linke in der BRD getroffen hat, bedroht nun vor allem die Mitglieder der PDS. Wir sind entschieden gegen die Beibehaltung, Erweiterung und Neueinführung von Berufsverboten. Auch in den letzten Bundesländern muß der Radikalenerlaß fallen. Alle Betroffenen sind zu entschädigen. Die LINKE LISTE/PDS wendet sich mit Nachdruck dagegen, Schutzrechte für Minderheiten abzubauen oder

einschränkend anzuwenden. Sie verlangt ein zweifelsfreies, unantastbares Asylrecht.

Das Prinzip der Gleichstellung aller BürgerInnen ist durchbrochen, solange die Verfassung nicht auch Schwulen und Lesben gleiche Grundrechte sichert. Wir fordern die Streichung des Paragraphen 175 StGB der BRD und die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes. Gleichstellung von Lesben und Schwulen bei der Begründung eines Ausbildung-, Arbeitsrechts- und Mietverhältnisses ist gesetzlich zu verankern. Umfassender Datenschutz muß sichern, daß sogenannte „Rosa Listen“ vermieden werden.

Entmilitarisierung — möglicher und nötiger denn je

Die Überwindung des alten Ost-West-Konfliktes hat die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa deutlich herabgesetzt. Aber die Chancen, die damit für eine umfassende Abschaffung von Waffen und Streitkräften gegeben sind, werden von den Regierenden nicht gewollt und deshalb auch nicht wahrgenommen.

Im Gegenteil. Die Bundesregierung und die NATO benutzen den Anschluß der DDR an die BRD, um ihr eigenes militärisches Gewicht auszubauen. Die Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr geht einer mit andauernder materieller Aufrüstung und Ausweitung der NATO bis an die polnische Westgrenze. Die Einrichtung eines neuen deutschen „Territorialkommandos Ost“ weckt schreckliche Erinnerungen.

Im Bewußtsein, daß Deutschland wieder eine unheimliche normale Großmacht zu werden beginnt, werden deutsche Kriegsschiffe wieder weit über die Weltmeere geschickt und bisherige Hemmungen gegen eine Beteiligung an militärischen Interventionen schrittweise abgebaut. Hinter dem Schlagwort einer „weltweiten Friedensverantwortung“ des vereinigten Deutschlands stecken aber immer noch alte Ziele: die weltweite Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Einflusszonen für das deutsche Kapital, die jetzt — vom Ost-West-Konflikt befreit — angestrebt werden. Die Befürwortung einer neuen Weltmachttrolle reicht erschreckenderweise bis in die Kreise der SPD und Teile der Grünen hinein, die in den zurückliegenden Jahren aktiv an der Friedensbewegung teilgenommen haben, als es vorrangig gegen die Gefahr ging, das Europa selbst der Schauplatz eines neuen Krieges werden könnte.

Wir sind gegen ein Großdeutschland in der NATO, für ein europäisches Sicherheitskonzept, das die Sowjetunion einschließt, gegen jeden Versuch, an Stelle der früheren „Bedrohung aus dem Osten“ jetzt eine „Bedrohung aus dem Süden“ als Begründung für neue Feindbilder und Hochrüstung zu konstruieren.

Die LINKE LISTE/PDS stellt sich dieser unheilvollen machtpolitischen Entwicklung entgegen. Für uns ist Friedenspolitik vor allem mit drei Erfordernissen verbunden:

- der tatsächlichen und ehrlichen Abrüstung der eigenen Streitkräfte und der Entmilitarisierung in allen Bereichen der eigenen Gesellschaft; dazu bedarf es gesamtgesellschaftlicher Strategien und breiter demokratischer Mitwirkung;
- der Beseitigung von nationaler Überheblichkeit, Militarismus, Rassismus sowie wirtschaftlichem und politischem Expansionsdrang: Insbesondere gegenüber den Ländern der Zweitwelt muß ein partnerschaftliches Verhältnis entwickelt werden, das bisherige Diskriminierung und Ausbeutung beendet und zum Teil wieder gutmacht (u. a. durch einen vollständigen Schuldenerlaß für die ärmsten Länder der Welt);
- die wirksame Verbindung radikaler Konversion mit umfassenden Umweltschutzprogrammen — u. a. Einsatz von ehemaligen Soldaten für ein europäisches Umweltprogramm.

Die LINKE LISTE/PDS fühlt sich als Teil der Friedensbewegung und schließt sich der vielfach erhobenen Forderung nach einer Entmilitarisierung Deutschlands bis zum Jahr 2000 an.

Unser Vorschlag ist, daß das erste gemeinsame Parlament des vereinigten Deutschland einen umfassenden Entrüstungs-Plan beschließt und die erste Stufe dieses Planes unumkehrbar bis zum Ende der Legislaturperiode (1994/1995) umsetzt:

- durch Abschaffung von Wehr- und Zivildienstpflicht;

— durch Verringerung der Streitkräfte der Bundeswehr auf maximal 200 000 Mann,

— durch gesetzlich geregelte, staatlich geförderte, regional und kommunal verantwortete Konversion, um Abrüstung sozial verträglich, ökonomisch effektiv und ökologisch sinnvoll zu verwirklichen,

— durch einen vollständigen Rückzug aller im Ausland stationierten oder zu Manövern, Übungen und Besuchen eingesetzten militärischen Einheiten der Bundeswehr auf das eigene Hoheitsgebiet,

— durch einen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland mitsamt ihrer Waffen und Ausrüstungen,

— durch eine Verschrottung sämtlicher Großwaffensysteme und darüber hinaus den Beginn der Verschrottung aller übrigen Waffen und der Umstellung der gesamten Rüstungsproduktion auf eine zivil nützliche und ökologisch verträgliche Güterproduktion,

— durch ein umfassendes und sofort wirksames Exportverbot für jegliche Rüstungsgüter und kriegstaugliche Waren,

— durch einen sofortigen Stopps von militärischen Manövern in der Luft, zur See und auf dem Land,

— durch die Festschreibung eines umgehend wirksamen ABC-Waffenverbots für deutsche und ausländische Truppen auf deutschem Territorium und die Festschreibung einer zukünftigen völligen Militärfreiheit in der Verfassung,

— Förderung von Friedenserziehung und Friedenskultur, Verbot von krieger- und gewaltverherrlichen Filmen, Büchern und anderen Produkten der Massenkommunikation und des Massenkonsums.

Antifaschismus und Antirassismus

Das Eintreten für Demokratie und Völkerverständigung bedeutet für uns eine radikale Ablehnung von Faschismus und Neofaschismus, Rassismus und Nationalismus speziell in Deutschland, von dessen Boden schon zweimal in diesem Jahrhundert ein Krieg ausging und das verantwortlich ist für die schlimmsten Verbrechen an seinen Nachbarvölkern und insbesondere am jüdischen Volk, muß die Abwehr demokratfeindlicher Tendenzen in Staat und Gesellschaft in besonderer Weise Verpflichtung sein. Dabei darf Antifaschismus sich nicht beschränken auf staatlich oder offiziös verordnete Formen, die irgendwann zum Ritual erstarren. Engagierter Antifaschismus bedeutet vielmehr das aktive Eintreten für die demokratischen Rechte aller Menschen und gegen jeden Versuch, diese Rechte zu beschneiden — seien es Rechte der AusländerInnen, der Schwachen und Minderheiten im eigenen Land oder die Sicherheit unserer Nachbarvölker. Wir fordern:

Anerkennung und Entschädigung aller Opfer des Faschismus

Unser Eintreten für die gesellschaftlich-moralische Anerkennung und die finanzielle Versorgung aller Opfer des Faschismus ist für uns mehr als nur die Aufrechterhaltung einer Tradition, die es so in der BRD ohnehin nie gegeben hat. Wenn wir uns heute für die Erhaltung, den Ausbau und die Nutzung antifaschistischer Gedenkstätten einsetzen, dann geschieht dies auch, um das Verdrängen der historischen Verantwortung möglichst zu verhindern. Dazu gehört, daß auch die bis heute „vergessenen“ Opfer des Faschismus, die ZwangsarbeiterInnen, die Roma und Sinti, die Schulen, SozialistInnen und KommunistInnen ihre Anerkennung und — so weit überhaupt möglich — Entschädigung erhalten.

Gegen rechtsradikale und neofaschistische Tendenzen

Seit Jahren können in der BRD rechtsradikale und neonazistische Gruppen und Parteien in aller Öffentlichkeit auftreten. Diese Gruppen sind verantwortlich für antisemitische Schmierereien, für Überfälle auf Andersdenkende und insbesondere AusländerInnen. Unter dem Stichwort der Bekämpfung des „Undeutschen“ ziehen sie gegen Punks, Schwule und Lesben, Vertreter selbstorganisierter Lebensformen und alles, was ihren Vorstellungen von „Deutschtum“ und „Anständigkeit“ widerspricht. Sie predigen Chauvinismus

und nationalen Größenwahn bis hin zur Wiedererichtung des Faschismus.

Das Spektrum der Träger dieser demokratiefeindlichen Ideologie und Politik reicht von den offenen Neonazis über die „Republikaner“ bis hin zu Vereinigungen, die unter dem Mantel der Brauchtumspflege den Träumen vom Großdeutschland anhängen. Ihre Propaganda fällt aktuell dabei in der DDR auf fruchtbaren Boden. Mit einem Federstrich und ohne jede Diskussion wurde für die DDR das bisherige Betätigungsverbot für diese rechtsradikalen und neofaschistischen Gruppen aufgehoben.

Wir fordern:

- Auflösung faschistischer Gruppen und Organisationen;
- konsequente Strafverfolgung nazistischer Schmierer und Schläger;
- Bestrafung antisemitischer und volksverhetzender Propaganda in Wort und Schrift;
- Entwicklung wirksamer Schritte gegen die Ausbreitung neonazistischer Ideologie und Politik.

Gegen Revanchismus und Deutschtümelei, für die Rechte der AusländerInnen

Auch wenn Bundestag und Volkskammer den Be stand der polnischen Westgrenze anerkannt haben, so bleibt doch der Revanchismus vorhanden. Nicht nur Vertriebenenfunktionäre und Rechtsradikale fordern dabei den Anschluß von Teilen Polens und der Sowjetunion ans „einig Vaterland“, sondern auch die Bundesregierung entdeckt ihre Verantwortung für die „deutschstämmigen“ Bewohner Osteuropas neu. Dabei feiert eine Schutzmachtideologie Auferstehung, die schon öfter Begleitmusik der Aggressivität Deutschlands gegen seine Nachbarvölker gewesen ist. Das Bewußtsein der angeblich erwiesenen Überlegenheit des Kapitalismus, verbunden mit dem „Stolz, ein Deutscher zu sein“, ergibt einebrisante Mischung von Chauvinismus und Nationalismus, die unter bestimmten politischen und sozialen Voraussetzungen zu einer realen Bedrohung europäischer Völker werden könnte.

Kehrseite dieses deutsch-völkischen Bewußtseins ist der alltägliche Rassismus. Dabei sind ImmigrantInnen und Flüchtlinge nicht nur Opfer eines aggressiven Rassismus, wie er sich in Schmierereien, Überfällen, bis hin zu Totschlag und gezieltem Mord manifestiert. Ebenso sind diese Menschen einem institutionellen Rassismus ausgesetzt, der sie durch restriktive Gesetze zu Menschen zweiter Klasse macht. Das Grundrecht auf Asyl, im Grundgesetz der BRD aus der Erfahrung des Faschismus heraus verankert, wird durch das Asylverfahrensgesetz immer weiter eingeschränkt, bis hin zu Versuchen, es ganz abzuschaffen. Durch Arbeitsverbot, Einschränkung der Reisefreiheit und Naturalabgabe von Lebensmitteln werden Asylsuchende in elementaren Lebensrechten beschnitten; unter Mißachtung der realen Situation in ihren Heimatländern werden sie nicht selten wieder dorthin abgeschoben, woher sie Zuflucht gesucht haben und wo ihnen die Verfolgung droht (Türkei/Kurdistan, Sri Lanka, Libanon etc.). Asylsuchende werden als mutmaßliche Schmarotzer denunziert; so soll das Recht auf Asyl insgesamt überflüssig gemacht werden. Insbesondere die Romaflüchtlinge aus Rumänien und Jugoslawien sind aktuell Opfer von Bürgerwehren und Ausländerbehörden; an ihnen wurde für das Gebiet der DDR jene Ausländer- und Asylpolitik mit Schließung der Grenzen gegen „unliebsame Gäste“ durchgedrückt, wie sie für die BRD längst üblich ist.

Auch die ArbeitsimmigrantInnen sehen sich ähnlichen Einschränkungen ausgesetzt. Als Arbeitskräfte gerade geduldet, sind sie Freiwild, wenn sie ihr Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, auf Familie, politische Betätigung und Mitbestimmung wahrnehmen wollen. Sie unterliegen einer besonderen Gesetzgebung, haben kein Wahlrecht, werden in gesonderten Polizei-Dateien gespeichert.

Wir fordern:

- Gleiche Rechte und offene Grenzen für alle!
- Wahlrecht auf allen Ebenen auch für hier lebende AusländerInnen!
- Keine Sondergesetze für ImmigrantInnen und Flüchtlinge!
- Keine Einschränkung des Asylrechts!

Für ein selbstbestimmtes Frauen-Leben

Die LINKE LISTE/PDS tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Frau ein. Selbstbestimmungsrecht der Frauen heißt: Frauen entscheiden über ihr Leben, ihren Körper, ihre Arbeit, ihre sozialen Beziehungen und ihre Sexualität. Dies ist mehr als bloße Gleichberechtigung oder formale Gleichstellung in einer männerdominierten Gesellschaft. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Die Vorherrschaft des Mannes ist dort aufgehoben, wo Interesse, Lebenswelten und Wertesysteme von Frauen endlich auch zur Geltung kommen.

Immer noch wird Frauen das Selbstbestimmungsrecht mit allen Mitteln und auf allen gesellschaftlichen Ebenen verwehrt, wogegen Frauen in der BRD seit Jahren gekämpft haben — § 218, fehlendes Verfassungsrecht auf Arbeit, die ungleiche Entlohnung gleicher Arbeit, die Festschreibung

der Frauenrolle auf Hausarbeit und Familie — bestimmt nun auch das Leben der ehemaligen DDR-Frauen, die nun nicht einmal mehr juristisch als eigenständiges und unabhängiges Subjekt angesehen werden.

Die Schlüsselrolle in der menschenfeindlichen Politik des Staates nimmt der § 218 ein. Frauen müssen frei und ohne äußeren Druck entscheiden können, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Darum ist die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch allein Sache der Frauen und muß von ihnen selbstbestimmt getroffen werden. Wir fordern daher die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch! Wir wenden uns gegen jede Form der Zwangsberatung, wo Frauen moralisch unter Druck gesetzt werden. Dagegen fordern wir Aufklärung, Angebote zur Hilfe bei Problembewältigung, Verhütung (kostenlose Verhütungsmittel für alle) und medizinisch verträgliche, soziale und psychologisch einwandfreie Bedingungen zur Durchführung des Abbruchs und die Übernahme der Kosten für den Abbruch durch die Krankenkassen.

Zum Selbstbestimmungsrecht gehört auch, daß Frauen ihre Erotik und Sexualität ohne Diskriminierung oder Angst leben können. Frauen wollen nicht als Sexualobjekt vermarktet werden. Gewalt und Vergewaltigung, auch in der Ehe, dürfen nicht länger als Kavaliersdelikte angesehen und müssen strafrechtlich verfolgt werden.

Wir fordern die Garantie des Rechts auf bezahlte Arbeit als eine Grundvoraussetzung einer eigenständigen Existenzsicherung und Unabhängigkeit von Frauen. Nun sind auch in der ehemaligen DDR Frauen am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Auch hier werden sie wieder an Heim und Herd verwiesen. Deshalb fordern wir Beschäftigungsgarantie und besondere Frauenförderung, die Frauen den gleichen Zugang wie Männern zu qualifizierter Erwerbstätigkeit ermöglichen. Gleichstellungs-, Quotierungs- und besondere Frauenschutzregelungen sind in Betriebsvereinbarungen, Tarifverträgen und im Betriebsverfassungsgesetz festzuschreiben. Dazu gehört auch, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird.

Wir treten ein für die Gestaltung neuer sozialer Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Hausarbeit und Kinderbetreuung sind keine Frauensache. Emanzipatorisch kann die Entwicklung der Frauen nur sein, wenn Männer und Frauen gleichermaßen die Verantwortung tragen und diese Arbeit teilen. Deshalb fordern wir die Aufhebung der doppelten Belastung von Frauen. Das erfordert sowohl eine Aufteilung der Familienarbeit auf die Geschlechter als auch die Schaffung gesellschaftlicher Einrichtungen.

Um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen durchzusetzen, bedarf es nicht nur der Gesetze und parlamentarischen Initiativen, sondern vor allem einer breiten öffentlichen Diskussion und Bewegung; Frauen wollen außerparlamentarisch und parlamentarisch aktiv Einfluß nehmen. Voraussetzung hierfür ist eine Auseinandersetzung auch um patriarchalische Strukturen sowie deren Überwindung innerhalb der LINKE LISTE/PDS und der PDS. Quotierte Besetzung aller Gremien, quotierte Rednerlisten sind dabei eine Selbstverständlichkeit.

Frauen sind keine soziale Randgruppe. Frauen sind die Mehrheit der Menschen!

Für Arbeit, Demokratisierung der Wirtschaft, soziale Sicherheit und radikalen ökologischen Umbau

Die historische Chance, nach vierzig Jahren staats-sozialistischer Planwirtschaft schrittweise eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung der Wirtschaft anzugehen, wurde durch den Crash-Kurs in Bonn und Berlin zunichte gemacht. Statt die notwendige Umstrukturierung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft der DDR sozial zu gestalten, werden große Bereiche der Wirtschaft durch die Politik des überhasteten Anschlusses in den Bankrott getrieben.

Zu den negativen ökonomischen und sozialen Folgen der Anschlußpolitik auf dem Gebiet der DDR kommen die ungelösten Probleme und Folgen der großen Wirtschaftskrise von Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik. Der Aufschwung ist an Millionen von Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen und Beschäftigten mit niedrigen Einkommen vorbeigelaufen. Bei kräftig gestiegenen Gewinnen ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen auf das Niveau der fünfziger Jahre zurückgegangen.

Seit der Währungs- und Wirtschaftsunion verschärft sich die entgegengesetzte wirtschaftliche Entwicklung in der BRD und der DDR — in der BRD konjunkturelle Beschleunigung und Wirtschaftsdynamik, in der DDR weitere Talfahrt der Wirtschaft. Das westdeutsche Kapital ist an der DDR als Markt, kaum als Produktionsstandort interessiert. Zugleich erweist sich die Übernahme von Betrieben der DDR, die verantwortungslos zu Spottpreisen verschachert werden, als großes Ge schäft.

Diese Entwicklung kann und muß gestoppt werden. Jede Mark, die für die Erhaltung lebensfähiger Betriebe eingesetzt wird, bedeutet Einsparung von Mitteln für Arbeitslosengeld und Sozialpläne.

Der Gefahr einer wachsenden Entsolidarisierung der Menschen in Ost- und Westdeutschland muß entgegengesetzt werden. Einheitliche sozial und ökologisch verträgliche Lebensverhältnisse erhalten wir weder im Selbstlauf noch zum Null-Tarif.

Weder dem Kapitalismus noch dem sogenannten real existierenden Sozialismus ist es gelungen, die sich anhäufenden ökologischen Probleme unseres Planeten zu lösen. Die ökologische Krise ist bereits heute zu einem der wesentlichsten globalen Probleme geworden. Ein Überleben der Menschheit hat eine wirklich gerechte Weltwirtschaftsordnung zur Voraussetzung.

Im Verhältnis zu den Ländern der sogenannten dritten Welt muß die Mauer zwischen arm und reich eingerissen werden. Die Ausplünderung dieser Länder ist die Kehrseite der wirtschaftlichen Expansion der reichen kapitalistischen Metropolen. Wem es mit dem Kampf gegen die globalen Menschheitsbedrohungen ernst ist, der muß für eindeutige Schritte zum Umbau der Weltwirtschaftsordnung eintreten. Die sogenannte Entwicklungshilfe hat die existierende Fehlentwicklung kaum gemildert und teilweise erst produziert. Die LINKE LISTE/PDS tritt für folgende Sofortmaßnahmen ein:

- Schuldenerlaß für die armen Entwicklungsländer und Begrenzung des Schuldendienstes auf einen festen Prozentsatz der Exporterlöse;
- Abbau sämtlicher Handelshemmnisse für die Exporte der Entwicklungsländer;
- Stabilisierung der Wirtschaft dieser Länder durch langfristige Lieferverträge, verbunden mit einem internationalen Rohstofffonds zur Preisstützung;
- Erhöhung des Ressourcentransfers von den reichen zu den armen Ländern durch einen von den wohlhabenden Nationen finanzierten internationalem Entwicklungsfonds.

Die LINKE LISTE/PDS wendet sich gegen eine Politik, die mit immer neuen Außenhandelsrekorden und wachsendem Kapitalexport die Instabilitäten auf den Weltmärkten vergrößert. Wir fordern stattdessen differenzierte staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsentwicklung, Infrastruktur und Produktionsbereiche, die die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen befriedigen, sind zu fördern. Perspektivisch kommt es uns auf eine ökologische und soziale Wirtschaftsentwicklung sowie auf die Schaffung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen weltweit an. Dies erfordert langfristig ein demokratisch verfaßtes gesellschaftliches Eigentum sowie eine solidarische Weltwirtschaftsordnung.

Die LINKE LISTE/PDS fordert für die Länder und Kommunen auf dem Gebiet der DDR:

1. Ein öffentlich finanziertes und zukunftsorientiertes Strukturprogramm zur Sicherung der Existenz der Betriebe in der Industrie und im klein- und mittelständischen Handwerk und Gewerbe

Schwerpunkte sollten sein:

- Städteerneuerung und Wohnungsmodernisierung;
- Strukturinvestitionen, mit denen der ökologische Umbau des Produktionsstandortes eingeleitet wird;
- Auf- und Ausbau moderner Kommunikations- und Verkehrssysteme.

Das Programm sollte ein Volumen von jährlich 50-60 Mrd. DM über einen Zeitraum von acht Jahren haben.

Eine aktive Industrie-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zum Abbau und zur Verhinderung der Massenarbeitslosigkeit schließt die Förderung von Beschäftigungsgesellschaften auf regionaler, kommunaler und betrieblicher Ebene ein, in denen die Umstellung auf veränderte Beschäftigungs- und Qualifikationsanforderungen sinnvoll mit regionalen Rekonstruktionsprojekten verbunden sind.

Voraussetzung einer erfolgreichen Rekonstruktionspolitik sind die Streichung der Alt-Schulden für die Betriebe und eine wirksame Beteiligung der Kommunen und Länder am Volksvermögen. Statt kapitalorientierter Privatisierung, bei der die profiträchtigen Unternehmensbereiche herausgeschnitten und das Gros der Betriebe sich selbst überlassen werden, fordern wir beschäftigungsorientierte Entflechtung und Sanierung. Unternehmensverkäufe sind mit Investitions- und Beschäftigungsgarantien zu versehen. Wir sind für Vielfalt der Eigentumsformen gegen Monopolisierung. Wem wirklich die Förderung des mittelständischen Handels und Gewerbes am Herzen liegt, der muß sich für die nachträgliche Umstellung der Geschäfts konten im Verhältnis von 1:1 einsetzen.

Rechtmäßig erworbene Eigentums- und Nutzungsrechte der BürgerInnen der DDR an Grundstücken, an Wohn- und Freizeitgebäuden müssen im einheitlichen Deutschland garantiert und dürfen nicht in Frage gestellt werden.

2. Ein Strukturangepassungsprogramm für die Landwirtschaft der DDR

Die Ergebnisse der Bodenreform sind endgültig. Sie müssen in einer künftigen gesamtdeutschen Verfassung verankert werden. Wir sind für den Erhalt, den Schutz und die demokratische Ausgestaltung der genossenschaftlichen Produktion. Die

Produktionsgenossenschaft — von der überwiegenden Mehrzahl der Bauern gewählt — entspricht in besonderem Maße dem Gedanken der Verbündung von wirtschaftlicher Effizienz mit solidarischer Selbsthilfe und demokratischer Selbstverwaltung. Die Bauern sollen in eigener Verantwortung über Charakter und Zukunft ihrer Genossenschaften entscheiden können: keine Vernichtung bürgerlicher Existenz und Schaffung von Bedingungen, die Landflucht vermeiden! Für attraktive Dörfer mit sicheren Arbeitsplätzen und wohlbefindenden Genossenschaften.

Sofort fordern wir:

- Garantie eines existenzsichernden Marktanteils für DDR-Agrarprodukte im Handel; wirksame Übergangsregelungen für die Landwirtschaft der DDR zur Herausbildung eines funktionsfähigen Agrar- und Nahrungsgütermarktes, offensive Nutzung der Instrumentarien des EG-Agrarmarktes;
- Streichung von Schulden für die landwirtschaftlichen Betriebe, Liquiditätsbeihilfen für Genossenschaften und volkseigene Güter;
- einen Sonderfonds für Anpassungsbeihilfen zur raschen Überwindung der Produktivitäts-, Effektivitäts- und Qualitätsrückstände sowie für die Erschließung neuer Erwerbsquellen;
- Schritte sinnvoller Verbindung von Flächenstilllegungen, Kapazitätsabbau mit der Förderung ökologischer Produktionsmethoden, der Sanierung von Böden und Gewässern sowie des Gewässerschutzes;
- regionale Förderungsprogramme zur Entwicklung der Infrastruktur der ländlichen Gebiete der DDR.

Für die Gemeinden und Länder der Bundesrepublik und im entstehenden Gesamtdeutschland fordert die LINKE LISTE/PDS:

Die Bekämpfung der Langzeit- und Massenarbeitslosigkeit und der vielfältigen Formen neuer und alter Armut durch kommunal und regional angelegte Strukturprogramme. In den Bereichen Stadtanreicherung, öffentlicher Wohnungsbau, soziale Dienstleistungen, Nahverkehr, Energieverbrauch und ökologischer Produktions-, Emissions- und Abfallpolitik ist durch die neokonservative Sparpolitik ein großer Handlungsbedarf entstanden. Der Rückgang der öffentlichen Investitionen kann nur durch ein mehrjähriges Programm zur Stärkung regionaler Finanzkraft in Verbindung mit einer Neuverteilung des Steueraufkommens zugunsten der Länder und Kommunen kompensiert werden.

Im Rahmen der strukturpolitischen Aktivitäten zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Wirtschaft muß die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit verbunden mit Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung ein Schwerpunkt sein.

Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich und gleichzeitiger Kontrolle über die Leistungsvorleistung sind in unserem Verständnis wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit ohne — rein quantitativ bemessenes — Wirtschaftswachstum.

Für eine fortschrittsorientierte Arbeits- und Sozialordnung

Die LINKE LISTE/PDS tritt für eine schnelle Angleichung der Arbeits- und Sozialordnung in allen Ländern Gesamtdeutschlands ein, die an den in der BRD erkämpften sozialstaatlichen Kompromiß kritisch anknüpft, in der DDR erreichte soziale Leistungen bewahrt und über beide hinausweist. Wir sind uns dessen bewußt, daß die bedrückenden Seiten der kapitalistischen Produktion erst durch umfassende gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung der ökonomischen Prozesse, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch Einschränkung wirtschaftlicher Macht, Beseitigung des gegenwärtigen Mißverhältnisses in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Bekämpfung von ökologischen Krisen und Fehlentwicklungen, wirksame Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit und regionale Strukturkrisen, die Gestaltung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wirksam bekämpft werden können.

Dafür wird sich die LINKE LISTE/PDS im Parlament und mit außerparlamentarischen Mitteln einsetzen.

Wir fordern die Aufnahme des Rechts auf Arbeit und Arbeitsförderung in eine neue deutsche Verfassung.

Sofort fordern wir:

- ein öffentlich finanziertes Beschäftigungsprogramm für das Gebiet der DDR, das durch Infrastrukturprogramme unterstützt ist. Wirtschafts-, Struktur- und Finanzpolitik der Länder der DDR müssen auf die Verhinderung und den Abbau von Massenarbeitslosigkeit gerichtet sein;
- die zügige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich: Abbau von Überstunden;
- Verbot von Leiharbeit und kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit (Kapovaz);
- Durchsetzung begründeter und perspektivisch angelegter Umschulungsprogramme, Umdidierung muß sinnvolle Arbeit sichern, nicht neue Arbeitslosigkeit verschleieren!;
- Stärkung der Arbeitsfähigkeit, Ausgestaltung der Kompetenzen und Verantwortung der Arbeit

amter. Demokratisierung der Arbeitsverwaltungen. Wir brauchen kompetente Institutionen für die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, nicht für die Verwaltung von Arbeitslosigkeit;

- die Sicherung eines Erst-Ausbildungs- oder Studienplatzes für jeden Jugendlichen, mindestens 3jährige Beschäftigungsgarantie nach Abschluß der Ausbildung. Ausbildung für ein sinnvolles Arbeitsleben, nicht von Fürsorgeempfängern!

- reale Gleichstellung von ausländischen und deutschen ArbeiterInnen für alle Fragen des Arbeitsrechts und der Arbeitsförderung;
- Durchsetzung einer 6-Prozent-Quote und Beschäftigungspflicht für Menschen mit Behinderungen. Wir treten für die Beibehaltung der in der DDR erhobenen Abgabe pro Platz und Monat für Nichtbeschäftigung Behindeter und eine Erhöhung dieser Abgabe in ganz Deutschland ein;
- den Vorrang der Beschäftigung vor Sozialregelungen. Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften, die eine zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbinden.

— Beibehaltung der Vorruhestandsregelungen der DDR für ganz Deutschland, mit dem ein selbstbestimmter gleitender Übergang in den Ruhestand gewährleistet wird.

Für Frauen ist die Altersgrenze 55 Jahre auf ganz Deutschland auszudehnen.

Für eine grundlegende ökologische Wende

Kapitalistische Marktmechanismen und staatliche Wirtschaftswachstumskonzepte sichern keinen Übergang zu einer ökologisch und sozial verträglichen Lebensweise. Der ökologische Umbau der Industrie, des Energie- und Verkehrssystems, eine ökologische Landwirtschaft erfordern neue gesellschaftliche und auch technologische Lösungen. Die Möglichkeiten einer solchen Politik sind nach wie vor gegeben. So stellt eine koordinierte Umlenkung der Finanzmittel zur Rüstungsproduktion für eine Politik, die zur Welthungerbekämpfung und zu einer technologischen Modernisierung im Sinne der ökologischen Vorbeugung (ressourcensparendes Wirtschaften, Ablösung umweltzerstörender Technologien usw.) eine reale Chance dar. Dieser Kampf um eine andere ökologische Politik ist aber nicht nur ein administratives technologisches oder ideologisches Problem, sondern vor allem eine politische Auseinandersetzung, die nur erfolgreich zu führen ist, wenn konzeptionelle Ansätze in dieser Richtung mit Druck von unten durch ökologische und soziale Basisbewegungen auf die jeweiligen Regierungen der Welt einhergehen.

Wir treten für eine grundlegende ökologische Wende der Gesellschaft ein, wohl wissend, daß diese ohne eine grundlegende Veränderung der Produktions- und Lebensweise nicht möglich sein wird. Die ökologische Situation auf dem Gebiet beider deutscher Staaten gebietet rasches Handeln. Wir treten ein für:

- entschlossene Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung und die sich abzeichnende Klimakatastrophe;
- das sofortige Verbot der Herstellung von FCKW;
- die drastische Senkung des CO₂-Ausstoßes;
- eine ökologische Wende in der Verkehrspolitik, insbesondere für den Ausbau des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrssystems sowie die stärkere Verlegung von Gütertransporten von der Straße auf das Schienennetz; dieses Konzept schließt die Verkehrsberuhigung in städtischen Ballungsräumen ebenso ein wie die Anlage bzw. den Ausbau von Radwegnetzen in den Städten;
- den Übergang zu einer ökologisch verträglichen und wissenschaftlich begründeten Landnutzung und Stadtentwicklung, Durchsetzung des Nationalparkprogramms und Ausbau der Landschaftsschutzgebiete;
- die schrittweise Sanierung der Gewässer sowie den Ausbau des Gewässerschutzes;
- Erstellung eines neuen Energiekonzeptes nach folgenden Prinzipien:

- Entwicklung umfassender Energiesparkonzepte vor allem für den produktiven Bereich; Erarbeitung und Anwendung von Energiespartechniken (z.B. effektive Wärmedämmung als gesetzliche Pflicht, Realisierung von Energiespartechniken bei Kühlung und Beleuchtung, Abwärmeleverwendung, Kraft-Wärme-Kopplung in Kraftwerken)

- Entflechtung der großen Energiekonzerne und verstärkter Übergang zu dezentraler, kommunaler Energieversorgung,

- der Ausstieg aus der Atomtechnologie ist für die LINKE LISTE/PDS angesichts der unbeherrschbaren Risiken und des nicht gelösten Problems der Endlagerung unverzichtbar. Wir fordern daher den sofortigen Übergang auf eine ökologisch akzeptable Energiekonzeption für ganz Deutschland: der Ausstieg aus der Atomenergie allein auf dem Gebiet der DDR ist bloße Augenwischerei. Wir unterstreichen dabei unser grundlegendes Herangehen: Jede Produktionsstilllegung, die aus ökologischen oder abrüstungspolitischen Gesichtspunkten unverzichtbar ist, muß in sozial verträglichen und die regionalen Arbeits- und Lebensräume

stabilisierenden Formen erfolgen. Die LINKE LISTE/PDS tritt daher für die Schaffung von gesetzlichen Regelungen ein, die in solchen Fällen die öffentliche Einrichtung von Sozialplänen, Beschäftigungs- und Entwicklungsgesellschaften und entsprechenden kommunalen und regionalen Strukturplänen zwingend vorschreiben. Die Stilllegung von problematischen Produktionssegmenten darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der Menschen in den entsprechenden kommunalen Lebensräumen ausgetragen werden,

- teilweise Substitution der Braunkohle als Energieträger,
- verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen,
- intensive Erforschung alternativer Energiequellen unter Nutzung internationaler Wissenschaftskooperation;
- den Stopp von Müllexporten und Mülltourismus sowie den Auf- bzw. Ausbau eines umfassenden Netzes der Sekundärrohstofffassung, Senkung der Müllverbrennung auf ein Minimum;
- Maßnahmen zum Lärmschutz, z.B. das sofortige Verbot aller Tiefflugübungen, Installation von Lärmschutzanlagen an stark befahrenen Verkehrsstraßen;
- die Verankerung des Umweltschutzes als Verfassungsauftrag in einer neuen deutschen Verfassung.

Wir wissen, daß viele der von uns kurzfristig vorgeschlagenen Maßnahmen nicht über Ansätze zur Umweltreparatur hinausgehen. Für eine grundlegende Wende auf ökologischem Gebiet aber ist eine grundlegende Wende in der Gesellschaft unabdingbar. Die konkrete soziale, ökonomische und ökologische Situation auf dem Gebiet der DDR bietet ein ebenso rasches wie komplexes Herangehen an die bestehenden Probleme. Dabei reicht es nicht aus, bei zu treffenden ökologischen Maßnahmen eine soziale Abfederung zu installieren. Ernsthaftige ökologische Politik in der DDR muß auch immer Strukturpolitik sein.

Für den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie

Durch die ArbeiterInnen der BRD erkämpfte demokratische Rechte müssen vollständig auch für die Länder der DDR gelten. Zugleich werden wir nicht auf die demokratischen Errungenschaften vom Herbst 1989 kampflos verzichten.

Wir treten ein für handlungsfähige und starke Gewerkschaften, für aktive Betriebs- und Personalräte in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, für Solidarität der ArbeitnehmerInnen der DDR und der BRD. Die Möglichkeit zu einer aktiven Interessenvertretung wird davon abhängen, daß nicht von der DDR aus das Lohnniveau und die sozialen Standards in Gesamtdeutschland abgesenkt werden. Wir werden nicht zulassen, daß es künftig ArbeitnehmerInnen ersten und zweiten Ranges gibt.

Die LINKE LISTE/PDS fordert:

- Erweiterung der Rechte der Betriebs- und Personalräte, d.h. Veto- und Gestaltungsrechte in allen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Angelegenheiten: Kapitalaufstockung, Verwendung von Bilanzgewinnen, Investitionsplänen und Stilllegungen, Rationalisierungen und neue Technologien, Kontrolle über Leistungsverdichtung;
- paritätische Mitbestimmung ohne „neutrale“ Personen und ohne Sonderrechte für leitende Angestellte;
- die Betriebsräte dürfen nicht auf eine „vertrauliche Zusammenarbeit“ mit der Kapitalsseite verpflichtet bleiben; volles Arbeitskampfrecht für Betriebsräte;
- uneingeschränkter Zugang der Gewerkschaften zu den Betrieben und Arbeitsplätzen, eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft;
- Bücher- und Akteninsichtsrecht für Belegschaften und ihre Vertretungsorgane;
- individuelle und kollektive Arbeitsverweigerung und Produktionsprüfungsrechte, bspw. bei unökologischen Produktionsverfahren oder Rüstungsproduktion;
- Änderung der Arbeitszeitordnung mit dem Ziel der Einführung individueller und gruppenbezogener Freistellungsansprüche und Verfügungszeiten.

Für die DDR fordert die LINKE LISTE/PDS das Recht der Gewerkschaften auf demokratische Vertretung im Vorstand und Verwaltungsrat der Treuhandanstalt. Für die entstehenden Treuhand-Aktiengesellschaften fordern wir paritätische Mitbestimmung.

Wir verlangen die Bildung demokratischer Wirtschafts- und Sozialräte mit Genehmigungs- und Versorgungskompetenz gegenüber Unternehmensentscheidungen. VertreterInnen öffentlicher Körperschaften, der Gewerkschaften und von Bürgerinitiativen müssen darin gleichberechtigte Mitgestaltungsmöglichkeiten in Fragen der Strukturentwicklung, der Arbeitsmarktpolitik und des ökologischen Umbaus besitzen.

Gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am Berufsleben

Das heißt für die LINKE LISTE/PDS:

- gleicher Zugang von Frauen und Mädchen zu allen Feldern der beruflichen Ausbildung, zu allen

Berufen, zu allen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (Quotierung);

- keine ungeschützten Arbeitsrechtsverhältnisse, sondern tarifliche und betriebsverfassungsgesetzliche Sicherung aller Beschäftigungsverhältnisse;
- kostenlose öffentliche Einrichtungen der Kinderbetreuung in ausreichender Zahl. Kindern soll der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kinderseinrichtung gewährt werden;
- bezahlte Freistellung von Frau oder Mann bei Krankheit der Kinder, wobei wir uns für die Beibehaltung der bisherigen Regelungen in der DDR und deren Ausweitung auf alle Bundesländer einsetzen;
- besonderer Kündigungsschutz für Mütter und Väter von Klein- und Schulkindern sowie für Alleinerziehende;
- Hausarbeitstag für Männer und Frauen.

Integration älterer Bürger in die Gesellschaft

Die umfassende soziale Integration älterer BürgerInnen in die Gesellschaft ist Grundzug einer Solidargemeinschaft. Die Renten in der DDR müssen an das Niveau der BRD angeglichen werden. Erforderlich ist ein neues Rentengesetz für das gesamte Deutschland, in dem für die Rentenbemessung die Lebensarbeitszeit, das persönliche Einkommen und das allgemeine Einkommensniveau berücksichtigt werden.

Das Prinzip der Mindestrente für Alters- und Invalidenrenten, das Rentenalter von 60 Jahren für Frauen sowie eine Rentenanpassung an die Entwicklung der Bruttolöhne müssen festgeschrieben werden.

Für ältere BürgerInnen fordern wir:

- Bedingungen für altersgerechtes Wohnen, erschwingliche und menschenwürdige Feierabend- und Pflegeheime;
- ein breites, den Bedürfnissen der älteren Menschen entsprechendes Netz gesundheitlicher und sozialer Betreuung;
- erweiterte Möglichkeiten kostengünstiger und interessengerechter Angebote für Kultur, Bildung, Sport und Reisen, für Kommunikation und Vereinsarbeit.

Wir unterstützen die gemeinnützige Tätigkeit der Volkssolidarität in den Ländern der DDR und treten für deren finanzielle Unterstützung mit öffentlichen Mitteln ein.

Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Die LINKE LISTE/PDS fordert:

- schrittweise Anhebung der in der DDR gezahlten Löhne, Gehälter, Renten, Stipendien und anderer Leistungen auf das Niveau der BRD;
- wir wollen in dem zusammenwachsenden Deutschland die entwürdigende Sozialbürokratie überflüssig machen. Das existenzsichernde Einkommen aller Erwerbstätigen muß durch gesetzliche Regelungen ergänzt werden, die auch allen Nichterwerbstätigen eine würdevolle Existenz sichert. Wir fordern für den Bereich der DDR eine sofortige Anhebung der Mindestrente auf 800 DM. Im Zuge der absehbaren Preisänderungen für Miete etc. fordern wir die entsprechende Dynamisierung dieser sozialen Mindestsicherung. Auch in der Bundesrepublik existiert in vielen Bereichen kein existenzsicherndes Einkommen. Das betrifft insbesondere die Sozial-, Arbeitslosen- und Renteneinkommen, Ausbildungsbeihilfen für Lernende und Studierende. Darin eingeschlossen sind Menschen mit Behinderungen, die keiner Erwerbsaktivität nachgehen können, ab 18. Lebensjahr.

Die Sozialhilfepraxis ist für uns nicht akzeptabel. Wir fordern daher zunächst für die Bundesrepublik und dann für ganz Deutschland eine dynamisierte Mindestsicherung von 1200 DM.

Die Einkommen müssen familienunabhängig und ohne entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung gewährt werden.

Für menschenwürdiges Wohnen

Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen gehört für die LINKE LISTE/PDS zu den Grundforderungen, die Eingang in eine neue gesamtdeutsche Verfassung finden müssen. Wohnungen dürfen keine Ware sein! Der eklatante Wohnungsmangel hat — vor allem in den bundesdeutschen Ballungsbereichen — unzumutbare Verhältnisse geschaffen und zu kaum noch tragbarer Mietbelastung für große Teile der Bevölkerung geführt. Die geplante Freigabe der Mieten in den Ländern der DDR würde diesen Notstand dramatisch verschärfen.

Wir fordern:

- Mietpreisstopp für die Ballungsbereiche der BRD und gesetzliche Regelungen zur Kontrolle der Mietpreisentwicklung in den Ländern der DDR. Mieten dürfen nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden;
- Mietwucher und Grundstücksspekulation sind durch entsprechende gesetzliche Regelungen zu bekämpfen. Das Entstehen bzw. Anwachsen von Obdachlosigkeit muß verhindert werden;
- die Schulden der bisherigen Gebäudewirtschaftsbetriebe, der Wohnungsgenossenschaften und der privaten Hausbesitzer der DDR gegenüber der öffentlichen Hand müssen gestrichen und nicht wie im Einigungsvertrag vorgesehen — den Kommunen angelastet werden;
- Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch

die öffentliche Hand. Statt Deregulierung des gemeinnützigen sozialen Wohnungsbaus in der BRD fordern wir ein 10-Jahres-Programm zur Förderung des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaus in beiden Teilen Deutschlands;

- genossenschaftliche, kooperative und individuelle Initiativen der MieterInnen sind zu fordern. Formen wirksamer Mitbestimmung der MieterInnen und ihrer Interessenvertretungen müssen entwickelt und gefördert werden.

Gesundheitsförderung und

Gesundheitsschutz für alle Bürger

— unabhängig vom Geldbeutel — ist eine Grundforderung linker Politik

Die LINKE LISTE/PDS tritt für ein Gesundheitssystem ein, das von mehr Solidarität, von demokratischer Mitbestimmung und Chancengleichheit geprägt ist.

Wir fordern gleiche Rechte und Pflichten für alle Versicherten ohne eine über die Beitragszahlung hinausgehende Kostenbeteiligung. An die gesetzlichen Krankenkassen müssen Staatszuschüsse gezahlt werden. Die in der BRD eingeführte Kostenbeteiligung bei Arzneimitteln soll aufgehoben werden.

Wir fordern für die Länder der DDR ein Programm verstärkter Investitionen, um den Rückstand im Niveau der Krankenhäuser, der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie von Pflegeheimen zu beseitigen. Wir sind für die Erhaltung und staatliche Förderung des Systems der Polikliniken. Die medizinischen und sozialen Leistungen für Mütter und Kinder sowie für ArbeiterInnen in Betrieben und Einrichtungen müssen erhalten werden.

Wir treten ein für die Erweiterung des Angebotes bürgernaher Sozialstationen und die Förderung von Selbsthilfegruppen für ratsuchende, kranke und hilfsbedürftige BürgerInnen.

Für die Länder der BRD fordern wir:

die Beseitigung des akuten Pflegenotstandes in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen durch höhere Entlohnung, Aufstockung des Personalbestandes und attraktive Arbeitszeitregelungen; Eindämmung der profitorientierten unkontrollierten Ausweitung der Medikamentenproduktion und deren Verteuerung.

Die LINKE LISTE/PDS tritt dafür ein, daß sich Menschen mit Behinderungen in einer humanen Solidargemeinschaft voll verwirklichen können.

Dazu gehört, das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderungen voll zu respektieren, davon auszugehen, daß sie sich in öffentlichen Angelegenheiten selbst vertreten können. Die LINKE LISTE/PDS wird Menschen mit Behinderungen vordere Listenplätze zu den Wahlen einzuräumen.

Wir fordern:

- Erweiterung und staatliche Förderung der Möglichkeiten der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zur Kommunikation und Integration für Menschen mit Behinderungen;
- die Lebens-, Wohn- und Arbeitsumwelt dieser BürgerInnen gilt es so zu gestalten, daß Belastungen gemindert, Eigenaktivität und Integration gefördert werden.

Vorschläge der LINKE LISTE/PDS zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen

Die Kosten des Anschlusses dürfen nicht den Lohnabhängigen und sozial Schwachen in beiden Teilen Deutschlands aufgebürdet werden.

Die BürgerInnen der DDR haben Anspruch auf Kostenausgleich für die von ihnen allein in den 40er und 50er Jahren geleisteten Reparationen in Höhe einiger hundert Milliarden DM. Das bundesdeutsche Kapital ist der eigentliche Profiteur der Vereinnahmung der DDR. Daraus gezogene Spekulationsgewinne müssen abgeschöpft, Steuermehrernahmen der BRD durch steigende Konjunktur umverteilt werden. Die Erlöse aus der Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe gehören der DDR und ihren BürgerInnen. Sie müssen für die Sanierung und Strukturanzapfung der Wirtschaft der Länder der DDR und für die Vermögensbildung ihrer BürgerInnen verwendet werden.

Wir fordern die radikale Reduzierung der Rüstungs- und Verteidigungsausgaben.

Wir schlagen die Aufnahme einer steuerbegünstigten langfristigen Anleihe mit niedrigem Zinsatz vor, die für die Finanzierung der notwendigen Programme eingesetzt wird. Eine auf 5 Jahre begrenzte Ergänzungssagabe auf hohe Einkommen in Höhe von 10 Prozent der Einkommenssteuer sollte zielgerichtet für die Beschäftigungsförderung genutzt werden. Wir sind für die Besteuerung aller Zinseinkommen durch EG-weite Einführung einer Quellensteuer mit entsprechenden Kontrollanmeldungen der Banken an die Finanzämter.

Ab 1991 müssen die Länder der bisherigen DDR in den Finanzausgleich der Länder einbezogen werden, wobei neben der Einwohnerzahl auch die Höhe des Steueraufkommens und die Arbeitslosenquote zu berücksichtigen sind.

Notwendig ist eine Steuerreform zur Stärkung der Länder und der Kommunen.

Für eine demokratische Entwicklung in Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur, gegen Monopolisierung der Medien

Die Folgen der Anschlußpolitik der Regierenden in beiden deutschen Staaten sind im Bereich von Kunst und Kultur bereits besonders deutlich zu spüren. Heute ist in der DDR eine über mehr als 40 Jahre gewachsene Kulturlandschaft in ihrer Substanz bedroht.

Den eigenständigen demokratischen Ansätzen seit dem November 1989 zum Trotz soll der DDR die Kulturgesetzgebung und -struktur der BRD einfach übergestülpt werden. Kein Staat, kein Volk kann seine eigene Geschichte auslöschen. Ebenso wenig wird es gelingen, Jahrzehnte unterschiedlicher kultureller und sozialer Entwicklung ungeschehen zu machen. Die LINKE LISTE/PDS wendet sich gegen die kulturelle Kolonialisierung der DDR. Versuche, über diesen Weg die kulturelle Identität der heutigen DDR-Bevölkerung auszulöschen, bezeichnen wir als das, was sie sind: von nackten Kapitalinteressen diktierter kultureller Vandalismus.

Wir setzen uns ein:

- für die Erhaltung aller künstlerischen und kulturellen Leistungen, die in über vier Jahrzehnten Existenz der DDR vollbracht worden sind;
- für die Einführung der Kulturohheit der Länder auf dem Gebiet der DDR, was die Bereitstellung der materiellen und personellen Voraussetzungen für deren Ausgestaltung durch die jeweiligen Länder einschließt;
- für die Bereitstellung eines Sonderfonds zur schrittweisen Dezentralisierung der Kulturlandschaft der DDR, der den Kultusministerien der Länder der DDR zur Verfügung steht;
- für eine gesetzlich verankerte Kulturförderungspflicht des Staates, die politischen und ökonomischen Dirigismus ausschließt;
- für bezahlbare Kultur für alle;
- für die besondere Förderung von kommunalen Kulturprojekten und territorialen Kulturinitiativen, wie auch eines breiten Volkskunstschaffens;
- für die staatliche und kommunale Förderung von Kulturen nationaler Minderheiten, Unterstützung von kulturellen Aktivitäten von AusländerInnen zur Bewahrung ihrer kulturellen Werte und ihrer Identität;
- für die Ausreichung öffentlicher Mittel an KünstlerInnenverbände entsprechend ihrer Tätigkeit als gemeinnützige Vereinigungen.

Die LINKE LISTE/PDS setzt sich für ein System von steuerrechtlichen und ökonomischen Maßnahmen zur sozialen Mindestsicherung aller KünstlerInnen ein. Wir meinen, daß die Ausrichtung von Kultur und Kunst nach ausschließlich marktwirtschaftlichen Kriterien den Rechten der BürgerInnen auf freien Zugang zur Kultur, zu Kunstaübung und Kunstgenuss widerspricht. Künstlerische und kulturelle Leistungen müssen für alle Menschen erreichbar, d.h. auch bezahlbar sein.

Die LINKE LISTE/PDS wird alle Bemühungen der BürgerInnen unterstützen, sich in eigener Aktivität in gemeinsamen Projekten, in Bürgerinitiativen oder Interessengemeinschaften kulturell selbst zu verwirklichen. Kulturelle und künstlerische Selbstbetätigung gehört nach unserer Auffassung zur Lebensqualität und die Chance dazu, zu den sozialen Grundrechten einer Gesellschaft, die sich selbst als human bezeichnet.

Die LINKE LISTE/PDS setzt sich für eine auch in der Praxis verwirklichte Presse- und Informationsfreiheit ein. Die rasche weitgehende Übernahme der Presse der DDR durch große Medienkonzerne der BRD betrachten wir als eine Verhinderung weitgehender demokratischer Umgestaltungsversuche in der DDR nach dem Herbst 1989.

Insbesondere die zunehmende Monopolisierung in allen Bereichen der Massenmedien, die Konzentration von immer mehr medialer Macht in wenigen großen Medienkonzernen machen wirkliche Informations- und Pressefreiheit mehr zu einem passiven Recht als zu praktizierbarer Möglichkeit.

Die LINKE LISTE/PDS setzt sich für eine Mediengesetzgebung ein, die eine umfassende Presse- und Informationsfreiheit gewährleistet, die Rechte der Redaktionen und Belegschaften erweitert und den Zugang aller gesellschaftlichen und sozialen Gruppen zu den Medien sichert.

Bildung und Ausbildung für jeden! Die Wissenschaft soll allen zugänglich sein!

Die LINKE LISTE/PDS fordert die konsequente Durchsetzung eines verfassungsmäßigen Rechts auf Bildung, einschließlich Berufs-, Aus- und Weiterbildung, d.h. die Achtung vor der Würde jedes Menschen und die Chancengleichheit unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, sozialer und familiärer Herkunft, sexueller Orientierung, kultureller, politischer und religiöser Identität. Die umfassende Gewährleistung dieses Rechts ist von elementarer Bedeutung für die selbstbestimmte Entwicklung jedes Menschen, die Entfaltung von Individualität, Kreativität und die zukünftige Gestaltung eines demokratischen Gemeinwesens.

Wir treten ein für:

- die Verantwortung des Staates für die Herausbildung eines demokratischen Schul- und Bildungswesens unter Beachtung historischer Entwicklungen, Traditionen und der europäischen Einigungsprozesse,
- ein einheitliches Schul- und Bildungskonzept vom Kindergarten bis zur Erwachsenenqualifizierung, das sich in Inhalten und Formen differenziert und flexibel darstellt, Wahlmöglichkeiten auch nach Neigung zuläßt, die heranwachsende Generation befähigt, die globalen Fragen zu lösen, und Raum für Identitätsfindung und -verwirklichung gibt,
- die Integration ausländischer Kinder und von jungen Menschen mit Behinderungen,
- die Verpflichtung der öffentlichen Hand für die Förderung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen in Kindergärten und Schulhorten, den Übergang zu mehr Ganztagschulen sowie ein breites Freizeit- und Ferienangebot (einschließlich Erhalt der Ferienlager) bei Anerkennung der erzieherischen Verantwortung der Eltern,
- unentgeltliche Schul- und Bildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr, für eine demokratische Gesamtschule als staatliche Regelschule bis Klasse 10, für die unentgeltliche berufliche Erstausbildung in Verantwortung des Staates,
- die Sicherung eines Ausbildungsplatzes für jeden Schulabgänger sowie anschließend einer Arbeitsstelle mit 3jähriger Beschäftigungsgarantie,
- Meinungs- und Gewissensfreiheit der LehrerInnen und gegen jegliche Berufsverbote sowie für die freie Wahl der pädagogischen Mittel und Methoden,
- rechtlich fixierte demokratische Mitbestimmung der SchülerInnen, StudentInnen, Auszubildenden, Eltern und PädagogInnen,
- die Finanzhoheit der Länder und Kommunen auf dem Gebiet der Bildung.

Wir wollen dazu beitragen, daß Deutschland an seine humanistischen Traditionen als Land der Wissenschaft anknüpft. Die LINKE LISTE/PDS setzt sich für die Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und die Gewährleistung der Einheit von Forschung und Lehre ein. Für unverzichtbar halten wir bei der Neufassung des Hochschulrahmengezetzes:

— die Fixierung der politischen Verantwortung der Wissenschaft im Erziehungsauftrag und die

Orientierung auf die Ideale Frieden, Humanismus, Demokratie und Universalität. (In diesem Rahmen sollen die wissenschaftlichen Einrichtungen eigenverantwortlich über Lehrprogramme und Ausbildungsinhalt entscheiden können);

- die rechtliche Sicherung einer wirksamen Interessenvertretung für Lehrende und Studierende an Hochschulen und Universitäten auch auf Länder- und Bundesebene;
- den schrittweisen Abbau des Numerus clausus;
- die Anerkennung des Studiums als Berufsabsatzzeit, so daß Absolventen, die keine Arbeit finden, einen Anspruch auf Arbeitslosengeld besitzen und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Wir fordern eine Neuordnung der staatlichen Ausbildungsförderung, die vom Prinzip der Elternunabhängigkeit ausgeht und eine soziale Grundsicherung der StudentInnen nach einer einheitlichen Regelung in Deutschland gewährleistet.

Wir treten ein für die bundesweite Gleichstellung der Bildungsabschlüsse der Länder und fordern die Anerkennung aller in der DDR erworbenen Schul-, Berufs- und Studienabschlüsse sowie der akademischen Grade in der BRD und der EG.

Wir sind für eine aus der öffentlichen Hand finanzierte Hochschulforschung, insbesondere für die Bereiche der Grundlagenforschung.

Wir fordern strenge öffentliche Kontrolle und gegebenenfalls Verbot solcher Forschungen, die für militärische oder andere inhumane Zwecke mißbraucht werden können.

Die wissenschaftliche Ausbildungs- und Forschungskapazität der bisherigen DDR darf nicht zerstört werden. Wir sind für eine Zukunft und gegen die Zerschlagung der bisherigen Akademie der Wissenschaften, der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in den Ländern der DDR. Ihre künftigen Strukturen dürfen nicht am grünen Tisch entschieden, sondern müssen mit den Betroffenen paritätisch beraten werden.

Wir fordern die Anerkennung aller in der DDR erworbenen Berufsabschlüsse und akademischen Grade in der BRD und der EG. Wo eine Angleichung der Ausbildungsniveaus erforderlich wird, müssen postgraduale Weiterbildungskurse angeboten werden.

Für eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft

Die LINKE LISTE/PDS tritt für die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung junger Leute ein, für eine Kinder- und Jugendpolitik, die Kinder und Jugendliche als Partner akzeptiert und Entscheidungen nicht über ihre Köpfe hinweg trifft.

Wir streiten für die Verwirklichung ihrer Grundrechte auf Mitbestimmung, Arbeit und Bildung, Freizeit, Erholung und Reisen, auf ein Leben in Frieden und gesunder Umwelt sowie auf Förderung ihrer Individualität.

Fortschrittliche Kinder- und Jugendpolitik muß dafür die Voraussetzungen schaffen, frei von Bevormundung sein und allen Heranwachsenden — unabhängig von Geschlecht und Herkunft, Weltanschauung und sexueller Orientierung — Spielraum für die chancengleiche Entfaltung von Kreativität und selbstbestimmte Zukunftsgestaltung bieten.

Deshalb fordern wir:

- die gesetzlich garantierte Sicherung der demokratischen Mitbestimmungs- und Teilhaberechte für Kinder und Jugendliche in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere hinsichtlich der Mitwirkung stimmberechtigter Vertreter der Jugendverbände in allen Jugendhilfeausschüssen;
- gesetzlich geregelte Grundlagen für die Tätigkeit von Räten und / oder anderen Formen der außerparlamentarischen Interessenvertretung Jugendlicher;
- die gesetzlich fixierte Förderungsverpflichtung

des Bundes, der Länder und Kommunen für die Absicherung selbstbestimmter Kinder- und Jugendarbeit freier Träger und den bedeutenden Ausbau der Zuwendungen für Jugend- und Studentenverbände aus dem Bundesjugendplan.

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen treten wir ein für:

- die Ratifizierung und Einhaltung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes;
- die Entfaltung einer reichen Kinder- und Jugendkultur, die Individualität ermöglicht und Talente allseitig fördert, sowie die Schaffung des Erhalts und Ausbaus von Jugendmedien (z.B. DT 64, Elf 99);

— die Sicherung der Lebensbedingungen, der Chancengleichheit, der Integration und der Mitwirkung auch für sozial schwache, kranke und gefährdete Kinder und Jugendliche sowie junge Menschen mit Behinderungen;

- die besondere Unterstützung von kinderreichen Familien und anderen Lebensgemeinschaften, einschließlich der Bereitstellung von angemessenem Wohnraum mit niedrigen Mieten;
- die kostenfreie medizinische Betreuung von Kindern und Jugendlichen bis zum Eintritt ins Berufsleben;

- die Förderung und Unterstützung alternativer, selbstverwalteter Projekte der Kinder- und Jugendarbeit;
- den Ausbau vielfältiger Freizeit-, Sport- und Reisemöglichkeiten;
- den Schutz und wirksame Hilfe bei Gefährdung durch Prostitution, AIDS, Drogensucht und Alkoholmissbrauch.

Die LINKE LISTE/PDS bietet der demokratischen Kinder- und Jugendbewegung Zusammenarbeit und Unterstützung an, ohne sie vereinnahmen zu wollen.

In der LINKE LISTE/PDS sollen junge Menschen — Mitglieder und SympathisantInnen — ein weites Betätigungsfeld für die phantasievolle und kreative Diskussion und Praktizierung neuer alternativer Gesellschaftsentwürfe und damit für eine selbstbestimmte, zukunftsorientierte Lebensgestaltung haben.

Mit unserer Kandidatur zum Bundestag wollen wir denen Rückhalt geben und Mut machen, die von der rigorosen Anschlußpolitik sozial, kulturell und politisch ins Abseits gedrängt werden und die sich weder das Denken noch den Mund verbieten lassen wollen. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die jeweils fortschrittlichsten demokratischen, sozialen, ökologischen Standards — egal aus welchen der bislang zwei Staaten sie kommen — als Alternative zum Abbau von Rechten in beiden Teilen Deutschlands zur Diskussion stellen.

Dafür kandidieren wir zum Bundestag, und dafür wollen wir uns in außerparlamentarische Bewegungen einbringen. Wir tun das auch mit der Bevölkerung, die Rolle von politischen Parteien in gesellschaftlichen Bewegungen immer wieder von diesen Bewegungen selbstkritisch überprüfen und bestimmen zu lassen.

Die LINKE LISTE/PDS will unterschiedliche DDR- und BRD-Identitäten nicht verdrängen, sondern Neues daraus gewinnen. Wir wollen eine Kooperation zwischen der gewerkschaftlichen, feministischen, ökosozialistischen und antistalinistischen Linken und wissen um die Schwierigkeiten dieses Neubeginns. Die LINKE LISTE/PDS vertraut darauf, daß sich immer mehr Menschen in Ost und West in den vergangenen Jahren demokratisches Wissen angeeignet und in Widerstandsaktionen Zivilcourage und Selbstbewußtsein erworben haben.

**LINKE LISTE/PDS — FÜR
EINE STARKE, LINKE OPPOSITION!**

Frauenalltag in der DDR

„Wir müssen uns gemeinsam stark machen“!

Stuttgart. Dies war eine der Forderungen, die ausgesprochen wurden bei einem Treffen von Frauen aus der DDR und der BRD, organisiert vom Frauenarbeitskreis der VHS Stuttgart. Diskutiert wurde über den Frauenalltag in der DDR zwischen Erwerbsleben und Familie, über das Auseinanderklaffen zwischen sozialistischen Gleichstellungsanspruch und patriarchaler Wirklichkeit und über mögliche Formen gemeinsamer frauenpolitischer Arbeit.

Auch wenn die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen Unzufriedenheit auslösten, die sozialen Errungenschaften, die seit der Staatsgründung der DDR erreicht wurden, sind beeindruckend. Dem Gesetz nach waren sie gleichberechtigt gewesen. Natürlich hatte es für gleiche Arbeit gleichen Lohn gegeben, und um die Rahmenbedingungen berufstätiger Mütter möchten sie die BRD-Frauen beneiden. Nach der Geburt eines Kindes konnte die Frau das Baby-Jahr in Anspruch nehmen, das vergleichbar ist mit unserem Erziehungsjahr. In Relation zum Verdienst erhielten die Frauen in diesem Jahr jedoch mehr Geld, als die West-Frau mit ihrem Erziehungsgeld bekommt. Statt nur fünf Tage wie bei uns konnten die Frauen aus der DDR zwischen vier und dreizehn Wochen zuhause bleiben bei Krankheit des Kindes. Die Versorgung mit Kinderkrippen lag bei 80 %, die mit Kindergärten und Ganztagschulen bei 100 %. Bezahlt werden mußte für die ganztägige Kinderbetreuung nichts, lediglich für das Essen mußten Pfennigbeträge entrichtet werden. Durch umfangreiche Maßnahmen in der Erwachsenenbildung wurden für berufstätige Frauen und insbesondere für berufstätige Mütter Voraussetzungen geschaffen, die es ihnen ermöglichen, sich auf besonderen Bildungswegen weiterzuqualifizieren. In der DDR waren bisher über 90 % der Frauen berufstätig und somit ökonomisch unabhängig, d.h. eine Frau mit Kindern konnte von ihrem Verdienst sparsam zwar, aber doch unabhängig vom Mann leben. Berufstätigkeit gehörte zur Identität der DDR-Frau.

In den mittleren Bereichen von Politik und Wirtschaft waren die Frauen der DDR weit mehr vertreten als in der BRD. Nach oben hin aber wurde es dünn. Und nicht nur hier zeigten sich die Widersprüche zwischen dem hohen Maß formaler Gleichberechtigung und dem ganz normalen Frauenalltag. Die sozialpolitischen Maßnahmen (z.B. das Baby-Jahr) waren stark auf die Frauen ausgerichtet gewesen. So hatte der Staat einerseits die Mutterrolle stark betont, aber den Frauen auf der anderen Seite die Berufstätigkeit abgefördert. Aber auch in der DDR wurde das Baby-Jahr beruflich als Ausfallzeit gewertet, während die Armeezeit der Männer bei der Ge-

haltsentwicklung etwa als Berufsjahr anerkannt wurde. Auch in der DDR blieben in der Regel die Mütter zuhause, wenn das Kind krank war. Die Männer konzentrierten sich auf die Karriere, während sich die Frauen zwischen Familie und Beruf zerteilten und mitunter noch Druck von den Betrieben bekamen, wenn sie die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte wahrnehmen wollten. Auch in der DDR wurden Frauen abgedrängt in typische Frauenberufe, die auch in der DDR schlechter bezahlt wurden.

Auf dem Treffen in Stuttgart warnte eine der Gästinnen davor, die inhaltlichen Diskussionen in den Vordergrund zu rücken. In der jetzigen Situation heiße es erst mal, den Rahmen zu erhalten. Denn nach dem Anschluß werden nun als erstes die sozialen Errungenschaften kaputtgeschlagen. Schon jetzt werden Kindergarten geschlossen. Die Frauen in der DDR haben Angst vor dem Kreislauf: Arbeitslosigkeit, keinen Kindergarten- oder Krippenplatz mehr, keine Möglichkeit, wieder eine Arbeitsstelle anzunehmen.

Warum sind die Frauen jetzt so sehr in der Defensive? Sie waren ebenso wie die Männer bei den Herbstdemonstrationen dabei. Warum haben sie so wenig Gewicht, daß sie nicht mal das Erreichte verteidigen können? In der offiziellen Politik ist der weibliche Einfluß gering. Es sind eben auch nicht diejenigen Männer und Frauen an der Macht, die das Ende der Honeckerregierung herbeigeführt hatten, sondern regiert wird wieder von Reaktionären. Dann muß die Frauenbewegung auch erst zu sich selbst finden. Da der Diskussionsprozeß und die demokratischen Erfahrungen in der DDR bisher fehlten, steckt auch die Frauenbewegung noch in den Anfängen.

Die Menschen in der DDR seien gelähmt durch die Währungsumstellung. Existenzangst gehe um, Angst vor dem, was auf einen zukommt. Die Begleitumstände der Umstellung auf die DM seien erniedrigend. „Wir werden psychisch kaputtgeschlagen“. Die Betroffenheit darüber liegt nicht nur bei den DDR-Frauen. Auch für die Frauen aus der BRD gehen Chancen verloren, die Vorteile der DDR in einer gemeinsamen Zukunft zu erhalten.

Bleibt als Fazit, was die DDR-Frauen von uns erwarten. Nach dem Anschluß müssen sie sich mit kapitalistischen „Errungenschaften“ herumschlagen wie Steuerrecht, Schuldrecht, Arbeitslosigkeit, Umschulungsprogramme. Die Frauen aus der DDR wollen einen Austausch, um aus den jeweils vorhandenen Werten gemeinsame frauenpolitische Forderungen zu entwickeln, die über die Streichung des § 218 hinausgehen.

Interessierte Frauen können sich mit dem Frauenarbeitskreis der VHS in Verbindung setzen, Hölderlinstr., 7 Stuttgart 1. — (E.S., M.H.)

Veranstaltung der Bunten Hilfe „Stammheim — es reicht“

Stuttgart. Etwa 600 Besucherinnen und Besucher folgten am 7.9. dem Aufruf der Bunten Hilfe zur Protestveranstaltung gegen das Verfahren gegen Luitgard Hornstein im DGB-Haus. Die Informationsstände waren vor und nach der Veranstaltung von Interessierten umlagert. Im Begrüßungsbeitrag der Veranstalterin wurde das Motto erläutert. „Stammheim“ — das umfasste nicht nur das Hochsicherheitsgefängnis und den Gerichtsbunker. „Stammheim“ sei als Denksperre in die Kopfe eingewandert. Die gelte es aufzubrechen. Der Beitrag von Ingrid Strobl und ein Dia-vortrag aus Hamburg schilderten sinnlich nachvollziehbar die Auswirkungen von Isolation im Knast. Weitere Beiträge der Prozeßgruppen aus Düsseldorf und Stuttgart gingen auf das laufende Verfahren und die dagegen gerichtete Mobilisierung ein. — (tz)

Städtepartnerschaft Köln - Cizre gefordert

Köln. Etwa 100 Leute nahmen am 31.8. in der „Alten Feuerwache“ an der Veranstaltung des AK Kurdistan, Allerweltshaus u.a. mit Angelika Beer (MdB, Grüne) und Hüseyin Celebi (Kurdistan-Komitee) zur Entwicklung in Kurdistan teil. Auf Vorschlag von Angelika Beer verabschiedeten die Teilnehmer einstimmig eine Resolution, in der sie „die Ratsfraktion der Grünen auffordern“, sich für eine Städtepartnerschaft Kölns mit der kurdischen Stadt Cizre einzusetzen und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Wir sehen in einer solchen Initiative einen Schritt, um dem Kolonialterror der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung entgegenzutreten und über die Lage und den Widerstand der kurdischen Bevölkerung zu informieren.“ Angelika Beer hatte berichtet, daß sie vom Bürgermeister von Cizre gebeten worden sei, sich für eine solche Städtepartnerschaft einzusetzen. Inzwischen hat die Ratsfraktion den Arbeitskreis zu einem Gespräch eingeladen. — (rül)

Bahnpolizei zerrte 42 Sinti aus dem Zug

Hannover. In brutaler Manier holte die Bahnpolizei am 20.8. 42 rumänische Sinti, überwiegend Frauen und Kleinkinder, aus dem Zug Hannover-Berlin, den sie gerade bestiegen hatten. Ein Augenzeuge: „Die Beamten haben die Leute wie Vieh vom Bahnhof getrieben.“ Nachdem den Sinti zunächst ein Diebstahl unterstellt wurde, stellten Augenzeugen fest, daß sich einige Mitreisende dadurch „belästigt“ fühlten, daß einige Frauen ihre Babys stillten, worauf der Zugleiter den Weitertransport der Sinti verweigerte. Der Sprecher der Bahnpolizei erklärte, dazu sei der Zugleiter berechtigt gewesen, auch wenn die Leute gültige Fahrkarten hätten. — (rec)

Veranstaltung des DGB — Kundgebung der BoA

München. Die Podiumsdiskussion des DGB München stand unter dem Motto: „Antikriegstag in Friedenszeiten?“. Themen waren u.a. die Behauptung des DGB-Vorstandes, daß in Europa die Wege für eine neue, dauerhafte Friedensordnung geebnet seien, das Problem Rüstungskonversion und Arbeitslosigkeit sowie die Höhe des Rüstungshaushaltes. Redner aus dem Publikum bezogen Positionen gegen die Abschaffung des Antikriegstages angesichts der Ausdehnung des Machtbereichs des BRD-Kapitals, des Rüstungsexports der BRD und der Pläne, Soldaten an den Golf zu schicken. Es wurde kritisiert, daß keine Frauen auf das Podium geladen waren, stattdessen ein Offizier der Bundeswehr Platz nehmen konnte. Auf eine von der BoA-Initiative (BRD ohne Armee) durchgeführten Kundgebung kamen nur etwa 30 Menschen, die von ihr verteilt Flugblätter fanden aber guten Absatz. Die BoA wird in München von der DFG/VK, der Kampagne Ziviler Ungehorsam, der Jugendgruppe der IG Medien und der Autonomen Sozialistischen Jugend unterstützt. — (acr, chl)



Stuttgart. Ca. 150 beteiligten sich an einer Kundgebung am Antikriegstag, zu der ein Bündnis unter Forderungen gegen die imperialistische Golf-Aggression und die Beteiligung der BRD daran aufgerufen hatte. Auf der von 40 Leuten besuchten DGB-Veranstaltung am 4.9. sprach sich Referentin K. Benz-Overhage vom IGM Hauptvorstand gegen Bundeswehr-Auslandseinsätze und Grundgesetzänderung aus. — (heb)



Essen. 200 bis 250 Leute beteiligten sich am Antikriegstag trotz Regens und einer parallelen Veranstaltung der DGB-Jugend an den Aktionen des Friedensforums. Vertreten waren mehrere antiimperialistische Initiativen, das Antifa-Forum, DKP, MLPD, VVN/BdA, Volksfront, die Grauen Panther, Pax Christi und die Grünen. Die Kundgebungsbeiträge richteten sich gegen die Rüstungs-Politik der BRD, den weltweiten Einsatz der Bundeswehr, die Annexion der DDR und die Ostexpansion. An einem A3-Flugblatt, hatten sich neun Gruppen und Organisationen beteiligt. — (wof)



Hamburg. Nachdem der DGB trotz drohender US-Aggression am Golf und trotz drohenden Kriegseinsatzes der Bundeswehr sich nicht entschließen konnte, zu einer Demonstration aufzurufen, hatte ein Bündnis zu der Aktion aufgerufen. Ca. 1000 Menschen demonstrierten — zu wenig, um druckvollen Widerstand anzukündigen. — (mek)

SEK-Überfall auf Kurdistan-Zentrum

NRW-Landtagsfraktion der Grünen plant Anfrage dazu

Bielefeld. Die ständig fadenscheiniger werdende Beweislage der Generalbundesanwaltschaft im Düsseldorfer PKK-Prozeß treibt das Bundeskriminalamt zu immer abenteuerlicheren Ermittlungsmethoden: So ließ das BKA das SEK

einen bewaffneten Großeinsatz gegen das Kurdistan-Zentrum durchführen, bei dem neun Kinder beinahe zu Tode erschreckt und sieben Festnahmen durchaus nicht zur Dinge machung eines „PKK-Terroristen“ führten.

Am 2.9. stürmten 30 bis 40 SEK-Beamte in übelster Rollkommando-Manier das Bielefelder Kurdistan-Zentrum und zwangen, Maschinenpistolen im Anschlag, nicht nur die anwesenden Erwachsenen, sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen und sich fesseln zu lassen, sondern auch neun Kinder, sich bärchlings auf den Boden zu werfen, während die Polizisten Türe und Schränke eintretend durch die Räume stürmten.

Am gleichen Abend noch kam eine spontane Versammlung von rund 50 Leuten zustande, die eine Protesterklärung verabschiedeten. Darin heißt es: „Offensichtlich steht dieser Einsatz im Zusammenhang mit dem in Düsseldorf laufenden PKK-Prozeß. Offenkundig sollte mit diesem sachlich in keiner Weise begründeten und völlig überzogenen Polizeieinsatz (ein Kind mußte mit massiven Schockwirkungen ins Krankenhaus gebracht werden!) die Solidarisierung mit den in diesem Prozeß Angeklagten unterdrückt und die in der Bundesrepublik lebenden Kurdiinnen und Kurden eingeschüchtert werden ... Wir müssen in Bielefeld derzeit eine Ent-

wicklung feststellen, die rassistische Ausländerfeindlichkeit begünstigt und anstacheln. Roma und Sinti werden als Räuber und Diebe dargestellt ..., Flüchtlinge ... als Drogendealer und jetzt die Kurden als Terroristen aufgebaut ...“ Zu den unterzeichnenden Organisationen gehörten u.a. die Grünen, VVN/BdA, Internationales Begegnungszentrum (IBZ), Autonome, antikolonialistische Gruppen, VSP, Volksfront sowie eine SPD-Bezirksvertreterin (über deren Unterschrift sich Polizeipräsident Kruse, SPD, anschließend in der Presse als „dummestes“ Unterfangen aufregte).

Bei einer am 3.9. kurzfristig angelegten Pressekonferenz des Kurdistanzentrums erklärte eine Journalistin der Neuen Westfälischen Zeitung (NW), ihr sei von der Polizei mitgeteilt worden, die anwesenden Kinder seien schon so groß gewesen, daß man sie irrtümlich zunächst für Erwachsene gehalten habe. Tatsächlich waren die Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren alt.

Die NW berichtete kritisch über den Polizeieinsatz. Der öffentliche Protest zeigte Wirkung. Am Dienstag veranstal-

tete das Polizeipräsidium eine Pressekonferenz. Das BKA habe dem SEK Bielefeld mitgeteilt, „ein Bielefelder Mitglied der PKK sei bei einem Ladendiebstahl mit einer Pistole ... angetroffen worden“. Allerdings fehlte jede Information, wer das gewesen, wo und wann das passiert sei. Diese völlig ungesicherte Behauptung war dem SEK ausreichender Grund zu seinem bewaffneten Überfalleinsatz. Den Vorwurf der Kurden, SEK-Beamte hätten sie mit Behauptungen wie „Hussein hat Recht, wenn er Euch alle umbringt“ verhöhnt, könne die Einsatzleitung „nach internen Recherchen“ nicht nachvollziehen.

Damit wird die Sache ihr Bewenden nicht haben. Die Mitarbeiterversammlung des IBZ, das der AWO angeschlossen ist, protestierte mit einem erneuten Schreiben gegen den Vorfall. Am Freitag, den 7.9., demonstrierten rund 350 Leute trotz strömenden Regens gegen den Polizeieinsatz. Die Landtagsfraktion der Grünen NRW wird mit nächster Frist eine Anfrage an das Landesinnenministerium als verantwortlichem Dienstherr des SEK zu dem Polizeieinsatz in Bielefeld stellen. — (ads)

Vereinbarung Zentrallager

Einfluß auf Arbeitsorganisation genommen

Hannover. Das wesentliche Bauprojekt im Investitionsprogramm der letzten zwei Jahre der Kommunalfahrzeugfirma Schörling war ein EDV-verwaltetes Zentrallager. Die bisher in verschiedenen Produktionshallen verteilten Lagerstellen wurden in einem Hochregallager konzentriert. Ein EDV-System verwaltet die Lagerstellen.

Nach der Inbetriebnahme des Lagers forderte der Betriebsrat eine Regelung über die Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung für das betroffene Lagerpersonal. Die Verhandlungen scheiterten, eine tarifliche Schlichtungsstelle legte fest, daß niemandem Nachteile entstehen dürfen. Ferner sollten die Einzelheiten einer Regelung innerbetrieblich weiterverhandelt werden. Betriebsrat und Geschäftsführung unterzeichneten jetzt eine Betriebsvereinbarung. Die wichtigsten Regelungspunkte daraus sind folgende:

- Kündigungen aufgrund der Inbetriebnahme des Lagers werden ausgeschlossen, ebenso soziale Nachteile, insbesondere Abgruppierungen.
- Eine Bestandsaufnahme menschengerichteter Arbeitsgestaltung wird durchgeführt.

- Ein Reklamationsverfahren zur Korrektur belastender Arbeitssituationen für Arbeitnehmer wird als Bestandteil des betrieblichen Arbeitsschutzesystems

eingeführt. Reklamationszettel gehen bei Beschwerden an den zuständigen Sicherheitsbeauftragten, in Kopie an den Betriebsrat. Der Arbeitsschutzausschuß hat diese Reklamationen zu behandeln.

— Die Möglichkeit eines „Pilotprojektes Gruppenarbeit“ wird festgehalten.

— Im Lager gilt eine Mindestbesetzung von 17 Arbeitsplätzen (erstmalige Vereinbarung einer Besetzungsregelung im Unternehmen).

— Die Tätigkeiten im Lager werden dokumentiert.

— Bei der Besetzung von Arbeitsplätzen ist neben der Qualifikation als sozialer Gesichtspunkt die Dauer der Betriebszugehörigkeit zu berücksichtigen.

— Bei Änderung von Arbeitsplätzen und bei Versetzungen sind Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung durchzuführen. Aus- und Weiterbildungmaßnahmen sind Arbeitszeit, die Kosten trägt das Unternehmen.

— Geschäftsleitung und Betriebsrat prüfen auf Wunsch von Arbeitnehmern die Möglichkeit zum Vorruestestand.

Zum Streitpunkt wurde nach dem Vereinbarungsabschluß die Eingruppierung des Lagerpersonals. Der Betriebsrat erreichte, daß alle, die EDV-Bedienung machen, in die Sachbearbeiterhaltsgruppe kamen, die Staplerfahrer und Kommissionierer in die Facharbeiterklohngruppe. — (gka)

Bosch-Konzern macht „High-Tech-Abteilung“ dicht

Karlsruhe. Der Bosch-Konzern hat der Belegschaft in Rüppurr überfallartig mitgeteilt, daß bis Ende des Jahres alle 70 Beschäftigten der Abteilung Automatisierungssysteme entlassen werden. Die Abteilung arbeitet unwirtschaftlich. Die IG Metall vermutet, daß die Konzernstrategie — Konzentration auf das neue Kraftfahrzeug-Geschäft in Osteuropa — der Grund für die Schlüsselung ist. Die Abteilung, die sich mit dem Computer im Produktionsprozeß befaßt, ist — so die IG Metall — eine „Zukunftsfabrik, in der Pionierarbeit geleistet wird.“ Die IGM hat den Konzern aufgefördert, die Entscheidung zurückzunehmen. Die Grüne Liste hat den Gemeinderat aufgefordert, die Kriterien der städtischen „High-Tech“-Wirtschaftsförderung, in deren Genuss insbesondere auch Bosch kam, neu zu überdenken. — (map)

HBV und DAG gegen Gehaltskürzungen

Hannover. Der Einzelhandelsverband Niedersachsen plant, die bisherige Einteilung des Tarifgebiets in zwei Ortsklassen um eine dritte zu erweitern. Diese Ortsklassen sind nur noch in Niedersachsen üblich und differenzieren die Beschäftigten nach „Wirtschaftskraft der einzelnen Region“, Abstand zwischen den Klassen jeweils 2,5 % des Bruttogehalts. Nach Vorstellung des Verbandes sollen nur noch wenige Städte in der Ortklasse 1 bleiben, die meisten sollen herabgestuft werden, um eine „stärkere Differenzierung der allgemeinen Tarifanhebung“ zu erreichen. DAG und HBV, die sich für die Streichung der Ortsklassen einsetzen, kündigten Aktio-

Ermittlungen gg. Gildemeister wegen Rüstungsexport

Bielefeld. Seit einem Jahr ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Die Tochtergesellschaft Gildemeister-Projecta hatte als Generalunternehmer allein für 22 Mio. DM Ausrüstungsmaterial (Pläne, Fräsen, Drehbänke) an den Irak für dessen Projekt SAAD 16 in Mosul geliefert. Nach Gildemeister-Darstellung „vergleichbar mit Einrichtungen an Universitäten“. Tatsächlich soll dort, nach Berichten des Stern, September 1989, Giftgas hergestellt werden. Zum Ausgang des Verfahrens äußerte sich die Bielefelder Staatsanwaltschaft folgendermaßen: „Wenn nichts wäre, würden wir längst nicht mehr ermitteln.“

Die Gruppe irakischer Studenten in Bielefeld, der Kreisverband der Grünen, das Kurdistan-Zentrum und der Flüchtlingsrat hatten, unterstützt von SPD-MdB Rixe, in einem offenen Brief Fragen an Gildemeister gestellt und um einen Gesprächstermin gebeten: „Wie konnte Ihr Haus die militärische Nutzung der Einrichtungen ausschließen und die ausschließlich zivile Nutzung sicherstellen? In welchem Zusammenhang stehen die Unternehmungen Ihres Hauses mit dem Einsatz konventioneller und chemischer Waffen gegen die kurdische Bevölkerung im Irak?“ Gildemeister schickte zum Gesprächstermin jemanden, der nichts zu sagen hatte und stritt alles ab. Bleibt die Aussage des Vorstandssprechers auf der Aktionärsversammlung im August 90, daß „aus Versehen“ für die eine oder andere Lieferung die Einholung der Genehmigung „vergessen“ wurde.

Quellen: Stadtblatt Nr. 35, Irak-Information vom 12.8.90 — (stb)



Die Chemiekapitalisten loben den mit der IG Chemie und jeweiligen DDR-Anhängern ausgehandelten Tarifvertrag für 300000 DDR-Beschäftigte. Die Tarifeinkommen steigen prozentual um 35% (ca 25% effektiv). Damit werden 40% des BRD-Niveaus erreicht. Weitere „Entgeltspreizung“ ist ermöglicht. Kündigungsverbote und Arbeitszeitverkürzung „konnten vermieden werden“. (BAVC Info-Brief f. Führungskräfte 8/90 — th)

Miserable Lernbedingungen an Hamburgs Schulen

Erster Streit im neuen Schuljahr zwischen Schülern und Eltern und dem Hamburger Senat

Hamburg. Nach gerade erst 2 1/2 Wochen im neuen Schuljahr kam es wegen der unerträglichen Lernbedingungen an Hamburgs Schulen zu einem ersten eintägigen Streik in der Peter-Petersen-Gesamtschule. Über 1100 Schüler und 200

Eltern demonstrierten am 5.9.90 gegen Lehrermangel, Stundenausfall und zu große Klassen. 2 Delegationen überbrachten im Rathaus und in der Schulbehörde eine Mängelliste sowie die Forderung nach Einstellung von Lehrern.

Schon vor den Etatberatungen hatte der Hamburger Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) de Lorent unmissverständlich angekündigt:

„Sollte es für das kommende Schuljahr keinen Nachtragshaushalt geben, der Unterrichtsausfall und Qualitätsverlust der Schule vermeidet, werden wir im September über alle Schulbereiche hinweg gemeinsam einen Protestzug durchführen, vergleichbar dem der Gesamtschulen am 7. Juni. Alle Vorbereitungen dafür werden getroffen.“

Politiker, die Lust haben, drei Monate vor den Bundestagswahlen eine Demonstration von 30000 bis 40000 Schülern, Eltern und Lehrern aus den Schulen an der Hamburger Straße (Sitz der Behörde, Anmerkung des Verfassers) vorbei auf dem Rathausmarkt ziehen zu sehen, sollten in ihrer Unfähigkeit verharren.“

Auf einer Beratung der Hamburger SchülerInnenkammer sowie Elternvertretern mit der GEW wurden jetzt einhellig Aktionstage und eine Großdemonstration zum Rathausmarkt beschlossen. — (rad, AGB)

Siemens schluckt Nixdorf

Sonderschichten und Überstunden in der Produktion

Paderborn. Durch die Zustimmung der Hauptversammlung der Aktionäre am 23.8. wird die Mehrheit der Nixdorf Computer AG von der Siemens AG geschluckt und ab 1.10. zur Siemens Nixdorf Informationssysteme AG (SNI) umgewandelt. Das Nixdorf-Grundkapital von 560 Mio. wird durch den als Sacheinlage eingebrachten Siemens Bereich Daten- und Informationstechnik (DI) = 1,316 Mrd. auf 1,876 Mrd. DM erhöht. Mit dieser Kapitalerhöhung bringt sich das Siemens-Kapital in den Besitz von 91 Prozent der Stammaktien und 78 Prozent des Gesamtkapitals, die Vorzugsaktionäre halten knapp 15 Prozent, die Familie Nixdorf sowie ihr nahestehende Stiftungen repräsentieren rund sieben Prozent. Der Ertragswert des Siemens-Anteils war zuvor von zwei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften auf 7,1 Mrd. DM veranschlagt worden, der Nixdorf-Wert mit 3,017 Mrd. DM. Nixdorf setzte im vergangenen Jahr, bei einem Verlust von einer knappen Milliarde DM, 5,26 Mrd. DM um. Der Umsatz des Siemens DI-Bereichs betrug knapp acht Mrd. DM, bei einem Profit von 250 Mio. DM. Im ersten Halbjahr 1990 machte Nixdorf „nur“ noch 266 Mio. DM Verlust.

Paderborn wird juristischer — und nicht nur „operationeller“ Firmensitz der neuen SNI, die mit 13 Mrd. Umsatz die Nr. 1 der europäischen Computerbranche werden will. Im neuen 7-köpfigen Vorstand werden noch zwei Nixdorf-Leute sein, der Rest wird von Siemens gestellt. Ebenso im Aufsichtsrat: dort wird Siemens-Zentralvorstand Franz neuer Vorsitzender und zwei weitere Zentralvorstandsmitglieder lösen Nixdorf-Aufsichtsräte ab. In Zukunft sollen zehn international agierende Vertriebs-Divisionen, die von etwa 20 regionalen „Zweigstellen“ unterstützt werden, die gemeinsamen Produkte der SNI an den Kunden bringen. In fünf Werken und zwei Systemtechnischen Entwicklungen mit den Hauptstandorten München, Paderborn, Augsburg und Poing sowie Nebenstandorten sollen die Produkte entwickelt und gefertigt werden. Diese Werke sind ertragsverantwortlich. — (mok)

Die Grünen beantragen „Soziales Mietenkonzept“

München. Die Grünen beantragen im Münchner Stadtrat, ein Konzept für ein nach Einkommen und Wohnwert gestaffeltes Mietensystem in den nicht sozial gebundenen Wohnungsbeständen der Landeshauptstadt München und ihrer Wohnungsgesellschaften aufzustellen. Ziel dieses Konzeptes soll sein, auch längerfristig einkommensschwachen Haushalten eine preisgünstige Miete zu ermöglichen. Von Haushalten, die jedoch im Laufe der Zeit ein höheres Einkommen erzielen, sollen entsprechend höhere Mieten bis hin zur örtlichen Vergleichsmiete verlangt werden. Eventuelle Mehreinnahmen sollen der Schaffung von neuem Wohnraum dienen. — (chl)

Sonderschichten

1600 Beschäftigte in der BRD sind bei Nixdorf in diesem Jahr abgebaut worden. Der Personalabbau gilt bis zum 30.9. somit als abgeschlossen. In Paderborn ist noch bis zum 30.6. kräftig Personal abgebaut worden. Kurzarbeit war rigoros abgelehnt worden. Die Produktionsbereiche, und dort die Produktion Elektronik waren besonders betroffen. Seither werden von der Unternehmensleitung (UL) von Monat zu Monat mehr Überstunden verlangt. Allein im August hat der Betriebsrat (BR) für die Produk-

tion Elektronik mehr als 9000 Überstunden genehmigt. In der Leiterplattenfertigung soll eine dritte Schicht eingeführt werden. Mitte August hat die UL 7000 Mehrarbeitsstunden bis Ende September, sowie fünf Sonderschichten ab dem 25.8. für den Bereich Produktion Elektronik und Teile der Produktion Mechanik beantragt. Die Verhandlungen sind nun gescheitert. Dem BR wurden Betriebsvereinbarungen vorgelegt, wonach

— jeder Beschäftigte verpflichtet wird, die Sonderschichten zu leisten
— über Absagen von Sonderschichten wegen fehlendem Material die Betroffenen „zeitgerecht“ informiert werden
— die 3-Schicht-Betriebsvereinbarung die 40-Stunden-Woche vorsieht, was in jeder Schichtwoche drei Überstunden ergibt.

Der BR hat eine pauschale Bezahlung dieser Stunden für alle Schichten, einschließlich Früh- und Spätschicht vorgeschlagen. Die UL bietet nur die Erhöhung der Nachtstundenzulage von 5 auf 6 DM pro Stunde an. Die UL schreibt: „Ihre Forderung, keine betriebsbedingten Kündigungen bis zum 30.6.91 auszusprechen, können wir deshalb nicht erfüllen, weil eine Unternehmensführung die Konjunktur Entwicklung nicht voraussehen kann und wir mit einem solchen Versprechen unsere Verpflichtung zur ordnungsgemäßigen Unternehmensführung verletzen würden. Außerdem besteht für eine solche Forderung des Betriebsrates keine rechtliche Grundlage. Sie kann schon deshalb auch nicht Gegenstand eines evtl. Einigungsverfahrens sein ...“

In einer aktuellen BR-Information heißt es dazu: „... langfristige Beschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind wichtiger als kurzfristige Überstunden und teuer erkaufte Bilanzergebnisse.“

Mehrarbeit kann dort zugestimmt werden, wo sonst Aufträge verloren gehen. Deshalb haben wir für August in großem Umfang Mehrarbeit und der Einstellung von ca. 150 Aushilfskräften zugestimmt.

Überstunden können wir heute akzeptieren, wenn gewiß ist, daß morgen nicht entlassen wird.

— Die Unternehmensleitung hat in den letzten Jahren jede Planung mit dem Argument vorgelegt: Wenn das nicht gemacht wird, schadet dies dem Unternehmen und kostet Arbeitsplätze! Zu oft hat der Betriebsrat der Unternehmensleitung geglaubt. Mit dem Abbau von 3500 Arbeitsplätzen, davon 1000 in Paderborn, wurde dafür bitter bezahlt. Von dem kurzfristigen Aktionismus müssen wir herunter ... Der Betriebsrat hat die Einigungsstelle akzeptiert und den Überstunden am 1.9. nicht zugestimmt. — (luf)



Mit dem „Einigungsvertrag“ hat die Bundesregierung sämtliche gegenüber BRD-Recht vorteilhaften Arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen der DDR — zum Teil mit mehrjährigen Übergangsfristen — gekippt. — (jöd)

Aus Ländern und Gemeinden

Csampai gegen Änderung des Grundrechts auf Asyl

München. „Das Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden“, darauf besteht Münchens 2. Bürgermeisterin Sabine Csampai (Die Grünen) gegenüber der Forderung OB Kronawitters, München dürfe angesichts der Unterbringungsschwierigkeiten keine Asylbewerber mehr zugewiesen bekommen. Sie verweist darauf, daß der Begriff der „politischen Verfolgung“ bereits äußerst eng definiert sei und die Möglichkeiten für Flüchtlinge aus der 3. Welt, den Boden der BRD zu erreichen, massiv erschwert sei, so daß eh nur ein verschwindend geringer Teil der Flüchtlinge aus Afrika, Asien oder Lateinamerika zu uns komme. Csampai wendet sich auch gegen die Weigerung, Angehörige der Ostblockländer als politisch Verfolgte anzuerkennen. Roma und Sinti werden nach wie vor aufgrund ihrer rassischen Zugehörigkeit verfolgt, die Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien können durchaus zu politischer Verfolgung führen. Für Wirtschaftsflüchtlinge sei Verständnis nötig, sei „nicht eine Änderung des Asylrechts angezeigt, sondern großzügige Hilfe der Bundesregierung für diese Länder.“ — (ecg)

Totalverweigerer mit Auflagen begnadigt

Hannover. Nachdem der vorherige Justizminister Remmers (CDU) den Totalverweigerer J. Ahrens zunächst für einen Tag im Gefängnis antreten ließ, bevor er den Hafbefehl wegen des anwaltlichen Gnadengesuchs aussetzte, wurde dem Gnadengesuch nun von der neuen Justizministerin Alm-Merk stattgegeben, allerdings mit folgenden Auflagen: Ahrens muß einen viermonatigen Hilfsdienst in eben der Einrichtung ableisten, in der er damals seinen Zivildienst abgebrochen hat, und es gilt eine dreijährige Bewährungsfrist. Da ihm das Bundesamt für Zivildienst bereits eine neue Einberufung geschickt hat, steht zu befürchten, daß ein zweites Strafverfahren die Begnadigung hinfällig macht. — (rec)

Anfrage zum „Fonds Deutsche Einheit“

Freiburg. Die Gemeinderätin der Linken Liste/Friedensliste stellte folgende Anfrage an die Stadt: „... Wie wir aus anderen Gemeinden erfahren haben, sind die Kommunen verpflichtet, Beiträge für einen „Fonds Deutsche Einheit“ (FDE) zu leisten ... 1. ... auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht diese Verpflichtung? 2. Wie hoch ist die Summe, die von der Stadt Freiburg bisher für den FDE bezahlt wurde? 3. Wie hoch wird die Belastung für die Stadt Freiburg im Doppelhaushalt 1991/92 sein? 4. Wie hoch schätzt die Verwaltung die Gesamtsumme, die die Stadt Freiburg für den FDE aufzubringen haben wird? 5. Unter welchen Haushaltsposten werden die Beiträge für den FDE geführt? 6. Erwarten die Stadt Freiburg für diese Zahlungen in irgendwelcher Art Ausgleichszahlungen durch den Bund? 7. Plant die Stadt Freiburg angesichts dieser Belastungen und der zunehmenden Ausgaben (Sozialhilfe etc.), die durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit begründet sind, einen Vorstoß zu unternehmen mit dem Ziel, den Verteilungsschlüssel der Steuermittel zugunsten der Kommunen zu ändern?“ — (ulb)

pro Familia fordert ambulante Abbruchmöglichkeit

Hannover. Nach dem Vorbild der Pro-Familia-Klinik in Bremen soll auch in Niedersachsen ein Zentrum für ambulante Schwangerschaftsabbrüche eingerichtet werden. Dazu müsse allerdings, wie in den Koalitionsvereinbarungen von SPD und Grünen festgehalten, die Rechtsverordnung des nds. Sozialministeriums von 1976, die das Bundesgesetz über Abtreibungen in Krankenhäusern und anderen dafür zugelassenen Einrichtungen einschränkt, aufgehoben werden. Auch der Präsident der niedersächsischen Ärztekammer sprach sich für die Zulassung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche bei niedergelassenen Frauenärzten aus. Die GABL kündigte eine Anhörung zu diesem Thema im Gesundheitsausschuß des hannoverschen Stadtrats an. — (rec)

Jusos gegen Bezirksverwaltungsreform

Hamburg. Die Jungsozialisten in Hamburg/Altona haben sich gegen die geplante Bezirksverwaltungsreform gewandt. Sie vergleichen die Pläne des Senats, die Bezirksamtsleiter durch den Senat ernennen zu lassen, mit „einem Rittergutsbesitzer des 19. Jahrhunderts, der nach Loyalität seiner Untergebenen ruft“. Stattdessen fordern die Jusos mehr Rechte für die Bezirke. Als Anhaltspunkte werden genannt: Kompetenzverlagerung von oben nach unten, Schaffung eines eigenständigen Haushaltsrechts für die Bezirke und drastische Einschränkung des Evokationsrechts des Senats. — (stg)

Mayer-Vorfelder für den patriotischen Fußballer

Stuttgart. Mayer-Vorfelder, Präsident des VfB und Vorsitzender des Liga-Ausschusses des Deutschen Fußballbundes — im Hauptberuf Kultusminister aufgefallen, weil er seine Amtsgewalt für nationalistische Indoktrination der Schuljugend mißbraucht —, hatte an der Fußballweltmeisterschaft mißfallen, daß dem Sieg-Gegrole die sportlichen Identifikationsfiguren fehlten. Die Fußballer spielten offensichtlich nicht für Nation und Ehre, sondern für Geld. Also appellierte Mayer-Vorfelder an Neid und Nationalismus seiner Fan-Gemeinde. Wer in ausländischen Mannschaften das „dicke Geld“ verdiente, sei für die Nationalmannschaft zu sperren. Die Ablehnung bei den Spielern war einhellig: „Wir Fußballer sind mit der Ablöseregelung sowieso schon in einer Lage, die es in keinem anderen Beruf gibt“ (Buchwald, VfB). Littbarski, Köln, sprach für freie Arbeitsplatzwahl. Illgner, Köln, verlangte, daß Nationalspieler für jedes Länderspiel Geld erhalten sollten, wie anderswo üblich. Auch Bundestrainer Vogts lehnte ab: „Für mich gibt es keine patriotischen Deutschen und Auslandsdeutschen, für mich gibt es nur gute und schlechte Fußballer.“ Mayer-Vorfelder stört die Ablehnung nicht. Er will fanatisierte Anhänger, denen liefert er Stoff. So hat er sich nun gegen den Umbau des Neckar-Stadions gewandt — der Internationale Fußballbund verlangt, daß die Stehplätze wegfallen, um Krawalle zu erschweren. Dadurch, so Mayer-Vorfelder, würde die „Stimmung“ leiden — wofür aber braucht ein Minister zum Schlägern bereite nationalistische Trupps? — (alk)

Jugendpolitik der Stadt Hannover

„Zwischen High-Tech und Rassismus“ / Eine Kritik städtischer Jugendarbeit

Hannover. Alvons Diemer, Beschäftigter im Unabhängigen Jugendzentrum Hannover, zeigt in einem Beitrag der Zeitschrift „Sozial Extra“ vom Dezember 1989, den wir im Folgenden auszugsweise dokumentieren, am Beispiel der Stadt Hannover und ihrer Jugendpolitik, „wie vor dem Hintergrund der Bemühungen von KommunalpolitikerInnen, das Image der Stadt durch Superprojekte im Kultur-, Sport-

und Freizeitbereich aufzupolieren und Hannover als Industriestandort attraktiv zu machen, Ausgrenzung und Verelendung eines Teils der Bevölkerung voranschreiten. Die kommunale Jugendpolitik fängt diese Entwicklung nicht auf, sondern forciert sie noch. Die Folge: Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und rechtsradikale Ideologien finden in randständigen Stadtteilen ihren Nährboden.“ — (ibm)

.... Hannover ist bemüht, seine Attraktivität als Standort für Industrieansiedlung, insbesondere im High-Tech-Bereich, zu verbessern. Durch den Versuch, die Weltausstellung im Jahre 2000 in die Messestadt zu holen, erhoffen sich die Stadtverwaltung und die Landesregierung nicht nur das städtische Image aufzurüsten, sondern einen kräftigen Schub für die Umstrukturierung der Verkehrs-, Wohn- und Lebensbedingungen zu realisieren, um in Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt konkurrenzfähiger zu werden. Die Realisierung dieser Planungen wird den Prozeß der Ausgrenzung und Verelendung eines Teils der Bevölkerung forcieren.

Die sozialpolitischen Anstrengungen, das wird im „Jugendpflegeplan“ deutlich, wahren nicht einmal mehr den Schein, diese Prozesse abfedern zu wollen. Im Gegenteil, die kommunale Jugendpolitik forciert die Polarisierung in „sprachlose Jugendliche“ und „junge Menschen“, die „Muße und Besinnung“ suchen, die „Verantwortung“ und „ehrenamtliches Engagement“ übernehmen.

Der Prozeß der Durchkapitalisierung, insbesondere im Freizeit-Konsum-Bereich, aber auch die Zerstörung des sozialen Feldes in den Stadtteilen durch kapitalistische Sanierung und die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die Angst vor Marginalisierung, das alles scheint Dispositionen zu begünstigen für rassistische und faschistische Ideologien ...

Die Inszenierung von großdimensionierten Spektakeln ist ein Trend, mit dem gesellschaftliche Widersprüche und Krisenscheinungen durch optimistisches Getue überdeckt und den Massen der Menschen positive, nationalistische und „große“ Identifikationsergebnisse verpaßt werden ...

In Kaufgenommen werden muß dabei, daß die Stadt „tote Kosten“ im Bereich der Sozialleistungen nach und nach abwirft. Schwimmbäder werden überflüssig und konkurrenzunfähig gegenüber künstlichen Badeparadiesen ... Jugendzentren können geschlossen werden, weil Spielhöhlen, Discos etc. die Jugendlichen absorbieren. Auch das „Türken-Problem“ soll privatisiert werden ...

Der Jugendpflegeplan will das sozial-integrative Selbstverständnis, das die Jugendpolitik anfangs der 70er Jahre in Hannover bestimmt hat, rückgängig machen durch Ausgrenzung „besonderer Problemgruppen“. Die Jugendzentren der Offenen Tür (OT) sollen zukünftig ihr Konzept nicht mehr an den sog. „besonderen Problemgruppen“ orientieren, sondern an einer „gepflegten Gesellig-

keit“ einer aufstiegsorientierten (und überangepaßten) Jugend. Unübersehbar wird deutlich gemacht, daß auch Angebote im Freizeitbereich funktionalisiert werden sollen, um einen Ausleseprozeß voranzutreiben, um jenes Yippi-Bewußtsein auszubilden, das gesellschaftliche Polarisierungen zwischen Professionell und Arbeitslos, zwischen Reich und Arm, zwischen der „Überholspur des Lebens“ und Leben im Ghetto zeumentiert ...

Es ist kein Zufall, daß gerade Jugendliche türkischer Herkunft die Angebote der Offenen Tür nutzen. Sie haben für sie die Funktion eines Rückzugsgebietes. Die Mangelhaftigkeit der Einrichtungen erweist sich als Vorteil: Es gibt wenig Vorprogrammierungen, so daß die Leerstellen ausgefüllt werden können von den kommunikativen und kulturellen Bedürfnissen dieser Jugendlichen. Es ist für sie wichtig, aus ihren traditionellen Strukturen ... auszubrechen, aber trotzdem in ihrer Muttersprache kommunizieren zu können. Wichtig ist es auch, einen Raum zu haben, wo sie nicht dem permanenten Konkurrenz- und Anpassungsdruck durch die einheimische Mehrheit ausgesetzt sind. Hier können sie einen Teil ihrer Alltagsökonomie organisieren (Hinweise für Jobs, Hilfe auf Ämtern) ...

Um das „Türken-Problem“ zu lösen, werden Überlegungen angestellt, wie es aus den Zentren ausgelagert werden könnte, zumal Befürchtungen laut wurden, die rassistischen Aktivitäten könnten sich von der City weg in die Stadtteile verlagern. Die Verwaltungslogik ist schlicht: Wenn es gelingt, das Türkennproblem privaten, freien oder sonstigen „eigenverantwortlichen“ Trägern zuzuschalten, dann wäre das Problem Ras-

sismus und Faschismus gelöst — für die Stadtverwaltung ... Allen Ernstes wurde innerhalb der Jugendpflege diskutiert, ob es machbar wäre, türkische Kaffeehäuser und Teestuben als Ersatz für die OT-Angebote zu funktionalisieren. Für den Rassismus und neofaschistische Mobilisierbarkeit eines Teils der „deutschen“ Jugendlichen wird eine Art „versteckte Pädagogik“ entwickelt. Nicht für die Angegriffenen und Rausgedrängten soll Verständnis erheischt werden, sondern für die Aggressoren ...

Vielmehr ist immer klarzumachen, auch und gerade den „deutschen“ Jugendlichen, wo die verbindenden Gemeinsamkeiten, das gemeinsame (Klassen-)Interesse zwischen Jugendlichen mit und ohne BRD-Paß liegen.“ Diemer zitiert aus einer ÖTV-Stellungnahme: „... Der Faschisierung unserer Gesellschaft wehren wir nicht, indem wir Krisen- und Koordinationsstäbe mit der Polizei fordern, sondern indem wir dort, wo wir leben und arbeiten, uns gegen faschistische Angriffe und den alltäglichen Rassismus wehren. Insbesondere in den Stadtteilen müssen wir das Bündnis antifaschistischer Kräfte suchen, um einer rassistischen und faschistischen Mobilsierung vorzubeugen ...“

Wir fordern:

— das Verbot sämtlicher faschistischer Organisationen und ein striktes Unterbinden jeglicher Form rassistischer und faschistischer Organisierung, Propaganda und Aktion

— den Ausbau antifaschistischer Bildungsarbeit in allen Bereichen der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen

— den Personalausbau in der offenen Jugendarbeit, ohne den eine inhaltliche tiefgreifendere pädagogische Arbeit nicht leistbar wäre.“



Das selbstverwaltete unabhängige Jugendzentrum Glocksee wurde in jahrelangen Kämpfen gegen die Streichungsabsichten der Stadt Hannover durchgesetzt.

Stadt Augsburg lehnt Duldung ab

Bengalen flüchten aus Bayern nach Hildesheim

Augsburg. Über neun Monate lebten sieben abgelehnte Asylbewerber aus Bangladesch in Kirchenasyl bei der katholischen Kuratie St. Johann Baptist in Augsburg-Göggingen. Am 27.8. flohen sechs von ihnen in die lutherische Matthäus-Kirchengemeinde nach Hildesheim. Was war geschehen?

Viele haben alles nur Denkbare unternommen, um ihre lebensbedrohende Ausweisung abzuwenden. 11 000 Augsburger unterschrieben die Forderung nach ihrer Duldung. Der Landtag verweigerte diese aber mit 97:42:10 Stimmen. Innenminister Stoiber untersagte jedes Entgegenkommen, eine städtische Duldung auszusprechen sei rechtswidrig. Der zuständige Augsburger Referent folgte der unmenschlichen Linie, ab 15.8.1990 sei der Aufenthalt der Bengalen illegal. Die Stadt Nürnberg hat in einem ähnlichen Fall die Duldung bis November erweitert. Man muß sich also nicht an Stoibers Meinung halten.

Das von den Betroffenen angerufene Verwaltungsgericht Augsburg untersagte am 16.8. der Stadt die Ausweisung. Dies erregte den Referenten, der das Ge-

richt für unzuständig erklärte: Für Asylfragen sei das Ansabacher Gericht zuständig. Die Gerüchten bleiben jedoch bei ihrem Standpunkt, daß sie erst nach Aktenprüfung entscheiden können.

Die Gerichtsentscheidung hatte Luft verschafft, die der Oberbürgermeister erneut verpestete. Unter Umständen hätte es ohne den Richterspruch einen Polizeieinsatz in der Kirche gegeben, erklärt er auf zahlreiche Forderungen für eine humanitäre Lösung. Sein einziges Angebot war die vom Augsburger Bischof vorgeschlagene „Weiterreise“ nach Pakistan, obwohl die Bengalen diese begründet abgelehnt hatten.

Am 27.8. meldete die Presse: Sechs Bengalen untergetaucht, einer will freiwillig nach Bangladesch zurückkehren. Drei Tage später hob das Augsburger Verwaltungsgericht nach 14tägiger Prüfung seinen Beschuß auf und überwies den Fall nach Ansbach. Jetzt wäre der angebrochene Staatsakt erfolgt.

Die Flüchtlinge leben nun in Hildesheim. Am 30.8. reichten sie beim niedersächsischen Landtag eine Petition für eine vorläufige Duldung ein, um weitere

Beweise für die drohende Verfolgung in Bangladesch erbringen zu können. Während der Augsburger SPD-Landtagsabgeordnete Horst Heinrich den niedersächsischen Ministerpräsident Schröder (SPD) um Unterstützung bat, ersuchte die Augsburger Abschiebebehörde Hildesheim um Amtshilfe. Für den Chef des Hildesheimer Einwohneramtes ist zu „99,9 Prozent sicher“, daß der niedersächsische Landtag die Petition nicht annehmen werde. Denn zuständig sei nach wie vor Bayern und nicht das nördlichste Bundesland. Zwar werde in Niedersachsen in der Regel nicht abgeschoben, sobald von Ausländern eine Petition eingehe. Adolf Kayser von der Landtagsverwaltung verweist allerdings auf zurückliegende Fälle, in denen Asylbewerber wieder nach Bayern zurückgeschickt wurden, „wir können nicht Fluchtländer für Bayern sein“. Die rot-grüne Regierungskoalition hatte bei Regierungsantritt erklärt, sie werde abgelehnte Asylbewerber nicht mehr in Krisengebiete abschieben. Bis zur Innenausschusssitzung am 18.9. will man keinen Behördenzwang ausüben. — (baf)

Unzureichende Entschädigung von Zwangsarbeitern

Hoffnung auf „biologische Lösung“? — Verstoß gegen Völkerrechtspflichten! / Hintergründe der Auseinandersetzung zwischen der BRD und Polen

Die sogenannte Wiedergutmachung in der BRD verdient ihren Namen nur zum Teil. Diejenigen, die eine Entschädigung bekommen, waren unwürdigen bürokratischen Schikanen unterworfen. Ein Großteil der Opfer des Faschismus aber ging leer aus, war als nicht anspruchsberechtigt definiert worden. Dazu gehören als größte Gruppe die Zwangsarbeiter. Die Entschädigung der Zwangsarbeiter war im Ausland ein Thema hoher politischer Brisanz. Ganz anders in der BRD, wo es bis heute in der Öffentlichkeit ignoriert wird. Die berechtigten Forderungen von polnischer

Seite, die neben der UdSSR das Gros der Zwangsarbeiter stellte, werden von der Bundesregierung seit Jahrzehnten „überhört“. Seit einem Jahr liegt dem Innenausschuss des Bundestags je ein Gesetzentwurf der SPD und der Grünen für die Errichtung einer Stiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter vor. Am 25. Juni 1990 wurde die Klage einer ehemaligen Zwangsarbeiterin bei Siemens, die vorenthaltenen Lohn, Rentenversicherungsbeiträge und Schmerzensgeld forderte, vor dem Landgericht München abgewiesen. Ihre Ansprüche seien verjährt. Das Volkswagenwerk

verwies jüngst seine Zehntausende von Zwangsarbeiter auf die ferne Zukunft, bis eine in Auftrag gegebene Untersuchung fertiggestellt sei. Zwangsarbeit war ein Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das kann nicht verjähren. Die ehemalige Siemens-Zwangsarbeiterin, mittlerweile 70 Jahre alt, hofft in der nächsten Instanz auf eine größere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Die Bundesregierung setzt auf eine biologische Lösung des Problems. Die ehemaligen Zwangsarbeiter sind mittlerweile durchschnittlich 67 Jahre alt. (edc)

Das Deutsche Reich beschäftigte insgesamt 7,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte, darunter 1,9 Millionen Kriegsgefangene, 5,7 Millionen zivile Arbeitskräfte, davon 1,7 Millionen Polen, 2,8 Millionen Sowjets und 1,3 Millionen Franzosen. (U. Herbert 1985, S. II). Nur 200000 waren Freiwillige. Der typische Zwangsarbeiter war die 18jährige Schülerin aus Kiew oder die 20 Jahre alte Bäuerin aus einem polnischen Dorf, eingefangen von der SS nach Ummzingelung des Orts, nach Erstürmung der Schule oder ergriffen und verschleppt nach dem Kino- oder Gottesdienstschluß. Mindestens die Hälfte der osteuropäischen Zwangsarbeiter mußten aus „rassehygienischen“ Gründen weiblich und jung sein. Im April 1940 ordnete die Regierung des Generalgouvernements die Arbeitspflicht in Deutschland für alle Jahrgänge zwischen 1915 und 1925 an.

In reinen Rüstungsbetrieben waren bis zu 50 % der Beschäftigten ausländische Zwangsarbeiter, ebenso in der Landwirtschaft. Im Metall-, Chemie-, Bau- und Bergbausektor stellten sie etwa ein Drittel. Ohne den Einsatz dieser Arbeitskräfte wäre weder die landwirtschaftliche Produktion noch die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches aufrechterhalten, ja der Krieg nicht führbar gewesen.

Die Behandlung der polnischen Zwangsarbeiter

Die „Ostarbeiter“ standen am unteren Ende der rassistischen Hierarchie und wurden besonders barbarisch behandelt. Sie waren in geschlossenen Lagern hinter Stacheldraht untergebracht, ausgeschlossen von Sozialleistungen und Leistungen im Krankheitsfall. Die Entlohnung — soweit Lohn überhaupt bezahlt wurde — und Ernährung war minimal.

Gegenüber den Polen bestanden spezielle Vorschriften. Im Reichsarbeitsblatt, Teil V, Nr. 30 von 1941 über „die Stellung der Polen im Arbeitsleben“ wurden Maßnahmen verlangt, die „sicherstellen, daß der Pole eindeutig gegenüber dem deutschen Volksgenosse abgesetzt wird. (...) Das Beschäftigungsverhältnis, das der deutsche Unternehmer mit einem polnischen Beschäftigten eingeht, ist kein Arbeitsverhältnis im Sinne der für Deutsche gelgenden Vorschriften.“ In der Entlohnung

„muß festgestellt werden, daß die eingesetzten Polen keine durchschnittliche Leistung erbringen. In diesem Fall ist es zweckmäßig, von den Minderleistungsklauseln Gebrauch zu machen.“ Diese Bestimmungen beziehen sich auf Polen, die in den annektierten Ostgebieten arbeiteten; zur Zwangsarbeit deportierte Polen im Reichsgebiet waren noch schlimmere Bedingungen unterworfen.

Der Reichsführer SS hatte einen Katalog mit Sondervorschriften erlassen, der die „einwandfreie Lebensführung“ der Polen im Reich regeln sollte. Dazu gehörte das Reiseverbot, das Verbot des Besuchs von Gaststätten, Kinos, öffentlichen Anlagen, kulturellen Veranstaltungen, Gottesdiensten etc. Die geringste Verletzung von Vorschriften führte zu drakonischen Strafen; für polnische Landarbeiter war die Prügelstrafe zulässig. Sexueller Kontakt mit Deutschen wurde mit öffentlicher Hinrichtung bestraft. Schweren Strafen und öffentlicher Demütigung waren andererseits die betroffenen „ehrvergessenen“ deutschen Frauen ausgesetzt. (Frauen galten überhaupt als „volkspolitisch“ unsichere Faktoren.) Durch die Beziehung mit einem Polen hatten sie nicht nur die deutsche Ehre, sondern die deutsche *Mannesehr* insbesondere verletzt.

Die Polen waren vor allem in der Landwirtschaft auf Großgüter eingesetzt. Danach folgte nach einer Prioritätenliste der Arbeitsverwaltung die Holzwirtschaft, Bergbau, Bahn- und Bauarbeiten, Straßen-, Kanal- und Talsperrenbau, Steinbrüche, Torfgewinnung und Transport als Einsatzgebiete für polnische Arbeitskräfte. Technische und industrielle Arbeiten sollten von einem Volk, das als rassisches minderwertig betrachtet wurde, nicht geleistet werden. Körperlich hart mußte die Arbeit für die Polen sein, eine sichtbare Erniedrigung, gut kontrollierbar, am besten im Koloneneinsatz, Geschicklichkeit eines einzelnen durfte nicht zutage treten. Schon die Arbeit bei einem Einzelbauern war den Faschisten ein Dorn im Auge.

Die Nazis versuchten so, eine ausgeklügelte rassische Differenzierung der Arbeiterklasse durchzusetzen. „Deutscher! Der Pole ist niemals Dein Kamerad! ... vergiß nie, daß Du Angehöriger eines Herrenvolkes bist...“ (dts., S. 81) In einer Anweisung für den Bergbau heißt es: „Es muß als Grundsatz gelten,

Gefährdung der „blühenden Völkergemeinschaft“

Gesetzt den Fall, man ginge von der falschen Prämisse aus, daß Zwangsarbeitsentschädigungen unter die Reparationen fallen, verweist der Gutachter Richter Düx auf folgendes: Da in den sechziger Jahren die Gläubigerforderungen aus dem LSA erfüllt waren, hätte man annehmen können, daß damit auch die Rückstellungsklausel in Artikel 5 (2) ihre Begründung und somit ihre Gültigkeit verloren hat. Zudem ist durch den enormen wirtschaftlichen Aufstieg des BRD-Imperialismus auch die damalige „Geschäftsgrundlage“ weggefallen.

„Bekanntlich wird der Wegfall der Geschäftsgrundlage sowohl im nationalen als auch im internationalen Recht beachtet ... Geschäftsgrundlage des damaligen Londoner Schuldenabkommens war die noch unsichere ökonomische Basis der Bundesrepublik Deutschland, die sich aber bald in erheblichem Umfang verbesserte. Damit entfiel das in Artikel 5 des Londoner Schuldenabkommens vereinbarte Motivatorium für Reparationsforderungen (Dux, S. 162).

Aber auch das wird bestritten. In den Antworten auf zahlreiche Klagen wegen Entschädigung aus Zwangsarbeitsverhältnissen wird auf den führenden Kommentator des LSA Gurksi, eines Beamten aus dem Bundesfinanzministe-

rium, zurückgegriffen. Ziel des Londoner Schuldenabkommens sei es laut Präambel gewesen, „einen Beitrag zur Entwicklung einer blühenden Völkergemeinschaft zu leisten“ ... Normale Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland innerhalb einer „blühenden Völkergemeinschaft“ sind nur bei einem gesicherten Lebens- und Sozialstandard im Innern denkbar, allein die Abschaltung der Forderungen nach Art. 5 des Schuldenabkommens habe es ermöglicht, „daß sich die Bundesrepublik Deutschland an den Verteidigungsanstrengungen der freien Welt, später an der Entwicklungshilfe beteiligen konnte“. Gleches gelte für die Abkommen durch das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die Abkommen mit Israel und der Claims Conference. Würde man nun die Forderungen der ehemaligen Zwangsarbeiter berücksichtigen, so würde das Ziel der „blühenden Völkergemeinschaft“ als Voraussetzung dieser Leistungen gefährdet. Ein gleiches gelte für Forderungen an die privaten Unternehmen, denn diese würden dann so sehr belastet, daß ein Steuerausfall entstünde und somit wiederum der Staat, mithin die „blühende Völkergemeinschaft“ geschädigt würde.“

nach: Herbert, Protokoll Nr. 73, Seite 142

die polnischen Arbeitskräfte über und unter Tage möglichst als Hilfskräfte zu verwenden, um damit Aufstiegsmöglichkeiten für deutsche Volksgenossen zu schaffen. Es sind über Tage die Polen bevorzugt mit gesundheitsschädlichen Arbeiten ... zu beschäftigen. Besser zu behandeln waren die Zwangsarbeiter aus den nordeuropäischen Ländern.

Bei der Befreiung bestand die Mehrheit der KZ-Häftlinge aus Zwangsarbeitern, die wegen irgendeines „Vergehens“ bei ihrem Arbeitseinsatz, wie z.B. „Bummeli“, Widersetzlichkeit, „Faulheit“ oder auch Flucht, von der Gestapo ins KZ eingeliefert worden waren. 90 % der KZ-Häftlinge waren ausländische Staatsangehörige.

Das Nürnberger Tribunal zur Zwangsarbeit

Die führenden Vertreter der IG Farben, Flick und Krupp wurden im Nürnberger Prozeß vor allem wegen der „Beschäftigung von Sklavenarbeitern“ und deren schreckliche Behandlung verurteilt. Die faschistische Ausländerpolitik stand auch im Mittelpunkt der Anklage gegen führende Politiker wie Sauckel, des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, und Speer; trotzdem hat die bundesrepublikanische Öffentlichkeit dieses Thema fast völlig ignoriert, und obwohl *jeder* heute etwa fünfzigjährige Erwachsene, der während des Krieges innerhalb Deutschlands lebte, in irgendeiner Form mit den „Fremdarbeitern“ in Berührung gekommen war.

Das Nürnberger Militärtribunal betrachtete den sogenannten Fremdarbeitereinsatz der deutschen Faschisten ausdrücklich als „Sklavenarbeitsprogramm“, das eine brutal betriebene Deportation Zehntausender von Menschen bedeutete, „wobei viele von ihnen schreckliche Leiden und Grausamkeiten erdulden mußten“.

„Die Einziehung der Arbeitskräfte erinnerte an die schwarzesten Zeiten des Sklavenhandels. In einer Weisung des Angeklagten Sauckel vom 20. April 1942 heißt es: „Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen.““ (aus dem Urteil, Heydecker, Leeb, S. 543).

Die Sklavenarbeit war laut Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs (IMT) vom 8. 8. 1945 ein Kriegsverbrechen und ein Verstoß gegen Art. 52 der Haager Landkriegsordnung und damit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

„Das Sklavenarbeitsprogramm verfolgte zwei Zwecke, die verbrecherisch waren. Der erste Zweck war selbstverständlich die Erfüllung der Arbeitsanforderungen der Nazi-Maschinerie, indem man die ausländischen Arbeitskräfte

so gut wie gegen ihr eigenes Vaterland und seine Verbündeten Krieg zu führen. Der zweite Zweck war die Vernichtung und Schwächung der Völker, die von den Vertretern der Nazirassenlehre als minderwertig oder von den der Weltherrschaft anstreben Nazis als mögliche Feinde betrachtet wurden.“ (nach Düx, S. 154)

Derartige Verbrechen können nach internationalem Recht nicht verjähren. Das Statut des IMT und sein Urteil enthalten nach Auffassung der ausländischen Völkerrechtslehre verbindliche völkerrechtliche Rechtssätze. Nach Artikel 7 des IMT ist neben dem verantwortlichen Organ, also dem Staat, auch das verantwortliche Individuum haftbar. Es entstehen neben Wiedergutmachungsverpflichtungen (Reparationen) des Staats außerdem noch individuelle Ansprüche auf Schadensersatz gegen den Peiniger bzw. gegen dessen Staat. (Stuby, S. 295)

Die Nürnberger Verbrechenskategorien fanden jedoch keinen Eingang in das innerstaatliche Recht der BRD. Das Urteil des IMT wird als einseitige, von den Alliierten durchgesetzte „Siegerjustiz“ bezeichnet, ein Widerspruch zu der ausdrücklichen Bezugnahme des Gerichtshofes auf das „klassische“ Völkerrecht der Haager Landkriegsordnung. (Diemut Majer in „Frankfurter Rundschau“, 27. 6. 1990)

Die Bundesrepublik hat es auch abgelehnt, 1968 der Konvention über die Nichtanwendbarkeit der Verjährungsfrist auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beizutreten. (Stuby, S. 288) So wird Millionen von Zwangsarbeitern bis heute eine Wiedergutmachung oder Entschädigung verweigert, weil nach herrschender Rechtsauffassung die Zwangsarbeit kein NS-Unrecht gewesen sei, sondern eine ganz normale Kriegsmaßnahme zur Beendigung des Arbeitskräftemangels.

Entschädigungsansprüche Polens hinfällig?

Normale Kriegsfolgemaßnahmen ziehen Reparationen nach sich. Die bundesdeutsche Rechtsprechung behauptet einerseits, Polens Reparationsforderungen seien hinfällig, oder andererseits zu früh gestellt. Nach dem Potsdamer Abkommen wurde das deutsche Reparationsvermögen in die „Westmasse“ und die „Ostmasse“ aufgeteilt; aus letzterer plus gewissen Leistungen aus dem Westen sollte die UdSSR ihre Ansprüche einschließlich der Ansprüche Polens befriedigen.

In der Moskauer Erklärung vom 23. 8. 1953 jedoch hat die UdSSR gegenüber der DDR im Einverständnis mit der VR Polen auf weitere Reparationen verzichtet. Der Reparationsverzicht Polens erfolgte aus humanitären Gründen, um die schwierige wirtschaftliche Lage der

Bevölkerung in der DDR durch weitere Sachleistungsreparationen nicht noch mehr zu verschlechtern. Der Verzicht der UdSSR war vorübergehend und nur auf die DDR bezogen, während Polen in den Verhandlungen zum Warschauer Vertrag deutlich gemacht habe, daß dieser Verzicht auch gegenüber der BRD gelte.

Entscheidend ist: Die polnische Regierung hat schon immer ausdrücklich betont, daß die individuellen Wiedergutmachungsansprüche einzelner Geschädigter, die aus Zwangsarbeit entstanden, von dem Reparationsverzicht völlig unberührt bleiben.

Im Februar 1965 trug der polnische Delegierte auf der 21. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission erneut das Problem der Zwangsarbeiterentschädigung vor und kritisierte die westdeutsche Rechtsauffassung. 1969 konkretisierte Polen gegenüber den Vereinten Nationen seine Forderungen, desgleichen im Warschauer Vertrag 1970. Im Dezember 1983 und im April 1984 trafen entsprechende Noten bei der Bundesregierung ein. Beim Besuch von Bundeskanzler Kohl im November 1989 und beim Besuch des Bundespräsidenten von Weizsäcker im Mai 1990 in Polen hat die polnische Regierung ihre Ansprüche erneut wiederholt. Es werde geprüft, wie es.

Im März 1990 trat Kohl mit einem ungeheuerlichen Erpressungsversuch an die Öffentlichkeit: Im Gegenzug für eine deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sollte Polen auf alle Reparationen und Wiedergutmachungen verzichten. Anfang Juni 1990 stimmte das polnische Parlament mit 230 Ja-Stimmen (2 Nein, 18 Enthaltungen) in einer Resolution die Regierung an „energische Anstrengungen“ zu unternehmen, um bei den beiden deutschen Regierungen Entschädigungen für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges zu erwirken („Frankfurter Rundschau“, 27. 6. 1990).

In einer anderen Parlamentsdebatte sagte der polnische Abgeordnete Gawski: „Wenn aber heute Europa erneut seine kulturelle und zivilisatorische Identität aufbauen möchte... dann dürfen schmerzhafte Fragen und das eben die Fragen der Entschädigung der polnischen Kriegsopfer nicht in Vergessenheit geraten und beiseitegeschoben werden. Und deshalb sollten doch all diejenigen, die in Ost und West die Zinsen für die polnischen Schulden so genau berechnen, daran denken, daß sie gegenüber Polen auch Schulden haben.“

Selbst das Europäische Parlament erklärte 1986 in einer Entschließung, daß ein klarer materieller Anspruch auf Entschädigung für Zwangsarbeit besteht.

Dokumentiert: Aus einem Plädoyer für Zwangsarbeiterentschädigung

Reparationen sind Folgen des Kriegsgeschehens, Wiedergutmachungsansprüche Folgen eines begangenen Verbrechens.

Der Deutsche Bundestag ist nicht gehindert, eine Entschädigung für Zwangsarbeit zu beschließen. Es besteht kein Hindernis, den Schadensausgleich für ein deliktisches Verhalten vorzunehmen. Das außenpolitische Ansehen der Republik könnte durch solche Maßnahmen nur gehoben werden.

Das Abkommen über deutsche Auslandschulden vom 27. Februar 1953 (BGBl. 1953 II, S. 331) hindert die Bundesrepublik Deutschland nicht, Entschädigungen an ehemalige Zwangsarbeiter zu zahlen. Selbst wenn man, wie von der höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Bundesregierung bisher unrichtigerweise angenommen, unterstellt, die Forderung der Zwangsarbeiter seien Reparationen, deren Befriedigung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zurückgestellt sei, bildete das keinen Hinderungsgrund für vorzeitige Zahlungen. Es kommt wohl kaum vor, daß ein Gläubiger eine Forderung, die ohnehin nicht verzinst wird, nicht schon vor Fälligkeit gern entgegennahme.

aus dem Gutachten von Dr. Heinz Düx, Vorsitzender Richter am OLG Frankfurt, Protokoll S. I53ff

Londoner Schuldenabkommen

Dem Deutschen Reich und der Großindustrie sind durch die Ausbeutung der Zwangsarbeiter Mittel in bis heute nicht rechneter Höhe zugeflossen. Nahezu zeitgleich eigneten sie sich monatlich ca. 980 Millionen Arbeitsstunden an. (Majer).

Die BRD-Imperialisten waren und sind aus finanziellen Gründen nicht bereit, eine umfassende Wiedergutmachung zu leisten. Deshalb sollten per Wiedergutmachungsgebotung ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge davon ausgeschlossen werden, also der überwiegende Teil der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Lediglich die juristische Begründung dafür stand zunächst noch auf wackeligen Füßen.

Nach bundesrepublikanischer Rechtskonstruktion gilt der Reparationsverzicht der UdSSR und Polens auch für die BRD, und zugleich werden völkerrechtswidrig die Entschädigungsansprüche der Zwangsarbeiter als Teil der Reparationen betrachtet und auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953 (LSA) verwiesen, das die Befriedigung von Reparationsforderungen zurückstellt.

Das LSA ist kein Reparationsvertrag, sondern eine Übereinkunft zur Regelung der deutschen Vorkriegsschulden sowie

der Schulden aus dem Marshall-Plan. Die Bundesregierung hatte gegenüber den westlichen Hohen Kommissaren ihre Verpflichtung anerkannt, für die früheren Reichsschulden einzustehen (Majer, S. 205). Dem Vertrags sind mittlerweile 30 westliche Staaten beigetreten.

Nach Art. 5 Abs. 2 wird eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen „bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt“. Und nach Art. 25 sollte der Zahlungsplan revisiert werden, sobald Deutschland wiedervereinigt würde (nach Majer, S. 205). Wann der Fall der endgültigen Regelung eintritt, ist im LSA nicht ausgeführt (Majer, S. 258). Die herrschende Rechtslehre behauptet, dieser Zeitpunkt sei natürlich nach Abschluß eines Friedensvertrages gegeben.

Der Zahlungsaufschub erfolgte aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Damit verband sich die Kreditwürdigkeit der BRD und die Voraussetzung für ihren wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Es wurde festgelegt, daß die Bundesrepublik die Schulden des Reichs, die nach kräftigen Senkungen auf 7,5 Mrd. DM festgelegt wurden, in einem Pauschalbetrag über zwölf Jahre verteilt abtrage. Der Leiter der deutschen Delegation, Hermann Josef Abs, wies auf der Schlußsitzung der Londoner Schuldenkonferenz nochmals darauf hin, daß das Abkommen nicht erfüllt werden könne,



Zwangsarbeiter unter dem Faschismus

wenn weitere Forderungen, insbesondere nach Reparationszahlungen, an die BRD gestellt würden (dts.). Schon wenige Jahre nach Abschluß des LSA war klar, daß die finanziellen Verpflichtungen weit weniger schwerwiegend waren als von der Abs-Delegation vorgetragen worden war. Das LSA ist per Zustimmungsgesetz innerstaatliches Recht geworden. Die VR Polen hat dieses Ab-

kommen nicht unterzeichnet, es ist für sie somit unwirksam, denn Verträge zu Lasten Dritter sind völkerrechtlich verboten (Stuby, S. 296).

Das hinderte die Bundesregierung und den Bundesgerichtshof jedoch in keiner Weise, diese Reparationsrückstellung auch auf alle Wiedergutmachungs- und Entschädigungsansprüche Polens auszudehnen. 1963 wurde zum Beispiel

vom Bundesgerichtshof der Antrag eines polnischen KZ-Häftlings auf Rückerstattung des vorenthaltenen Lohns für die von ihm geleistete Zwangsarbeit mit Hinweis auf das Londoner Schuldenabkommen abgelehnt (Herbert, S. 141).

Sollten jetzt trotz des LSA Entschädigungszahlungen an Polen erfolgen, bedeutete dies eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Staaten, so die Argumentation. Darüber hinaus wird zu allem Übel noch erklärt, aufgrund der schweren Schuld der „Vertreibung“ hätte Polen sowieso keinen Anspruch auf Reparationszahlungen.

Diese Argumentation ist äußerst unredlich, denn die Bundesregierung schloß elf Globalabkommen mit westdeutschen Regierungen zum Zwecke der Wiedergutmachung in Höhe von insgesamt 876 Millionen DM. Trotz der Einwände der Bundesregierung haben die westeuropäischen Regierungen davon auch Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter geleistet.

Diese Globalabkommen sind ein indirektes Eingeständnis der BRD, daß ihre Auslegung des Londoner Abkommens nicht haltbar ist. Und sie hat damit nach Ansicht fortschrittlicher Juristen und Historiker eigentlich auch Präzedenzfälle für die polnischen Wiedergutmachungsfordernisse geschaffen.

Wiedergutmachungsgesetze der Bundesregierung — Zwangsarbeiter, Roma, Sinti und aktive Kommunisten gehen leer aus

Bis 1952 hatte die Bundesregierung, abgesehen von einer Absichtserklärung Adenauers im September 1951, noch keinerlei Anstalten gemacht, ein bundeseinheitliches Gesetz zur Entschädigung der Opfer des Faschismus zu schaffen. Im Überleitungsvertrag vom 26. 2. 1952 (Aufhebung des Besatzungsstatus, Souveränität an BRD) verlangten die westlichen Alliierten deshalb in Teil IV, daß alsbald eine bundesweite Entschädigungsregelung gefunden werden müsse, „ohne irgendeine Diskriminierung von Verfolgungsgruppen oder -klassen“ mit einer solchen beweisrechtlichen Gestaltung, die den Beweisschwierigkeiten angesichts des Verlusts von Unterlagen, Verschwinden von Zeugen etc. Rechnung trägt, und eine entsprechende Bereitstellung von Finanzmitteln.

Zunächst war die Bundesregierung in anderer Richtung aktiv gewesen. 1951 regelte sie die Wiedereinstellung von ehemaligen Angehörigen der NSDAP in den Staatsdienst nach Artikel 131 Grundgesetz, die dann teilweise in späteren Entschädigungsverfahren eingesetzt waren. Am selben Tag wurde ein Wiedergutmachungsgesetz für die von Hitler entlassenen Beamten verabschiedet, das sehr viel großzügiger war, als das spätere Gesetz für Nichtbeamte (Pross, S. 53f).

1953 trat ein erstes Bundesentschädigungsgesetz in Kraft, das gravierende Ungerechtigkeiten enthielt. Es lieferte Ämtern und Gerichten Vorwände über Vorwände, Entschädigungsanträge abzulehnen. Als entschädigungsberechtigt galten nur jene, die eine rassistische, politische, weltanschauliche oder religiöse Verfolgung nachweisen konnten und am Stichtag im Bundesgebiet wohnten (Territorialprinzip).

In diesem wie im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1956 wurden die sonstigen zahlreichen Verfolgungen durch die Faschisten, die sich in Zwangsterilisierung, Euthanasiemaßnahmen und Unterdrückung von Homosexuellen niederschlugen, ignoriert. Nicht entschädigungsberechtigt waren außerdem die sogen. „Asozialen“, d.h.

Bettler, Obdachlose, Prostituierte, Wanderarbeiter etc., die zur Arbeitserziehung ins KZ gebracht wurden, die Angehörigen nationaler Widerstandsbewegungen, die Sinti und Roma. Letztere wurden von den Entschädigungskammern mit rein nationalsozialistischer Terminologie zu Kriminellen gestempelt und waren damit entschädigungsunwürdig. Ausgenommen waren außerdem hunderttausende ausländischer Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. (Hingegen bekamen Ex-Mitglieder der Legion Condor die Zeit, in der sie spanische Städte bombardiert hatte, doppelt auf ihre Rente angerechnet (Pross, S. 93).)

Der BDI hatte beim Finanzminister und anderen Politikern massiven Druck ausgeübt, um zu verhindern, daß ausländische Zwangsarbeiter in das BEG einbezogen würden. Es wurde auf die erschreckende Devisenlage verwiesen, die eintrat, wenn die Industrie im großen Stil Entschädigungszahlungen an ausländische Antragsteller leisten müsse. Mit einem radikalen Rückgang der Steuereinnahmen wurde gedroht, wegen der dann nötig werdenden hohen steuerlichen Rückstellungen. Außerdem ermöglichte eine Entschädigung für Zwangsarbeit den Kommunisten, aus ihrer Verfolgung Kapital zu schlagen. Zu welchen hohnsprechenden Bescheiden es kam, zeigt dieser des Bundesverwaltungsgerichts Köln vom 28. II. 1966 gegen einen ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter:

„Seine Verbringung zum Arbeitseinsatz erfolgte nicht wegen seiner Zugehörigkeit zu einem fremden Staat oder zu einem nicht-deutschen Volkstum. Sie war vielmehr eine Maßnahme zur Beseitigung des kriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften, von denen Personen aller Nationalität betroffen wurden. Die von dem Antragsteller vorgetragenen Umstände des Arbeitseinsatzes sind nach eingehender Würdigung auf die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen im Verlauf des Krieges zurückzuführen. Der Antrag war daher abzulehnen.“

de. Bedenkt man, daß die Opfer der deutschen Faschisten oft völlig verarmt und in einer psychisch extrem schwierigen Lage waren, kann man sich vorstellen, daß dieser Fall nicht selten eintrat.

Die „Nationalgeschädigten“

Neu kreiert wurde der Begriff des sogenannten Nationalgeschädigten; das bedeutete: Eine Person, die aufgrund ihrer Nationalität Opfer von Nazi-Verbrechen geworden war, war von einer Entschädigung ausgeschlossen, außer, sie konnte einen schweren Gesundheitsschaden mit 50%iger Erwerbsunfähigkeit (1953) nachweisen. Im BEG 1956 wurde nach Intervention der Alliierten der entschädigungsrelevanten Gesundheitsschaden auf 25% reduziert. Die Heranziehung zur Zwangsarbeit galt allenfalls als Verfolgung aus nationalen Gründen. Viele Nationalgeschädigte stellten vergeblich einen Antrag auf Wiedergutmachung. Zu welchen hohnsprechenden Bescheiden es kam, zeigt dieser des Bundesverwaltungsgerichts Köln vom 28. II. 1966 gegen einen ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter:

„Seine Verbringung zum Arbeitseinsatz erfolgte nicht wegen seiner Zugehörigkeit zu einem fremden Staat oder zu einem nicht-deutschen Volkstum. Sie war vielmehr eine Maßnahme zur Beseitigung des kriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften, von denen Personen aller Nationalität betroffen wurden. Die von dem Antragsteller vorgetragenen Umstände des Arbeitseinsatzes sind nach eingehender Würdigung auf die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen im Verlauf des Krieges zurückzuführen. Der Antrag war daher abzulehnen.“

Proteste westeuropäischer Länder gegen das BEG

Das erste Entschädigungsgesetz führte 1953 zu einer Intervention des Alliierten Hohen Kommissars. Er protestierte, daß nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die von den Nazis verfolgten Staatsangehörigen der westeuropäischen Länder von allen Leistungen ausgeschlossen

seien. Die Vertreter der drei alliierten Westmächte erklärten unter Verweis auf die Zwangsarbeiter, daß es sich hier nicht um eine Kriegsmaßnahme handle, somit auch nicht um ein Problem des Reparationsrechts, wie die Bundesregierung behauptete.

Als auch im zweiten Bundesentschädigungsgesetz von 1956 die Zwangsarbeiter nicht berücksichtigt waren, sah sich die Bundesregierung im Juni 1956 mit gleichlautenden Noten von westeuropäischen Regierungen konfrontiert, in denen die Entschädigung der Angehörigen dieser Länder verlangt wurde. Diese Anliegen stießen auf Regierungsseite wie in der Öffentlichkeit auf Ablehnung. Trotzdem kam die Bundesregierung nicht umhin, mit elf westeuropäischen Ländern die bereits erwähnten globalen Wiedergutmachungsabkommen zu vereinbaren.

90% an deutsche Nazi-Opfer

Insgesamt bezahlte die BRD 77 Mrd. DM an „Wiedergutmachung“. Davon gingen 90% des Betrags an deutsche Verfolgte (Herbert, S. 146 Protokoll). Der Staat Israel erhielt ca. 4 Mrd. DM zur Eingliederung von jüdischen NS-Verfolgten; ein Abkommen erfolgte im Zusammenhang mit deutschen Wafflieferungen.

Mit der Jewish Claims Conference gab es ein Übereinkommen über 450 Millionen DM zur Wiedereingliederung jüdischer Opfer außerhalb Israels. Daß in ganz beschränktem Ausmaß jüdische Zwangsarbeiter eine Entschädigung bekommen, lag am außenpolitischen Druck der USA und Israels. Der Claims Conference gelang es, auch von Großkoncernen Entschädigungsleistungen auszuhandeln wie z.B. von den IG Farben (ca. 26 Millionen DM) und von Rheinmetall, die dafür im Gegenzug einen Rüstungsauftrag von Israel erhielt. Solche lukrativen Geschäfte konnten die Polen nicht bieten, die außerdem keinerlei Lobby hatten.

Angesichts der Abkommen mit den westeuropäischen Ländern und mit Israel hat die polnische Regierung recht, wenn sie die seit Jahrzehnten andauernde Situation als nahezu ausschließlich gegen Polen gerichtete Diskriminierung betrachtet.

Quellen. Soweit nichts anderes angegeben beziehen sich die Seitenangaben für Herbert, Majer, Stuby, Düx auf das Protokoll Nr. 73 des Innenausschusses des Deutschen Bundestags vom 14. 12. 1989 der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Gesetzentwurf der Grünen und den Anträgen von SPD und Grüne für eine Stiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ und z.B. den Antrag für ein diesbezügliches Globalabkommen mit Polen. Des Weiteren: Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des Ausländer Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985; Stanislaus Stepien, Der alteingesessene Fremde, Frankfurt 1989 (Campus); Christian Pross, Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer, Frankfurt 1988; BT II/4705, II/5176, II/4706; B. Ferencz, Lohn des Grauens, Frankfurt 1986.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- 10 Ausgaben für 10 Mark (Schein beilegen) zum Kennenlernen.
- Im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- Im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladressen

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank)

Unterschrift:

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzähliglich.

Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144 39 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Delfen; für Berichterstattung: Rüdiger Lötz; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küster.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverbund niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen; Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverbund baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverbund bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilage hinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzähliglich:

Nachrichtenheft, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 DM AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1. DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerniakstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Große Döhre 55, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

Der zahnlose Biß eines Papierkrokodils in die Gesellschaft

Zur aktuellen Lage der europäischen Kunst

Die Krise einer Gesellschaft zeigt sich auch immer in ihrer künstlerischen Produktion. Gesellschaftlicher Fortschritt schlägt sich in der Kunst genauso nieder wie Reaktion und Stagnation gesellschaftlich-ökonomischer Entwicklung. Dabei ist Kunst in der Lage, auf die vielfältigste Art und Weise auf Gesellschaft zu reagieren. Sie kann sich sowohl zur Fürsprecherin des gesellschaftlichen Zustands machen wie auch zu einer Kritikerin — dabei muß der Künstler noch nicht einmal bewußt sein Werk in diese Richtung lenken. Die bürgerliche Kunst ist voll von beispielhaften Kunstwerken, die das gesellschaftliche Gefüge in Frage stellen, ohne daß der Künstler Gegner der bürgerlichen Gesellschaft ist. Umgekehrt kennt gerade auch die bürgerliche Kunst die lautstärksten Kritiker, die sich mit ihren Werken hintenherum wieder Sympathien für das Bestehende einheimsen. Daß Künstler sich dem Klassenkampf verschreiben und ihre Sache zur Sache des Proletariats machen, kann nur beobachtet werden, wenn die Arbeiterkasse auch eine starke gesellschaftliche Kraft darstellt, die sich im Klassenkampf äußert. Zumindest für die bildende Kunst kann man wohl sagen, daß dieses Engagement der Künstler für die Arbeiterkasse seit Heartfield und Grosz sich auf eher unbekannte Künstler beschränkt. Einzig in den Kunstwerken des Trikots findet sich noch dieser Bezug zu den sozialen Kämpfen der Menschen, was sich nicht nur im Inhalt der Kunstwerke niederschlägt, sondern auch einen adäquaten Ausdruck in Material und Form hat und nicht im platten sozialistischen Realismus gipfelt. Die Entwicklung der europäischen Kunst hingegen, die zumindest bis in die 70er Jahre hinein noch eine Entwicklung innerhalb der Stile und Materialbearbeitung zeigte, scheint in den letzten 15 Jahren stehen geblieben zu sein.

Was in der Hamburger Ausstellung zur aktuellen europäischen Kunst an Werken aus dem Pariser Centre Pompidou zu sehen ist (noch bis Ende September), zeigt diese Tendenz zur Stagnation augenscheinlich: Teilweise werden hier Werke aus den 60er Jahren gezeigt, andere zeitgenössische Werke aus den 80er Jahren unterscheiden sich wiederum kaum von den

schon 20 Jahre alten. Zudem scheint sich die einstmals als Freiheit der Kunst gepriesene Stil- und Materialvielfalt erschöpft zu haben. Was den Inhalt der Bilder und Skulpturen angeht, so sucht man ihn bei vielen Ausstellungsstücken vergeblich.

Die Vorstellung einer postmodernen Ästhetik, die nicht mehr auf Wahrheit zielt, sondern allein auf Wirkung, präsentiert sich in vielen der Werke. Nicht mehr verweist diese Kunst auf das, was mit Begriffen nicht fassbar ist, und objektiviert das gesellschaftliche Ganze im Werk, sondern diese Kunst ist Spiel, Stilzitat, leere Form. Man findet zum Beispiel ein Zugfenster, an dem ein riesiges Windgebläse klebt: Der Aufwand, der hier betrieben wurde, um den Eindruck des Fahrtwindes entstehen zu lassen, ist nicht nur im Verhältnis zu den dafür benötigten Mitteln lächerlich; von einer künstlerischen Verarbeitung des Reisegefühls kann man wohl mehr erwarten als die Montage eines Original-Zugfensters! In diese Reihe einer Kunst, die ihren künstlerischen Gehalt nur noch aus Monumentalität und Materialoriginalität schöpft, reihen sich noch weitere Werke ein: Da wären ein fünf Meter langes Krokodil aus Zeitungskügelchen zu nennen, welches sich über ein Glas-, Neon- und Stahlgestell schlängelt, da wären die riesigen Lippen aus Metall und Holz, geklebt mit rot gefärbtem Leim, da wäre jener Block aus weißen Kacheln, auf dem ein schwarzes Rohr hochkant und ein anderes vertikal stehen, eine Endlosschlinge aus schwerem Stahldraht mit Marmorböcken gehört schließlich auch noch in die Reihe der Werke, die mit Monumentalität spielen. Ganz original wollte wohl ein Künstler sein, der auf simple konstruierte Waagschälchen Kaffee schüttete — ein Riechkunstwerk, das nicht nur die Augen anspricht. Ebenfalls als Riechkunstwerk fungieren drei Haufen Altkleider, die über Wasserkesseln ständig befeuchtet werden — eine Farce auf die Menschen, die durch ihre soziale Lage darauf angewiesen sind, sich mit Kleidung dieser Art zufrieden geben zu müssen. Um die Auflistung noch etwas zu vervollständigen, muß auch noch auf zwei Kunstwerke des schon erwähnten Kaffeekünstlers eingegangen werden: Mehrere Holzplatten, mit Wolle um-

wickelt, geben eher den platten Eindruck von Q-Tips als von verschlüsselter künstlerischer Botschaft. Selbiges gilt auch für die Metallplatte, durch die ein Zopf aus echtem Haar geschlungen ist.

Ohne die Kunstwerke vor Augen zu haben, sollte schon mit diesen kurzen Beschreibungen deutlich werden, daß es bei diesen Werken weniger um eine Wahrheit beziehungsweise Bedeutung geht, die gar auf einen gesellschaftlichen Zusammenhang zielt, denn um eine reine Wirkung der Zusammenstellung verschiedener Materialien. Dabei hat diese Wirkung keineswegs den Charakter des „Choks“, wie Walter Benjamin im Kunstwerk-Aufsatzz in den 30er Jahren die epochale Wirkung des Films und der Fotografie beschrieb, weil die Wirkung der beschriebenen Kunstwerke zwar den Anschein eines schockierenden und provozierenden Charakters hat, der sich aber sofort als Betrug entpuppt, der im wesentlichen durch das schon genannte Moment der Monumentalität hervorgerufen wird. Zumal hat die Wirkung der Kunstwerke in keiner Weise politischen Charakter, was mit der Schockwirkung der Film- und Foto(montage)kunst der 20er und 30er Jahre immer verbunden war. Das gilt gerade auch für Werke wie die Bilder von Robert Combas: Mit den trivialsten Mitteln versucht Combas, seinen Bildern nämlich jene Schockwirkung zu geben, vielleicht sogar mit politischem Hintergrund. Doch wenn sich sein Begriff von Kunst- und Gesellschaftskritik darin erschöpft, schließlich auch noch in die Reihe der Werke, die mit Monumentalität spielen. Ganz original wollte wohl ein Künstler sein, der auf simple konstruierte Waagschälchen Kaffee schüttete — ein Riechkunstwerk, das nicht nur die Augen anspricht. Ebenfalls als Riechkunstwerk fungieren drei Haufen Altkleider, die über Wasserkesseln ständig befeuchtet werden — eine Farce auf die Menschen, die durch ihre soziale Lage darauf angewiesen sind, sich mit Kleidung dieser Art zufrieden geben zu müssen. Um die Auflistung noch etwas zu vervollständigen, muß auch noch auf zwei Kunstwerke des schon erwähnten Kaffeekünstlers eingegangen werden: Mehrere Holzplatten, mit Wolle um-

wickelt, geben eher den platten Eindruck von Q-Tips als von verschlüsselter künstlerischer Botschaft. Selbiges gilt auch für die Metallplatte, durch die ein Zopf aus echtem Haar geschlungen ist.

ne Künstler Robert Filliou, dessen meditative Werke starken Bezug zum Buddhismus zeigen. Filliou verfolgt hierbei ein ähnliches Konzept wie der mit ihm befreundete Komponist John Cage. Eine von Filliou zu sehende Skulptur, die aus auf Notenständern aufgesteckten Spielkarten besteht, zeigt Verwandtschaft zum Kompositionsprinzip der Aleatorik Cages: Die Karten sind zufällig angeordnet, hingegen ist der spiralförmige Aufbau der Notenständer Zeugnis für ein meditativ buddhistisches Element. Wie bei den zusammengefütterten Kompositionen Cages scheint auch in Fillious Werk der Künstler als Produzent vollkommen in den Hintergrund zu treten. Der Titel für eines der ausgestellten Werke — „Musique Telepathique No. 5“ — verrät die abgeschmackte Intention Fillious: Als sei heute nichts mehr gefordert, als zwischen Betrachter und Kunstwerk eine telepathische Beziehung herzustellen. Eine Interaktion zwischen Künstler und Kunstrezipient wird genauso vollkommen ausgeschaltet wie auch die damit verbundene Objektivierung gesellschaftlicher Zustände.

Doch es gibt auch andere Werke: So gehört die Installation von „sieben Fernsehgeräten mit Karton“ von Ange Leccia zwar auch zu den Kunstwerken, bei denen der Künstler vollkommen in den Hintergrund tritt, doch verliert sich bei Leccia nicht die vermittelnde Ebene eines Bezugs zur Gesellschaft: Statt daß der Name Leccias erscheint, liest man auf jedem der Originalkartons und auf den Fernsehgeräten den Namen des Designers Ferdinand Porsche. Was auf den ersten Blick wie eine Verkaufsausstellung, die auch im Elektrofachgeschäft stehen könnte, aussieht, entpuppt sich als Kritik einer durch Konsum nicht mehr stattfindenden Kommunikation der Menschen. Diese Kommunikation besteht, so könnte das Kunstwerk interpretiert werden, dabei nicht mal mehr zwischen Fernsehgerät und Fernsehzuschauer: Leccia läßt auf den Monitoren kein Programm erscheinen, sondern empfangloses und tonloses Rauschen. Dieses steht im Widerspruch zu den neuesten Modellen der Fernsehtechnik, die schon auf der Verpackung mit ihren 42 Programmen werben. Leccia ist es gelungen, den Fernseher so künstlerisch zu verarbeiten, wie er dem Käufer im Schaufenster entgegentritt, nämlich als stillstehendes Ding, wie Sohn-Rethel sagt. Gleichzeitig verschärft sich dieser Stillstand der Ware noch, indem jede mögliche Bewegung eingefroren wird, die der Fernseher als Gebrauchsgegenstand hervorbringen könnte, etwa das Fernsehbild und damit die Kommunikation zum Zuschauer. Problematisch bleibt das Werk, weil es viel vom Betrachter voraussetzt.

Ein gesellschaftlicher Bezug zeigt sich auch in den ausgestellten Werken Sophie Calles. Auch ihre Werke sind nicht voraussetzungslös. Zu dem Rahmen, in dem ein französischer Text ist, unter dem sich eine Fotografie eines Aquariums befindet, neben dem eine Porträtfotografie montiert ist, mag einem zunächst wenig einfallen. Man muß wissen, daß auf den Fotografien von Geburt an blinde Menschen zu sehen sind und daß im Rahmen die Antwort auf die Frage, was sich der oder diejenige auf dem Porträtfoto unter „schön“ vorstellt, zu lesen ist. Illustriert wird die Antwort der Blinden dann durch ein Bild — zum Beispiel ein Aquarium. Mit dem Werk wird versucht, zwischen Blinden und Sehenden eine visuelle Kommunikation herzustellen. Blinden, die sich vermeintlich nicht bildhaft Dinge vorstellen können, wird diese Fähigkeit zugesprochen, was Calle auf dreierlei Art versucht: Erstens ist es das Porträt der Blinden selbst, wobei der wache Blick der dargestellten

Personen nicht vermuten läßt, daß es sich um Blinde handelt; sie sehen aus, als würden sie gebannt in die Kamera schauen. Dann der Text, der durch die bildhafte Sprache schon Bezug zum Sehen gibt. Schließlich das Foto, welches die Antwort der Blinden bildlich umsetzt. Nicht zuletzt stellt Calle mit diesem Werk auch den herrschenden, am Visuellen orientierten Schönheitsbegriff in Frage.

Ähnlich wie auch bei Calle ein Großteil des Kunstwerkes schon außerhalb des Ausstellungsräumes seine Wirkung entfaltet, nämlich in der Auseinandersetzung mit den Blinden, sind bei den Werken von Stanley Brouwn lediglich die Endstadien von Kunstwerken zu sehen. Brouwn



Sophie Calle: „Fische faszinieren mich.“

arbeitet mit seinen eigenen Körpermaßen, vornehmlich seinen Schritten. Bekannt wurde er durch die Arbeit „This way Brouwn“: Er bestimmte eine Route in einer Stadt und fragte Passanten nach diesem Weg, den sie Brouwn auf Papierzettelchen aufzeichnen sollten. Diese Zettel stellte Brouwn aus. Auf der Hamburger Ausstellung sind drei Arbeiten von Brouwn zu sehen, bei denen er wieder mit seinen Schritten gearbeitet hat. Zum Beispiel sein Werk „3 Schritte“. Brouwn hat drei Schritte von sich gemessen und sie regelrecht in die Karteikästen eingeordnet: Für jeden Millimeter seiner Schritte nahm er eine Karteikarte, die er in die Kästen tat. Brouwn geht es um das Phänomen homogenisierter Maßzahlen, die kein individuelles Maß zulassen. Den Maßen wie Meter, Zentimeter, Millimeter setzt er seinen Schritt als „Urschritt“ entgegen. Anders jedoch als der berühmte Pflasterstein in der Bahnhofsuhr, der die homogene Zeit zerstört, treibt Brouwn die zweckrationale Ordnung der Welt auf die Spitze. Auf ironische Weise realisiert Brouwn den Leitspruch neuzeitlicher Naturbeherrschung, daß der Mensch das Maß aller Dinge sei.

Es sind nur wenige Werke, die die postmoderne reine Wirkungsästhetik der restlichen Kunstwerke überragen. Und auch die nennenswerten Werke sind von einer Esoterik umgeben, die den Betrachter zunächst abschreckt. War es ein Problem der Kunst, zwischen Künstler und Kunstwerk bzw. zwischen Kunstwerk und Betrachter zu vermitteln, so wird dieses Problem heute einfach dadurch ausgeschaltet, indem die Kunst nicht mehr den Anspruch ihrer Vermittlung erhebt. Der Künstler sieht sich nicht mehr in der Situation, eine neue Zeit mitzustalten, wie man es noch von der Jahrhundertwende her kennt. Nachdem sich am Anfang dieses Jahrhunderts Künstler massiv an der Gestaltung der Städte und an den Dingen des täglichen Lebens beteiligt, gab es eine konstruktive Phase der abstrakten Kunst, welche in einem neuen Bezug zum Alltag und zum Design den 60ern mündete. Seitdem scheint totgelaufen zu haben, befindet sich die Funktionalismus scheint wieder auf, befindet sich in einer noch dauernden Phase des Experiments. Doch es werden keine neuen Formen und keine neuen Inhalte ausprobiert, sondern nur wiederholt. Die erneuten Versuche von Materialverfahren sind bestätigend für die Verdichtung des Menschen, dem ein wesenshafter Bezug zum Gegenstand fehlt, weil der ganze Bereich der menschlichen Arbeit tot ist. Holzkästen, die großen aufgeklappten Leitern als Aufbewahrungsort dienen sollen, sind dabei nicht experimenteller Um-



Werk von Robert Combas